Beschluss Landtagswahlprogramm 2024: Titel

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Thüringen im Herzen - Zukunft im Blick

Beschluss Landtagswahlprogramm 2024: Gliederung	
Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Präambel

A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften

1. Wir schützen Umwelt und Natur konsequent
    - Thüringens Natur und Landschaften schützen
    - Größtes Schutzgebietsnetzwerk der Welt – Natura 2000 – weiter stärken
    - Arten und Lebensräume schützen: Naturschutz strukturell sichern
    - Wasser ist Leben
    - Schutz der Böden
    - Luft reinhalten, Lärm reduzieren
    - Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft
2. Wir bewahren unsere Wälder
    - Ein Wald für alle
    - Zukunftsstarker Wald in Thüringen
    - Wald als Arbeitsplatz
3. Wir bringen Klimaschutz und die Energiewende voran
    - Erneuerbare Energien ausbauen und Teilhabe vereinfachen
    - Energiewende, flexible Energieträger und Netze
    - Wärmewende: klimafreundlich, behaglich und bezahlbar
    - Öffentliche Hand: Servicebehörden mit Vorbildwirkung
4. Wir stellen unsere Wirtschaft zukunftssicher auf
    - Klimaneutrale Transformation vorantreiben
    - Arbeits- und Fachkräfte für Thüringen ausbilden, gewinnen und halten
    - Innovationsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft sichern
5. Wir stärken das Handwerk für anstehende Herausforderungen

6. Wir entwickeln Tourismus in Thüringen nachhaltig
7. Wir ermöglichen saubere und sichere Mobilität für alle
    - Barrierefrei mobil
    - Zuverlässig mobil mit Bus und Bahn
    - Auch zu Fuß sicher unterwegs
    - Fahrradverkehr sicher und attraktiv
    - Motorisierter Individualverkehr
    - Güter auf die Schiene bringen
    - Flugverkehr
8. Wir machen Bauen und Wohnen klimaneutral und bezahlbar
    - Bedingungen schaffen für bezahlbares Wohnen
    - Ressourceneffizientes Bauen und Sanieren
    - Sichere und lebenswerte Quartiere für alle
    - Wohnungslosigkeit reduzieren
9. Wir sorgen für gutes Leben im ländlichen Raum
    - Mobil und gut versorgt im ländlichen Raum
    - Gesundheit auf dem Land
    - Wirtschaft auf dem Land
    - Leben im ländlichen Raum
10. Wir stellen Landwirtschaft regional und nachhaltig auf
    - Ausbau des Thüringer Öko-Landbaus
    - Äcker als Lebensraum stärken
    - Nachhaltige Flächenbewirtschaftung
    - Zukunft und Tradition in Landwirtschaft
    - Industrielle Massentierhaltung beenden
    - Lebensmittel mit kurzen Wegen

11. Wir nehmen Tierschutz ernst
    - Tierheime und Tierschutzvereine stärken
    - Tierschutz in der Landwirtschaft stärken
    - Höhere Priorität für Tierschutz
    - Tierversuche reduzieren
    - Veterinärmedizinische Versorgung in Thüringen sichern
12. Wir stärken den Verbraucherschutz
    - Beratung von Verbraucher*innen stärken
    - Lebensmittelverschwendung eindämmen
    - Vorrang für Nachhaltigkeit

B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken

1. Wir bieten Kindern und Jugendlichen den besten Start
    - Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche stärken
    - Angebote und Räume für junge Menschen in allen Orten schaffen und erhalten
    - Kinder und Jugendliche konsequent schützen
2. Wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt
    - Vereinbarkeit und Bildung verbessern
    - Infrastruktur für Familien schaffen
    - Politische Strukturen für Familien stärken
3. Wir ermöglichen älteren MenschenSelbstbestimmung
4. Wir machenBildung sozial gerecht
    - Kindergarten und frühkindliche Bildung: Qualität und Förderung
    - Schule: kooperativ und vielfältig für die Herausforderungen von morgen
    - Berufsausbildung: Strukturen sichern, Bedingungen verbessern
    - Erwachsenenbildung: Lebenslanges Lernen gehört dazu

5. Wir stärken Hochschulen und Wissenschaft inInnovation und Vielfalt
    - Hürden abbauen und Bildungsgerechtigkeit schaffen
    - Verlässliche Finanzierung der Hochschulen
    - Demokratische Hochschulstrukturen und Diversität
    - Arbeitsbedingungen an Hochschulen dauerhaft verbessern
    - Vielfalt und Verantwortung in Forschung und Digitalisierung
    - Hochschulen als Teil von lebenswerten Kommunen
6. Wir sorgen für gut bezahlte und inklusive Arbeit
    - Zukunftsfeste Jobs für attraktive Arbeitsbedingungen
    - Teilhabe am Arbeitsmarkt und betrieblicher Gesundheitsschutz
    - Teilhabe am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung
7. Wir kämpfen gegen Armut, für Teilhabe und Selbstbestimmung
    - Soziale Teilhabe stärken, Armut abbauen
    - Selbstbestimmung schaffen, Inklusion ermöglichen
    - Freie Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft unterstützen
8. Wir sichern flächendeckende Gesundheitsversorgung
    - Tragfähige Strukturen für eine hochwertige Gesundheitspolitik
    - Prävention ist die beste Gesundheitsförderung
    - Pflege: Angebote sichern, Pflegekräfte entlasten
    - Versorgung vor, während und nach der Geburt
    - Mentale Gesundheit stärker in den Blick nehmen
    - Gesunde Ernährung ermöglichen
    - Hitzeschutz zum Standard machen
    - Drogen: Prävention und Jugendschutz statt Kriminalisierung
9. Wir stärken Ehrenamt und Vielfalt im Sport

C. Freiheit schützen – Vielfalt leben

1. Wir fördernGeschlechtergerechtigkeit und Vielfalt
    - Landesprogramm Akzeptanz und Vielfalt sowie queere Strukturen aufblühen lassen
    - Finanzielle Benachteiligung beenden
    - Politik vielfältiger machen
    - Queere Stimmen im Land und der Kommune: Interessenvertretung & Schutz
    - Geschlechtsspezifische Gewalt wirksam bekämpfen
    - Selbstbestimmung stärken
    - Schulische Bildung und junge Menschen
    - Gesellschaftlichen Aufbruch mitgestalten
2. Wir gestalten Migration und Integration menschenwürdig
    - Sicher und gut ankommen
    - Mit Integration, modernen Verwaltungsstrukturen und positiver Willkommenskultur Thüringens Vielfalt gestalten
    - Humanitäre Verantwortung übernehmen - Asylrecht verteidigen!
3. Wir bauen Diskriminierung konsequent ab
4. Wir schützen die Vielfalt von Religion und Weltanschauungen
    - Jüdisches Leben stärken und Antisemitismus konsequent bekämpfen
5. Wir stärken Demokratie und Beteiligung auf allen Ebenen
    - Direkte Demokratie und Bürger*innenbeteiligung ausbauen
    - Versammlungsrecht liberalisieren
    - Thüringer Verfassung modernisieren
    - Parlamentsrecht transparenter machen
6. Wir fördern Ehrenamt und Freiwilligendienste
7. Wir halten Kommunen handlungsfähig
    - Kommunen absichern, Handlungsspielräume ermöglichen
    - Demokratie in Kommunen stärken
    - Leistungsfähigkeit der Kommunen sichern

8. Wir stärken die, die für uns im Einsatz sind - Blaulicht und Justiz
    - Feuerwehr und Katastrophenschutz stärken
    - Rettungsdienst: Auch im Notfall gut versorgt
    - Polizei nah am Menschen
    - Angemessene Ausstattung der Polizei
    - Modernes Polizeiaufgabengesetz und Accountability
    - Aus- und Fortbildung sowie Forschung in der Polizei
    - Polizeiliche Statistiken und Datenbanken reformieren
    - Justiz: Bürger*innennah und gut aufgestellt
    - Justiz und Maßregelvollzug: Moderne für Sicherheit
    - Vorurteilskriminalität und Hatespeech entschlossen begegnen
    - Organisierte Kriminalität und Mafia entschlossen bekämpfen
    - Verfassungsschutz genauer in den Blick nehmen
9. Wir treten Rechtsextremismus entschlossen entgegen
    - Konsequente Maßnahmen gegen extreme Rechte
    - Aufarbeitung des NSU und rechter Gewalt
10. Wir ziehen keinen Schlussstrich in der Aufarbeitung
    - Gedenkstätten und Aufarbeitung des Nationalsozialismus
    - Aufarbeitung des SED-Unrechts
    - Aufarbeitung der Kolonialgeschichte

11. Wir stärken Medien und Digitalisierung für eine vernetzte Zukunft
    - Mehr Haushalte mit mehr Bandbreite: Breitbandausbau und Recht auf Konnektivität
    - Zentrale Zuständigkeiten für Digitalisierungsprozesse
    - Echte Digitale Verwaltung & E-Government
    - Digitale Bildung und Weiterbildung
    - Digitale Teilhabe, Barrierefreiheit und Transparenz
    - Resilienz und Nachhaltigkeit in der Digitalisierung
    - Digitale Wirtschaft und Innovationsräume
    - Medien: Vielfältig, seriös, gesichert
12. Wir sichern Kultur in ihrer Vielfalt
13. Wir sind Zuhause in einem weltoffenen Europa
14. Wir investieren in die Zukunft mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik
    - Investitionen in Nachhaltigkeit
    - Kommunen und zivilgesellschaftliche Projekte bedarfsgerecht finanzieren

Beschluss Landtagswahlprogramm 2024: Präambel

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz Jena vom 02.-04. Februar 2024 in Jena
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Thüringen ist unser Zuhause. Wir leben gern hier. Was man liebt, will man verbessern und gestalten, denn nur so kann man es bewahren, kann man es zukunftsfest machen.
Thüringen steht wie Deutschland, wie Europa, wie die ganze Welt vor den großen Herausforderungen durch die Klimakrise.

Die Zahl der Hitzetage hat sich verdreifacht. Die Jahre 2017 bis 2020 waren die vier wärmsten bisher im Freistaat gemessenen Jahre. Im gleichen Zeitraum haben wir bereits mehrere Rekorddürren erlebt. Der Fichtenbestand, der einen großen Teil des Thüringer Forstes ausmacht, stirbt. Gleichzeitig häufen sich Starkregen oder Hochwasserereignisse wie zuletzt um den Jahreswechsel.

Dazu kommt, dass Thüringen schrumpft. In den nächsten 15 Jahren werden wir voraussichtlich um 200.000 Menschen schrumpfen. Wir erleben die Ausläufer dieses demografischen Umbruchs bereits deutlich als Fach- und Arbeitskräftemangel, der sich in den Schulen, in medizinischen und therapeutischen Berufen, aber auch im Handwerk besonders stark zeigt. Gerade in ländlichen Räumen ist die Gefahr groß, dass mit dem Rückgang der Bevölkerung ein weiterer Rückgang der Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge einhergeht. Schon jetzt gibt es in einigen Kleinstädten zu wenige Ärzt*innen und fehlen Einkaufsmöglichkeiten, Kulturangebote und Freiräume für junge Menschen.

Dass Menschen in diesen Zeiten verunsichert sind, wundert nicht: Wir erleben eine sich schnell und grundlegend wandelnde Welt, die immer komplizierter zu werden scheint. Die immer noch zu niedrigen Löhne im Land und die größer werdende soziale Ungerechtigkeit erschweren es vielen Menschen angemessen auf Krisen reagieren zu können. Nach Corona, einer mehrjährigen belastenden Ausnahmesituation, eskalierte Russland seinen Krieg gegen die Ukraine in einem unvorstellbaren Maß, am 07. Oktober schlachteten Hamaskämpfer weit über 1000 Menschen in Israel ab, vorwiegend Juden und Jüdinnen, und seither tobt ein bestialischer Konflikt in Gaza und droht sich auszuweiten. Durch diese Krisen und Kriege der letzten Jahre haben sich gesellschaftliche Spannungen aufgebaut, die nun zunehmend in Spaltung und Demokratiegefährdung münden. Extrem rechte Parteien und Gruppierungen arbeiten gezielt und strategisch mit Fake News, mit Lügen und Verschwörungserzählungen. Sie werden eine immer größere Gefahr für unser Land. Rechter Hass und Hetze gefährden unser friedliches und vielfältiges Zusammenleben und die Mitmenschlichkeit. Sie gefährden das Leben und die Sicherheit unter anderem von Geflüchteten und Personen mit Migrationsgeschichte, von queeren und demokratisch engagierten Menschen. Diese destruktiven Kräfte sabotieren bewusst die Zukunft Thüringens, denn sie leben von den Krisen und der Unsicherheit der Menschen, die hier leben. Sie gefährden den Wirtschaftsstandort. Sie sabotieren bewusst die Zukunft Thüringens.

Die Herausforderungen sind also groß. Doch wir können sie meistern. Denn die

Antworten auf die genannten Krisen bergen auch große Chancen für unser Land, für unsere Natur, für unser Miteinander.

In den letzten zehn Jahren der Regierungsbeteiligung konnten wir in Thüringen schon einiges erreichen. Wir waren Vorreiter beim Klimagesetz, haben den Natur- und Umweltschutz gestärkt und den Ausbau der Erneuerbaren vorangebracht. Wir haben eine Hochwasser- und eine Niedrigwasserstrategie, wir haben das grüne Band auf die Tentativliste zum Weltkulturerbe gebracht und vieles mehr.

Wir haben das Thüringer Bildungssystem sozial gerechter gemacht, mit mehr Schulen, die auf längeres gemeinsames Lernen setzen, mit so vielen neu eingestellten Lehrer*innen wie noch nie, mit besseren Personalschlüsseln in Kindergärten und damit mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung. Wir haben die Bürger*innenbeteiligung gestärkt und die Tierheime unterstützt. Wir haben uns für mehr Gewaltschutz, eine konsequentere Mobilitätswende, bessere Integration, mehr gesellschaftliche Vielfalt und mehr Demokratieförderung eingesetzt. Wir haben Thüringen gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern ein Stück besser gemacht.

Doch zu tun bleibt weiter viel. Es ist in diesen turbulenten Zeiten wichtig, dass eine klare, vorausschauende Politik mit gemeinsam definierten Zielen und Maßnahmen Sicherheit gibt. Wir setzen dabei nicht nur auf politische, sondern auch auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und wollen Bürger*innen gezielt einbeziehen. Das ist unser Grundverständnis von Politik: Gemeinsam mit den Bürger*innen, Unternehmen und Kommunen Lösungen finden. Denn wenn klar ist, wie der gemeinsam definierte Weg in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aussieht und welche Chancen, aber vielleicht auch Einschnitte damit einhergehen, können auch Ängste und Unsicherheiten verschwinden. Wir wollen die Menschen in Thüringen, die Unternehmen und Kommunen nicht allein lassen mit diesen Herausforderungen. Wir wollen den Wandel jetzt aktiv gestalten, Geld investieren und Thüringen zukunftsfest machen. Diese Zukunftsinvestitionen geben allen die Sicherheit, die sie brauchen, um den Strukturwandel gemeinsam zu schaffen.

Unser Ziel ist ein klimaneutrales, gerechtes und zukunftsfestes Thüringen. Denn nur, wenn wir Umwelt und Natur schützen, bewahren wir unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen. Wir wollen eine Landwirtschaft, die von ihren Produkten gut leben kann, eine Landwirtschaft die schonend mit den Tieren, mit Boden, Wasser und Natur umgeht.

Nur, wenn wir das Klima schützen und Erneuerbare Energien ausbauen, schaffen wir Unabhängigkeit und bewahren die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Nur, wenn wir Bus-, Bahn- und Radverkehr ausbauen, schaffen wir echte Teilhabemöglichkeiten und damit Wahlfreiheit für alle. Nur, wenn wir Bildung sozial gerecht gestalten und unsere Schulen modernisieren, sind nachfolgende Generationen im Stande, die Herausforderungen der Zukunft zu lösen. Nur, wenn alle Menschen sich bei uns sicher und wohl fühlen können, kann unsere Demokratie stark bleiben und unsere Gesellschaft vielfältig. Nur, wenn wir gute Jobs mit guten Arbeitsbedingungen und guten Löhnen in unserem Land fördern, können wir sozialen Frieden sichern und Armut abbauen.

Damit das funktioniert, sind eine sinnvolle Digitalisierung und eine Modernisierung der Verwaltungen unablässig. Verwaltungen müssen agiler, flexibler und bürgerfreundlicher werden.

Vor mehr als 34 Jahren haben sich die Menschen in Thüringen ihre Freiheit und ihre Demokratie erkämpft. Heute ist unsere Demokratie wieder zerbrechlich geworden. Wir lassen nicht zu, dass rechte Demokratiefeinde unsere Gesellschaft spalten und unsere Art des Zusammenlebens gefährden. Wir müssen verhindern, dass sie unsere Demokratie verächtlich machen und gleichzeitig Thüringen handlungsunfähig machen.

Mit diesem Programm machen wir Bündnisgrüne ein Angebot für ein zukunftsfestes, vielfältiges und gerechteres Thüringen. Für ein Thüringen, das sich selbstbewusst und entschlossen für die Zukunft aufstellt. Wir wollen den Wandel gestalten und Thüringen zukunftsfest machen.

Wir laden Sie ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen. Damit wir, unsere Kinder und Kindeskinder ein gutes Leben haben können in einem Land, das Lebensqualität, Perspektive und Teilhabe bietet, ein Land in dem wir gerne leben, das unser Zuhause ist.

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften: 1. Wir schützen Umwelt und Natur konsequent

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir schützen Umwelt und Natur konsequent

Frische Luft, saubere Flüsse und klare Seen, unzählige Tier- und Pflanzenarten, fruchtbare Böden, eindrucksvolle Mittelgebirge und gesunde Wälder. So wünschen wir uns unsere Natur in Thüringen! Auch heute haben wir für Natur und Umwelt schon viel erreicht. Aber es bleibt auch noch viel zu tun, wenn wir unseren Kindern und Enkel*innen eine wirklich intakte Natur und gesunde Umwelt übergeben wollen.

Rund ein Drittel unserer Landesfläche ist mit Nationalen Naturlandschaften bedeckt. Das sind in Summe acht Gebiete, in denen wir die Seele baumeln lassen können und in denen die Vielfalt der Arten und Lebensräume auch für künftige Generationen bewahrt werden. So können wir im Nationalpark Hainich alte, prachtvolle und artenreiche Wälder mit scheuen Wildkatzen und seltenen Bechsteinfledermäusen bewundern. Die UNESCO-Biosphärenreservate Rhön und Thüringer Wald beeindrucken uns mit malerischen Buchenwäldern und einer atemberaubenden Kulturlandschaft, die mit Ziegen und Schafen beweidet wird. Zu den Nationalen Naturlandschaften kommt das Grüne Band entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze hinzu, welche als Nationales Naturmonument unter Schutz gestellt wurde. Mittlerweile ist es auch auf der deutschen Kandidatenliste für künftige UNESCO-Welterbestätten – ein riesiger Erfolg. Das Grüne Band ist damit nicht nur der längste Biotopverbund, sondern auch ein einzigartiges deutsches und europäisches Friedenssymbol.

Das Engagement im Natur- und Umweltschutz geht in Thüringen jedoch weit über das Parlament, die Ministerien oder die Behörden hinaus. Von Naturschutzvereinigungen, Verbänden, Initiativen bis hin zu einzelnen privaten Personen sind unzählige Naturschützer*innen ehrenamtlich engagiert. Dieses Engagement wollen wir stärken und unterstützen.

Um den Stellenwert der Natur auch bei unseren Jüngsten zu erhöhen, setzen wir auf eine umfangreiche Umweltbildung sowie auf Naturerfahrungen. Denn unsere Natur ist nicht nur schön anzusehen. Sie produziert sowohl Nahrung als auch Rohstoffe – von denen wir jedoch immer mehr verbrauchen und die Natur somit kontinuierlich ausbeuten. Deshalb ist der Schutz von Umwelt und Natur das Herzstück unserer grünen Politik.

Kernziele:

- Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken
- Finanzielle Unterstützung des Natura 2000-Stationen-Netzwerks und der dahinterstehenden Trägerstruktur sowie das Kompetenzzentrum Natura 2000 sichern und ausbauen
- Prozess der Anerkennung des „Grünes Band“ als UNESCO-Welterbe weiter voranbringen
- Schutzgebiete stärken, Ausweisung Biosphärenreservat "Gipskarst" und Naturschutzgebietsausweisung nach Prioritätenliste vorantreiben
- Naturschutzförderung stärken und ausbauen

Thüringens Natur und Landschaften schützen

Unser Freistaat ist nicht nur Heimat von uns Menschen, sondern auch von über zwei Dritteln der in Deutschland vorkommenden Tier- und Pflanzenarten - und das auf nur 4,5 Prozent der Fläche der Bundesrepublik. Damit dies so bleibt, braucht es unser Engagement. Dazu gehören für uns der Erhalt und die Ausweisung der bestehenden Schutzgebiete und die Initiierung neuer Naturschutzprojekte in Natur- und Kulturlandschaft. Deutschland hatte sich zum Ziel gesteckt, auf zwei Prozent der Landesfläche Wildnis zuzulassen. Mit der Ausweisung von rund 5 Prozent der Waldfläche Thüringens als Waldwildnis sind wir diesem Ziel bereits ein gutes Stück näher gekommen.

Zu einem ganz besonderen Lebensraum entwickelte sich über die letzten Jahrzehnte das sogenannte „Grüne Band“. Auf dem ehemaligen Todesstreifen hat Thüringen diese Natur- und Erinnerungslandschaft als erstes Bundesland als Nationales Naturmonument unter Schutz gestellt. Bereits 1990 wurde von BÜNDNIS 90 gefordert, das Grüne Band unter Schutz zu stellen. Mittlerweile steht es auf der Vorschlagsliste als UNESCO-Weltnaturerbe - ein toller Erfolg.

Ein weiteres Juwel und Hotspot der Artenvielfalt, welches erhalten und geschützt, aber auch besser erlebbar werden soll, ist die Gipskarstlandschaft im Südharz. Um all die besonderen Landschaften mit ihrem Artenreichtum zu erhalten, müssen wir alle Akteur*innen im Naturschutz stärken. Denn es schützt nicht nur die Natur, sondern am Ende uns als Gesellschaft selbst.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine weitere Stärkung und auskömmliche Finanzierung unserer Großschutzgebiete, wie z.B. dem Nationalpark Hainich
- Einrichtung einer temporären Arbeitsgruppe „Schutzgebiete“ im Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz, um die Ausweisung neuer Schutzgebiete zu beschleunigen
- Eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, die Instrumente Flurneuordnung und Planfeststellung explizit für den Naturschutz nutzen zu können
- Die bundesweite Geschäftsstelle des UNESCO-Welterbes für das Grüne Band nach Thüringen holen
- Die Errichtung eines bundesweiten „Welterbe-Erlebniszentrum“ als touristische Attraktion in Thüringen etablieren, um den besonderen Verbund aus Naturschutz und Erinnerungskultur sichtbar und erlebbar zu machen.
- Errichtung eines Infozentrums „Gipskarst“ mit attraktiver Ausstellung im Norden Thüringens
- Intensivierung des Dialogs zum Ausstieg aus dem Naturgips mit der Gipsindustrie vor Ort

Größtes Schutzgebietsnetzwerk der Welt – Natura 2000 – weiter stärken

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die „Natura 2000-Gebiete“. Die Bezeichnung Natura 2000 beschreibt das größte grenzüberschreitende Schutzgebietsnetz der Welt. Dieses Netz hat es sich zur Aufgabe gemacht, gefährdete Arten und Lebensräume von gemeinschaftlichem Interesse in Europa zu schützen. In Thüringen umfassen die Natura 2000-Gebiete rund 270.000 Hektar, was fast 17 Prozent der Thüringer Landesfläche entspricht. Bis 2018 hat Thüringen deutschlandweit ein einmaliges Netz von zwölf „Natura 2000-Stationen“ eingerichtet und dieses im Naturschutzgesetz rechtlich verankert. Gemeinsam getragen von gemeinnützigen Vereinen und Verbänden sichern die Stationen die Lebensräume und Arten dieses europäischen Schutzgebietsnetzes in Thüringen. Die Stationen sind somit die „Kümmerer vor Ort“ und setzen Naturschutz gemeinsam mit den Menschen in der Region um.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine dauerhafte Sicherung und Stärkung der Natura 2000-Stationen sowie des Kompetenzzentrums, indem die dafür notwendige finanzielle Grundlage geschaffen wird
- Die Schaffung der finanziellen Voraussetzungen, um Personal in Natura 2000-Stationen durch langfristige Arbeitsverhältnisse und berufliche Perspektiven zu halten
- Ein jährliches Maßnahmenbudget für die Stationen zur unbürokratischen und kurzfristigen Umsetzung von kleineren Naturschutzmaßnahmen
- Die Möglichkeit, dass die Stationen die Erstellung der Managementpläne übernehmen können (mit entsprechender Vergütung)
- Die mittelfristige Ausweisung aller Natura 2000-Gebiete als Naturschutzgebiete (sofern nicht bereits eine höhere Schutzkategorie wie beispielsweise Nationalpark besteht)

Arten und Lebensräume schützen: Naturschutz strukturell sichern

Thüringens Natur ist nicht nur etwas ganz Besonderes – sie ist auch die Grundlage unseres eigenen Lebens. Oft wird ihr Wert für uns Menschen unterschätzt und die Natur infolgedessen bedenkenlos zerstört.

Der Lebensraum von Pflanzen und Tieren wird durch Verkehrs- oder Siedlungsvorhaben zerschnitten, bebaut oder ganz zerstört. Für viele Arten bedeutet dies eine stetige Verkleinerung ihrer Lebensräume sowie einen verringerten Austausch mit anderen Artgenossen. Dies gefährdet das dauerhafte Überleben von Populationen. Nicht nur in den Schutzgebieten, auch in der Agrarlandschaft und in den Städten setzen wir uns für Projekte und Maßnahmen zum Erhalt unserer Tier- und Pflanzenwelt ein. In den Jahren unserer Regierungsbeteiligung wurde der Naturschutz deutlich gestärkt. Gleichwohl konnte der Rückgang der Arten und Lebensräume noch nicht gestoppt werden. Das Engagement muss weitergeführt und gestärkt werden. Um all die besonderen Landschaften mit ihrem Artenreichtum erhalten zu können, müssen wir auch Akteur*innen im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken. Denn Bildung für nachhaltige Entwicklung schützt nicht nur die Natur, sondern am Ende uns selbst als Gesellschaft.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine landesweite Biotopverbundplanung als rechtsverbindlicher Bestandteil in allen Raumplanungsebenen mit einer finanziellen Umsetzung im Landeshaushalt
- Grünbrücken für wilde Tiere über unüberwindliche Verkehrsachsen
- Unterstützung und Stärkung von Schäfer*innen und Weidetierhalter*innen sowie Fortführung der SchaZi-Prämie
- Weitere Stärkung landeseigener Förderprogramme (bspw. Gewässer- und Hochwasserschutz) auf naturfreundliche Durchführung
- Die Aufstockung der auf Basis von EU-Mitteln aufgebauten und durch das Land kofinanzierten, landeseigenen Naturschutzförderung (ENL = Entwicklung Natur und Landschaft und NALAP = Natur- und Landschaftspflegeprogramm)
- Die stärkere Ausrichtung der Umsetzung der EU-Förderprogramme ELER für naturverträgliche Landwirtschaft in Thüringen
- Aufstockung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)
- Die Stärkung des Naturschutzes auf der unteren Ebene durch eine zusätzliche, landeseigene Stelle der Naturschutzbehörde (Vorbild andere Bundesländer)
- Einrichtung einer Stabsstelle für Umweltkriminalität
- Eine ressortübergreifende Landesstrategie und ein Förderprogramm für zivilgesellschaftliche Akteur*innen auflegen, die Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung anbieten und weiterentwickeln
- Weitere Einrichtung von Naturerfahrungsräumen, grünen Klassenzimmern sowie naturnahen Schulhöfen und Außengeländen von Kindergärten
- Eine eigene Umweltakademie in Thüringen, aufbauend auf dem bestehenden Pilotprojekt

Wasser ist Leben

In Thüringen verlaufen Gewässer auf mehreren tausend Kilometern und stellen somit einen wichtigen Teil der Natur unseres Bundeslandes dar. Unter BÜNDNISGRÜNER Initiative wurden in der Vergangenheit bereits eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Gewässer als Lebensräume zu erhalten und in ihrer Qualität zu verbessern. Saubere und artenreiche Gewässer waren beispielsweise das Ziel der Novelle des Thüringer Wassergesetzes, welches von unserer Partei auf den Weg gebracht wurde.

Unser Ziel ist es, Gewässer als Lebensraum für Pflanzen und Tiere zu stärken und Flüssen mehr Raum geben. Außerdem möchten wir durch grüne Randstreifen die durch Landwirtschaft bedingten Nährstoffeinträge in Gewässern reduzieren. Bedingt durch den Klimawandel treten leider auch immer häufiger Hoch- und Niedrigwasser

auf. Mit der Thüringer Niedrigwasserstrategie und dem Landesprogramm Hochwasserschutz gehen wir diese Herausforderungen weiter entschieden an.

Eine Privatisierung der Wasserwirtschaft ist daher mit uns nicht zu machen. Zudem müssen die Gewässerunterhaltungsverbände, welche unter BÜNDNISGRÜNER Initiative neu gegründet wurden, weiter gefördert werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine weitere Stärkung des natürlichen Hochwasserschutzes und eine zusätzliche Ausweisung neuer Überschwemmungsgebiete zu bestehenden Schutzgebieten entlang weiterer 800 Kilometer Gewässer
- Renaturierung von Fluss- und Bachläufen für dynamische Gewässerentwicklung
- Auflegung eines Auenschutzprogramms, aus dem die Umwandlung von Acker in Grünland für Retentionsflächen gefördert und Grundstückseigentümer*innen entschädigt werden
- Weiterentwicklung der Thüringer Niedrigwasserstrategie, um auf Perioden mit langer Trockenheit reagieren zu können
- Unterstützung von Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Wasserkonzepte und Schaffung von Anreizen für die Regenwassernutzung („Schwammstadt“)
- Erhöhung der Wasserspeicherung im Boden durch Rückbau von Meliorationsanlagen und Drainage
- Neuartige Sanitärsysteme und Rückführungen von Urin und Fäkalien in die Stoffkreisläufe durch geeignete Aufbereitung und Kompostierung
- Die Beibehaltung der öffentlichen Trinkwasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge und gegen eine Privatisierung der Wasserwirtschaft
- Für Förderprogramme, die Stickstoffüberschuss in der Landwirtschaft und den Eintrag von Phosphor und Nitrat in Gewässer weiter reduzieren
- Für die konsequente Verpflichtung der Gewässerunterhaltungsverbände auf die europäische Wasserrahmenrichtlinie
- Finanzielle Unterstützung zum Erhalt eines ökologisch guten Zustands von Gewässern und die Revitalisierung der Auen
- Die weitere Steigerung des Anschlussgrades an Kläranlagen durch Fortentwicklung des Abwasserpaktes
- Konsequente Umsetzung des „Masterplan Salzreduzierung“ im Kalibergbau und ein Stopp der Aufhaldung des Abraums

Schutz der Böden

Unser Boden ist unsere Lebensgrundlage. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass er seine wichtigen Funktionen als Kohlenstoff- und Wasserspeicher erfüllen

kann und stets fruchtbar bleibt. Hierfür ist es unerlässlich, die Artenvielfalt im Boden zu bewahren. Dies ist nur möglich, wenn wir uns schnellstmöglich vom Einsatz von Pestiziden verabschieden. Ein weiteres Problem ist die immer stärkere Versiegelung unserer Thüringer Böden. Der fortlaufende Flächenverbrauch für neue Siedlungs- und Infrastrukturprojekte muss daher dringend reduziert und an eine Entsiegelung an anderer Stelle gekoppelt werden. Nur so kann der Boden weiterhin versickerndes Wasser speichern und Lebensraum für viele Arten sein.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Minimierung des Einsatzes von Pestiziden in Land- und Forstwirtschaft sowie Privatgebrauch
- Gezielte Unterstützung bodenschonender Bewirtschaftsformen und Humusaufbau in der Landwirtschaft
- Verzicht auf Gift im Wald
- Klares Bekenntnis zum Null-Hektar-Ziel: Reduktion des Nettoflächenverbrauchs in Thüringen perspektivisch auf 0 ha und Fokus auf Entsieglung bei Neuversieglung
- Unterstützung von Kommunen bei Flächenmanagement und Entsiegelung sowie Ergänzung vorhandener Förderprogramme in Stadt und Land zur Flächenversiegelung
- Gesetzliche Maßnahmen zur Verhinderung von Landgrabbing

Luft reinhalten, Lärm reduzieren

Saubere Luft ist für die menschliche Gesundheit und die Erhaltung der Umwelt von wesentlicher Bedeutung. In Thüringen hat sich die Luftqualität in den vergangenen Jahren maßgeblich verbessert. Aber immer noch belasten Luftschadstoffe die Atemluft und auch Lebensräume. Insbesondere Stickoxide, Feinstaub und Ozon aus Verkehr, Industrie und Landwirtschaft gehören den größen Belastungen.

Unser Ziel: mehr saubere Luft in unseren Kommunen und gleichzeitig weniger Lärm für die Anwohner*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Umsetzung flächendeckender, wirkungsvoller Luftreinhaltepläne zur Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte in ganz Thüringen
- Andere Verkehrspolitik mit konsequenter Förderung von Bus- und Zugverkehr sowie Rad- und Fußverkehr (siehe Mobilität)
- Unterstützung der Busunternehmen bei Umrüstung der Flotte auf emissionsfreie Fahrzeuge
- Feinstaubfilterpflicht für Baumaschinen in Siedlungsgebieten
- Einführung eines Lärmschutzbeauftragten nach dem Vorbild von Baden-Württemberg
- Initiative mit den Kommunen zur Reduzierung von Straßenlärm
- Lärmschutz bei belasteten Gebieten nicht erst beim Neubau von Straßen umsetzen, sondern frühzeitig einplanen

Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft

In den vergangenen Jahrzehnten sind wir dermaßen unachtsam mit unserem Abfall umgegangen, dass in der Konsequenz Meere weltweit durch Kunststoffe belastet sind. Und auch in unseren heimischen Gewässern und Böden kann bereits Mikroplastik nachgewiesen werden. Doch unser Abfall besteht aus wichtigen Rohstoffen, die wir weiter nutzen können. Unser Ziel ist es deshalb, nach und nach endlich eine „Zero Waste“-Gesellschaft zu werden.

Um der aktuellen Entwicklung entgegenzuwirken, müssen wir, wo es nur geht, Abfall vermeiden und wo es nicht anders möglich ist, Abfall recyceln und weiter verwenden. Besonders kritisch sehen wir das in unserer Gesellschaft übermäßige Wegwerfen von Lebensmitteln. Hier gilt es, sich zu vergegenwärtigen, dass unsere Ressourcen endlich sind und wir unsere Lebensmittel wertschätzen müssen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Unterstützung kommunaler und unternehmerischer Strategien zur Kreislaufwirtschaft und Rohstoffrückgewinnung durch eine Fortführung des Förderprogramms GreenInvest Ress
- Die Ausrichtung der Beschaffungswesen aller Landeseinrichtungen auf nachhaltige Produkte
- Förderung von Mehrwegverpackungen im Freistaat
- Einführung einer konsequenten Kreislaufführung zur Reduzierung von Plastik und Mikroplastik
- Monitoring zur Belastung durch Mikroplastik verbessern und die Erforschung ihrer Ursachen und Wege zu ihrer Verminderung fördern
- Gezielte Unterstützung von Unternehmensgründungen, die neue Wege in der Abfallvermeidung gehen (wie zum Beispiel Unverpacktinitiativen), durch Förderprogramme
- Erstellung eines Thüringer Maßnahmenplans gegen Lebensmittelverschwendung gemeinsam mit Lebensmittelproduzent*innen, dem Handel und zivilgesellschaftlichen Initiativen

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften: 2. Wir bewahren unsere Wälder	
Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir bewahren unsere Wälder

Wälder gehören zu den ursprünglichsten Naturräumen und prägen in weiten Teilen Thüringens Landschaften. Dabei bietet der Wald nicht nur einen wichtigen Erholungs- und Lebensraum für Mensch und Tier. Durch die CO2-Speicherung in Bäumen und im Waldboden leisten unsere Wälder auch einen wichtigen aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

Aber die Wälder in Thüringen stehen mächtig unter Druck. Dürreperioden, Borkenkäferkalamitäten, Waldbrände, Stürme und Luftschadstoffe setzen ihnen zu. Nur noch weniger als ein Fünftel der Bäume in Thüringen sind gesund und die Borkenkäferschäden nehmen dramatische Ausmaße an. Die Ursachen dieser Jahrhundertkrise im Wald sind hausgemacht. Wälder waren in Mitteleuropa einst fast flächendeckend verbreitet. Heute ist nur noch knapp ein Drittel der Landesfläche Thüringens mit Wald bedeckt. Davon entfallen fast 40 % auf artenarme Fichtenmonokulturen. Ausgerechnet die gegen Dürre und Borkenkäfer besonders anfällige Fichte ist die häufigste Baumart in Thüringen. Dabei gäbe es unter natürlichen Bedingungen Fichtenbestände nur in Kammlagen des Thüringer Waldes.

Durch häufige Durchforstung und ein dichtes Rückegassensystem wird das in naturnahen Wäldern geschlossene Kronendach immer wieder geöffnet. Das bleibt nicht ohne Folgen für das Waldinnenklima und erhöht die Anfälligkeit der Wälder für Austrocknung. Die Dauerbelastung durch Luftschadstoffe in Form von Stickoxiden aus dem Straßenverkehr und Ammoniakemissionen aus der Massentierhaltung macht sich in den Wäldern bemerkbar.

Wenn wir die Jahrhundertkrise des Waldes stoppen und intakte und stabile Wälder auch für die nachfolgenden Generationen erhalten wollen, brauchen wir einen neuen Generationenvertrag für den Wald. Und um die Wälder zu retten, müssen wir die Klimakrise stoppen, Luftschadstoffe eliminieren und die Wälder als Ökosysteme und nicht als Holzplantagen behandeln.

Eine Forstwirtschaft mit einer klimaresilienten naturnahen Waldnutzung, die die biologische Vielfalt und die Speicherung klimaschädlicher Gase erhöht, ist für uns essenziell. Die nächsten Jahre werden das wirkliche Maß des Waldsterbens zeigen – für uns zählt jeder Tag und voller Einsatz für Wald und Forst in Thüringen.

Kernziele:

- Dauerwald-Bewirtschaftung als Leitbild für Thüringens Forste
- Förderinstrumente für Umbau zu naturnahen, klimaresilienten Wäldern vereinfachen, entbürokratisieren und verständlicher machen
- Waldprämie weiterentwickeln und mehr Angebote für Vertragsnaturschutz schaffen
- Gewinnung von Fachkräften für die Waldarbeit durch weitere Stärkung der Ausbildungen
- Jugendwaldheime als wichtige Bildungsräume für den Lernort Wald stärken

Ein Wald für alle

Wälder lassen sich ausschließlich generationsübergreifend bewirtschaften. Die nachhaltige Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes Holz setzt daher voraus, dass wir die langfristigen Gemeinwohlinteressen der Gesellschaft am Wald über die kurzfristigen Gewinninteressen der Holzwirtschaft setzen. Gerade die aktuelle Waldkrise zeigt: Nur intakte, artenreiche Waldökosysteme sind langfristig stabil und garantieren dadurch einen nachhaltigen Holzertrag.

Wald dient einerseits als Rückzugsgebiet und Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Gleichzeitig liefert er auch Holz als Rohstoff und stellt damit einen sicheren Arbeitsplatz für viele Menschen in Thüringen dar. Ziel unserer Waldpolitik ist daher, eine Forstwirtschaft zu fördern, welche nachhaltige Holzerträge gewährleistet und die Wälder als artenreiche Ökosysteme, Klimasenken und Erholungsräume schützt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Überarbeitung des Thüringer Waldgesetzes mit dem Vorrang auf den Schutz der Wälder als intakte Ökosysteme
- Naturnahe Dauerwald-Bewirtschaftung und Kommunen
- Befreiung von ThüringenForst als größter Waldbesitzer von Zwängen der Eigenfinanzierung
- Bewirtschaftung des Landeswaldes nach FSC-Standard
- Verbleib von Landeswald im öffentlichen Eigentum
- Ausrichtung von Förderprogrammen für Privatwaldbesitzer*innen an FSC-Standards
- Belassen von mehr Totholz im Wald
- Verzicht von Gifteinsatz im Wald
- Modernisierung des Jagdrechtes, um Waldbesitzer*innen und Jäger*innen mehr Möglichkeiten zu geben, an den Lebensraum angepasste Wilddichten zu etablieren
- Erhalt des Einheitsforstamtes und Verhinderung der Vergrößerung von Forstrevieren
- Dauerhafte Einstellung von Waldarbeiter*innen aus eigener Ausbildung bei ThüringenForst
- Jugendwaldheime als wichtige Bildungsräume für den Lernort Wald

Zukunftsstarker Wald in Thüringen

Der Umbau hin zu einem klimaresilienten Wald ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur die Waldbesitzer*innen betrifft. Einen Wald aufzubauen, der den Anforderungen der Zukunft gewachsen ist, liegt deshalb in unser aller Interesse. Doch der Wald ist mittlerweile so stark geschädigt, dass es nicht möglich sein wird, alle Kalamitätsflächen aufzuforsten. Natürliche Sukzession hat hierbei für uns grundsätzlich Vorrang gegenüber Wiederaufforstung. Dadurch wird eine naturnahe Waldentwicklung gefördert und es können Finanzmittel für Pflanzungen und Personal gespart werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Entwicklung eines Landesprogramms zur langfristigen ökologischen Waldentwicklung
- Erhöhung der Menge des Baumholzes auf 70 Prozent der Vorräte entsprechender Naturwälder
- Plenterbewirtschaftung der Wälder mit Orientierung am Zieldurchmesser eines Baumes
- Reduktion der Anzahl der Durchforstungen pro Waldgeneration
- Rückbau von Entwässerungsgräben für bessere Wasserspeicherung
- Reduktion der Befahrung des Waldbodens, Beschränkung des Einsatzes schwerer Maschinen auf das Nötigste und Unterstützung alternativer Ernteverfahren (Abstand der Rückegassen soll 50 Meter nicht unterschreiten)
- Kein weiterer Bau neuer Waldwege
- Integration von lebenden Biotopbäumen und Totholz zum Standard machen
- Umsetzung der in Thüringen abgestimmten Flächenkulisse für Nutzungsfreie Flächen im Rahmen des 5 Prozent - Biodiversitätsziels bis spätestens 2029
- Vorrang der natürlichen Sukzession vor Wiederaufforstungen, um eine naturnahe klimaresiliente Waldentwicklung zu fördern
- Regulierung der Wilddichten, so dass die Regeneration des Waldes möglich wird und Baumarten ohne künstliche Schutzmaßnahmen langfristig existieren können
- Verbesserung der Förderinstrumente für Umbau zu naturnahen Dauerwäldern
- Unterstützung von Forstbetriebsgemeinschaften

Wald als Arbeitsplatz

Wir werden Holz als nachwachsenden, klimapositiven Rohstoff zukünftig noch stärker in den Fokus rücken. Unser Ziel: die regionale Verarbeitung vom Baum bis zum Produkt in unserem Freistaat wieder zu stärken und Arbeitsplätze in der gesamten Wertschöpfungskette in Thüringen zu sichern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stärkere Förderung der Holzverarbeitung/-veredelung in Thüringen zum Aufbau und Erhalt regionaler Wertschöpfungsketten
- Mehr Holzbau im Thüringer Bausektor: Zusammenarbeit von Wirtschaft und Universitäten fördern
- Gewinnung von Fachkräften für die Waldarbeit durch weitere Stärkung der Ausbildungen im Forstbereich
- Langfristige Stärkung des Forstlichen Forschungs- und Kompetenzzentrum vom ThüringenForst, sowie landeseigener Baumschulen

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften: 3. Wir bringen Klimaschutz und die Energiewende voran

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir bringen Klimaschutz und die Energiewende voran

Die Klimakrise bedroht unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Hitzewellen und Dürren, Hochwasser und Starkregen, immer weniger Tage Schnee im Winter – die Krise ist das neue Normal geworden. Insbesondere ältere Menschen, Schwangere, Kleinkinder und chronisch kranke Personen leiden unter der Hitze. Aber auch die Land- und Forstwirtschaft sind durch Trockenheit und die Zunahme von Schädlingen gefährdet. Die Klimakrise lässt Seen austrocknen, Flüsse und Bäche trockenfallen und das Grundwasser absinken. Gleichzeitig werden durch Überschwemmungen immer häufiger Straßen und Gebäude überflutet.

Diese Extremwetter-Ereignisse werden sich nach dem aktuellen Trend deutlich verschärfen. Deshalb wollen wir unseren Beitrag dafür leisten, dass der weltweite Treibhausgas-Ausstoß reduziert wird. Spätestens die Hochwasser-Katastrophe im Ahrtal 2021 hat gezeigt: An eine Erderhitzung mit verheerenden Folgen können wir uns nicht mehr anpassen. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, werden wir die Thüringer Natur und Landschaften in 30 Jahren kaum wiedererkennen können.

Wir stehen zum Pariser Klimaabkommen und engagieren uns weiterhin in der „Under 2 Coalition“ – dem weltweiten Netzwerk der Regionen für ambitionierten Klimaschutz. Unser 2018 beschlossenes Klimagesetz – das erste Klimagesetz in Ostdeutschland – und der Klimapakt mit den Kommunen sind dabei die zentralen Instrumente. Wir wollen das Klimagesetz reformieren, um ein ambitioniertes Ziel von Klimaneutralität bis 2040 ergänzen und durch Verbindlichkeitsmechanismen für eine konsequente Umsetzung sorgen. Mit dem Zukunftsfonds wollen wir die erforderlichen Maßnahmen finanziell flankieren und insbesondere den Klimapakt fortführen und aufstocken.

Die Versorgung mit erneuerbarer Energie und Wärme ist das Ziel und die Grundvoraussetzung für den Klimaschutz. Wind, Sonne, Wasserkraft, Biogas und Umweltwärme – mit diesen Energiequellen zusammen mit Strom- und Wärmespeichern, grünem Wasserstoff sowie intelligenten Energienetzen machen wir es möglich, unser Energiesystem auf eine erneuerbare Basis zu setzen. Überall im Land gibt es bereits innovative Lösungen, die beispielgebend sind und sich gut übertragen lassen. Sei es der klimafreundlich sanierte Plattenbau mit Wärmerückgewinnung und Fassaden-Photovoltaik in Stadtroda oder die mit Solar-, Geothermie oder Bioenergie betriebenen effizienten Wärmenetze in Mühlhausen, Werther und Schlöben. Vom Eichsfeld und Wartburgkreis bis nach Suhl und Gera rollen bereits E-Busse sauber, sicher und leise quer durchs Land.

Dabei halten wir Kurs und geben Planungssicherheit beim Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz sowie Energieeinsparungen. So sichern wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und erhalten die Freiheit für uns, unsere Kinder und Enkelkinder. Die Energiewende schafft zukunftssichere Jobs, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts und reduziert sowohl die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft von internationalen Öl- und Gaspreisschwankungen als auch die Importabhängigkeit von Autokratien.

Doch dieser Umbau verlangt nach großen Investitionen in allen Bereichen – von Privathaushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand. Die Modernisierung unseres Landes ist eine Gemeinschaftsaufgabe, für die wir verlässlich geplante Zukunftsinvestitionen in ausreichender Höhe benötigen. Niemand bleibt bei dieser Aufgabe allein.

Vorausschauende Politik bedeutet für uns, langfristig nachhaltige Lösungen zu finden, statt kurzsichtige Symptombekämpfung zu betreiben. Nur durch die Energiewende in allen Bereichen können wir die Klimakrise eindämmen. Deshalb werben wir dafür, jetzt an allen Stellen gemeinsam anzupacken – bei uns zu Hause, in unseren Kommunen und in der Fläche. Lasst uns unser Land gemeinsam zukunftsfest machen.

Kernziele:

- Reform des Klimagesetzes mit Klimaneutralität Thüringens bis 2040 als Zielstellung und einer Anpassung des Zielpfades
- Aufsetzen eines Thüringer Zukunftsfonds zur finanziellen Absicherung von Investitionen in den klimaneutralen Umbau unserer Kommunen, der Wirtschaft und Infrastruktur
- Bilanziell 100% erneuerbare Stromversorgung bis 2035
- Treibhausgase durch natürlichen Klimaschutz binden und Kohlenstoffsenken wie etwa den Wald schützen
- Klimacheck für alle Gesetzesvorhaben und Haushaltsentscheidungen, klimaschädliche Ausgaben abbauen

Erneuerbare Energien ausbauen und Teilhabe vereinfachen

Auf Bundesebene haben wir dem Ausbau der erneuerbaren Energien bereits wieder den dringend notwendigen Schwung verliehen. So wurde beispielsweise die Umsatzsteuer bei der Anschaffung einer PV-Anlage auf 0 Prozent gesenkt, die Vergütung für Dachanlagen erhöht und der Netz-Anschluss vereinfacht. Mit dem Thüringer Solarrechner haben wir es auf Landesebene für private Eigentümer*innen einfachgemacht, zu prüfen, ob sich ihr Dach für eine Solaranlage lohnt.

Damit wir aus der klimaschädlichen Verbrennung von Kohle- und Erdgas aussteigen können, haben wir bereits die Genehmigungsverfahren beschleunigt und die Bereitstellung von 2 Prozent der Landesfläche Deutschlands für die Windenergie gesetzlich festgeschrieben. Im Thüringer Landtag haben wir ein Windenergiebeteiligungsgesetz eingebracht, welches sicherstellen soll, dass die Bevölkerung und die Kommunen vor Ort am Erlös der Anlagen finanziell profitieren. Zudem haben wir Handlungsleitfäden erarbeitet, mit denen die

Standortwahl für Windräder so getroffen werden, dass sie nicht im Konflikt zum Artenschutz stehen. Die Energieberatung bei der Thüringer Verbraucherzentrale haben wir kostenfrei gemacht. Wir haben außerdem die Landesenergieagentur ausgebaut, die neben Privaten auch Kommunen und Unternehmen im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Ressourcenschutz berät.

Durch eine integrierte Netzplanung der Strom- und Wärmenetze zusammen mit allen Thüringer Akteuren setzen wir uns dafür ein, dass der Netzausbau Schritt hält. Mit der Thüringer Fachkräftestrategie sorgen wir dafür, dass die Pläne auch in die Praxis umgesetzt werden können. Unser Ziel: Diesen Schwung aufrechtzuerhalten und den Ausbau deutlich anzukurbeln.

Dafür fordern wir:

- Reform des Landesplanungsrechts, um energiepolitische Zielstellungen verbindlich durchzusetzen und eine bessere Beteiligung von Bürger*innen zu ermöglichen
- Deutlich beschleunigte und rechtssichere Ausweisung von Windvorranggebieten in den Regionalplänen
- Auf Forstflächen, dort wo sinnvoll und naturschutzfachlich unbedenklich, Windenergie ermöglichen, damit Unternehmen wie beispielsweise das Stahlwerk in Unterwellenborn oder die Glasindustrie in Südthüringen bald Zugang zu Strom aus Erneuerbaren erhalten
- Bürger*innen und Kommunen an Einnahmen aus Wind- und Solarenergieprojekten (über Beteiligungsgesetz) solidarisch beteiligen
- Solargesetz, um Solardächer bei Neu- und Umbauten, Parkplätzen und landeseigenen Gebäuden zum Standard zu machen
- Potenziale von vorbelasteten Flächen für Freiflächen-Photovoltaik – etwa Brach- und Konversionsflächen, Parkplätze, Deponien oder Verkehrsrandstreifen heben
- Siegel „Faire Solarenergie“ für Freiflächenanlagen einführen, das hohe Standards für Beteiligung von Bürger*innen und finanzielle Beteiligungen der Kommunen gewährleistet
- Pilotprojekte für die duale Nutzung von Photovoltaik und Naturschutzflächen (Biodiversitäts-PV) bzw. Acker- oder Parkplatzflächen (Agri-/Parkplatz-PV) umsetzen
- Erhalt und Ausbau von Beratungsangeboten zu Dachsolaranlagen und Mieterstrom
- Finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Erlösen von Windanlagen über ein Energiebeteiligungsgesetz garantieren
- Förderung der Akzeptanz und Akteursvielfalt bei der Energiewende durch mehr Anlagen in Bürger*innen- oder kommunaler Hand; Stärkung der Bürgerenergie

Energiewende, flexible Energieträger und Netze

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, braucht es nicht nur Sonne und Wind. Sondern auch die Ergänzung durch flexible Energieträger wie Biogas und grünen Wasserstoff, Energiespeicher, gut ausgebaute intelligente Verteilnetze und eine Flexibilisierung des Verbrauchs. Hierfür arbeiten wir zusammen mit regionalen Unternehmen bereits an der Umstellung von Erdgasleitungen auf Wasserstoff und die Erzeugung von grünem Wasserstoff aus Wind- und PV-Anlagen, um unter anderem das Industriegebiet am Erfurter Kreuz zu versorgen. Bei Henschleben entstand ein erster Solarpark auf einer Deponiefläche mit integriertem Stromspeicher. Und die Stadtwerke Jena errichteten einen Heißwasserspeicher, um beispielsweise günstigen Windstrom in die Fernwärme einzuspeisen. Für die entsprechenden Regelungen und den Ausbau der Infrastruktur werden wir uns weiter engagieren.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Vorantreiben des dezentralen Ausbaus und der Digitalisierung der Stromverteilnetze, um die Versorgungssicherheit und den zügigen Anschluss von neuen Anlagen zu garantieren
- Beratung für Nutzungskonzepte bestehender Biogas- und Wasserkraftanlagen sichern und fortführen
- Aufbau von regionalen Netzen für grünen Wasserstoff vorantreiben und Anschluss Thüringens an das entstehende europäische Netz garantieren, priorisierten Einsatz zur Stromnetzstabilisierung und für industrielle Hochtemperaturanwendung ermöglichen
- Beschleunigung und Kostensenkung durch eine integrierte Infrastrukturplanung z.B. von Energie- und Glasfasernetzen
- Erhalt bestehender Pumpspeicherkraftwerke und Aufbau weiterer Energiespeicherkapazitäten innerhalb eines neuen Regulierungsrahmens für Energiespeicher
- Potenziale bei Nachfrageflexibilität insbesondere in der Industrie heben

Wärmewende: klimafreundlich, behaglich und bezahlbar

Die Wärmeversorgung macht ca. 40 Prozent unseres energiebedingten CO2-Ausstoßes aus. Wir haben die Technologien zur Verfügung, um diese Emissionen und die damit verbundenen Heizkosten deutlich zu reduzieren und gleichzeitig unser menschliches Grundbedürfnis nach einem warmen Zuhause gerecht zu werden.

Mit (Groß-)Wärmepumpen, Elektrokesseln, Geo-, Fluss- und Solarthermie, Abwärme und Biomasse stehen verschiedene Alternativen zu Öl und Erdgas zur Verfügung, die sich individuell auf jedes Gebäude anwenden lassen. Für die Wärmewende braucht es deutliche Investitionen der öffentlichen Hand. Dafür treten wir entschieden ein. Mit Hilfe des Zukunftsfonds wird es uns gelingen den Wirtschaftsstandort Thüringen zukunftsfähig zu machen und Wärme klimanuetral zu gewinnen. Beim Klimaschutz im Wärmebereich gibt es auch sehr gute gemeinschaftliche Lösungen: Wärmenetzprojekte wie das in Werther haben bewiesen,

dass kollektive Lösungen Synergieeffekte bergen und günstiger sind, als jedes Gebäude einzeln umzustellen. Daher setzen wir vor allem auf den Aus- und Aufbau von Nah- und Fernwärmenetzen. Thüringen mit seinem hohen Anschlussgrad von Fernwärme hat hier bereits gute Startvoraussetzungen. Auch mit Sanierungen von Wohngebäuden lässt sich der Heizbedarf reduzieren. Damit diese zeitnah und ohne finanzielle Überforderung von Mieter*innen und Eigentümer*innen zum Einsatz kommen können, fordern wir:

- Ausweitung des Programms der Thüringer Wärmeoffensive zur klimaneutralen Umstellung der Wärmeversorgung von Gebäuden und Quartieren in der Breite

- Aufsetzen eines an Thüringer Bedingungen angepassten Förderprogramms für Gebäudesanierungen und klimaneutrale Umrüstung von Heizungen im Rahmen des Zukunftsfonds, Priorisierung der Förderung nach Effizienz und Emissionsreduktionspotential

- Fortsetzung und Intensivierung der Unterstützung von Kommunen und Energieversorgern bei der Aufstellung von kommunalen Wärmeplänen, beim Um- und Ausbau der Fernwärmenetze und der Integration von Wärmespeichern

- Priorisierter Einsatz des zukünftig verfügbaren grünen Wasserstoffs in der Industrie, statt der Wärmeversorgung

Öffentliche Hand: Servicebehörden mit Vorbildwirkung

Wir stehen für eine öffentliche Verwaltung, die informiert, ermöglicht und selbst vorangeht, um den Erfolg der Energie- und Wärmewende voranzutreiben. Im Bereich des Immissionsschutzes, für den wir verantwortlich waren, setzten wir auf eine frühzeitige Kommunikation zwischen Vorhabenträger*innen und Behörden sowie den Bürger*innen und – bspw. wie im Fall der Batteriefabrik am Erfurter Kreuz – auf Antragskonferenzen, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Im Rahmen des Klimapaktes erhalten Kommunen ohne einen Antrag stellen zu müssen – also sehr niedrigschwellig - Mittel, die sie für eine breite Palette an Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen verwenden können.

Darauf aufbauend setzen wir uns ein für:

- Beschleunigung der Bearbeitung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energieinfrastruktur durch die Vereinfachung von Verfahren für die Antragsteller*innen, die Restrukturierung von Entscheidungskompetenzen und mehr Personal in den Genehmigungsbehörden

- Verstetigung und Aufstockung der finanziellen Unterstützung für kommunalen Klimaschutz (Klimapakt) sowie die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen

flächendeckend und unbürokratisch insbesondere in finanzschwachen Kommunen zu ermöglichen

- Stärkung der Landesenergieagentur (ThEGA) zur Verbesserung von Beteiligungsprozessen und des Informationsangebots zur Energie- und Wärmewende für Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen

- Beschleunigte energetische Modernisierung von Landesliegenschaften und Ausstattung mit Solardächern, Umstellung des landeseigenen Fuhrparks auf E-Mobilität

- Wir führen einen CO_2-Schattenpreis ein, um beim Bau und der Sanierung von landeseigenen Immobilen und in der öffentlichen Beschaffung die langfristigen Kosten über einen CO_2-Preis in den jeweiligen Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu veranschlagen

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften: 4. Wir stellen unsere Wirtschaft zukunftssicher auf

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	08.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stellen unsere Wirtschaft zukunftssicher auf

Wir treten ein für eine nachhaltige, zukunftssichere und klimaneutrale Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschen dient. Dafür setzen wir in der Wirtschaftspolitik Rahmenbedingungen, mit denen das am besten gelingt. Wir wollen, dass die Thüringer Wirtschaft international konkurrenzfähig ist, moderne Arbeitsplätze bietet und den Beschäftigten gute Löhne garantiert, ohne auf Kosten der Umwelt und der Menschenrechte zu agieren – auch über Thüringen hinaus. Dafür brauchen die Unternehmen staatliche Unterstützung durch Investitionsanreize, ein weltoffenes gesellschaftliches Umfeld und klare, verlässliche Rahmenbedingungen. Für die Wirtschaftspolitik Thüringens ergeben sich daraus drei zentrale Herausforderungen.

Erstens muss der Zugang zu ausreichend günstigen erneuerbaren Energiequellen gesichert und Industrieprozesse so weit wie möglich auf Rohstoffkreisläufe umgestellt werden. Damit machen wir uns unabhängig von fossilen Energien.

Zweitens wollen wir dem demographiebedingten Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenwirken. Dafür muss die Attraktivität von Thüringen als Lebens- und Arbeitsort nachhaltig verbessert werden, durch faire Arbeitsbedingungen, Familienfreundlichkeit, Weltoffenheit und den Abbau von Barrieren für den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Drittens wollen wir für ein Umfeld sorgen, das Innovationen anregt und fördert. Kreative neue Ansätze und unternehmerisches Engagement müssen wertgeschätzt werden und Raum zur Entfaltung bekommen.

Kernziele:

- Transformation der Thüringer Unternehmen und Betriebe durch Umstellung auf erneuerbare Energien, Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft vorantreiben
- Fach- und Arbeitskräftemangel reduzieren und Thüringens Attraktivität als Arbeits- und Lebensort bekannt machen
- Verbesserte Rahmenbedingungen für die Innovationsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft schaffen
- Handwerk für Aufgaben des Strukturwandels stärken und Berufsausbildungen attraktiver gestalten

Klimaneutrale Transformation vorantreiben

Damit Thüringens Industrie über eine dauerhaft sichere Wirtschaftsgrundlage verfügt, muss die Versorgung mit verlässlicher, günstiger und erneuerbarer Energie gewährleistet werden. Dies bedeutet, dass wir unsere Anstrengungen beim Ausbau eigener erneuerbarer Energieerzeugungskapazitäten intensivieren müssen.

Deshalb fordern wir:

- Sicherung der Energieversorgung der Thüringer Unternehmen und Betriebe mit ausreichend günstiger erneuerbarer Energie (siehe Kapitel Klima & Energie)
- Priorisierte Ausweisung von Flächen für Wind- und Solaranlagen im Umfeld von Industrieparks im Rahmen des Landesentwicklungsplans zur Sicherstellung der Stromversorgung und Minimierung der Netzausbaukosten
- Anbindung von Betrieben, insbesondere der Industrie, an eine erneuerbare Wärmeversorgung sicherstellen durch Ausbau und Umrüstung der Wärmenetze
- Das landeseigene Investitionsförderprogramm für kleine und mittlere Unternehmen zur Umstellung von Produktionsprozessen auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz fortführen und um Klimaschutzverträge in Form von Differenzverträgen ergänzen.
- Aufbau von grüner Wasserstoffinfrastruktur in Thüringen und Sicherstellung der Anbindung an das europäische Wasserstoffnetz, priorisierte Lieferung an Industriebetriebe mit besonderem Bedarf (siehe Kapitel Klima & Energie)
- Sicherung von gut bezahlten Arbeitsplätzen in von Transformation betroffenen Industriezweigen durch Unterstützung von Aus- und Weiterbildung
- Ausbau des Thüringer Nachhaltigkeitsabkommen (NAT) als Vernetzungsplattform zur Verankerung von Nachhaltigkeitsprinzipien in der Thüringer Wirtschaft
- Ausrichtung der Thüringer Landesgesellschaften und der Unternehmensbeteiligungen des Landes nach Nachhaltigkeitskriterien
- Ausbau und Sicherung der notwendigen nachhaltigen Infrastrukturen wie Bahn-, Mobilfunk- und Energienetzen in der Fläche (siehe Kapitel Ländlicher Raum)

Arbeits- und Fachkräfte für Thüringen ausbilden, gewinnen und halten

Neben der Energieversorgung sind ausreichend gut ausgebildete Arbeitskräfte die wichtigste Grundlage für eine nachhaltige Wirtschaftsstruktur. Durch den demographischen Wandel stehen wir in Thüringen hier jedoch mittelfristig vor einem großen Problem. Gleichzeitig schränkt unter anderem das Problem des Rechtsextremismus die Attraktivität Thüringens insbesondere für Zugezogene wesentlich ein. Thüringen muss sich hier auf seine Stärken besinnen – wie

beispielsweise die Familienfreundlichkeit durch gute Betreuungsmöglichkeiten oder die vielfältigen Möglichkeiten, die Thüringer Natur zu erleben. Wir sollten diese Stärken nutzen und ausbauen, um das Anwerben von Fachkräften von außen erfolgreicher zu machen und geschlechtsspezifische Arbeitsmarktbarrieren abzubauen. Gleichzeitig müssen wir aber auch daran arbeiten, bestehende Probleme wie den fehlenden Nachwuchs für handwerkliche Ausbildungsberufe zu lösen.

Deshalb fordern wir:

- Eine Reduzierung der Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss (siehe Schule sozial gerecht und inklusiv)
- Berufsausbildung attraktiver machen, Erhalt von Berufsschulen in der Fläche (siehe Kapitel Ausbildung)
- Mehr praxisbezogenes Lernen im Schulsystem (siehe Kapitel Schule)
- Unterstützung von Fortbildungen und Umschulungen (siehe Kapitel Arbeit)
- Thüringer Willkommenskultur stärken, u. a. durch konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und Einsatz für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz
- Ausbau der Fachkräftestrategie und von Anwerbeabkommen mit anderen Ländern,
- Zugang von Zugewanderten zu Integrationsangeboten, Unterstützungsstrukturen, Anlaufstellen, Sprachkursen, Berufsausbildungen und Qualifizierungsangeboten fördern sowie interkulturelle Öffnung der Thüringer Gesellschaft weiter voranbringen
- Einfachere und schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, Ausbildungen und Qualifikationen, Fokus auf praktische Kenntnisnachweise statt Nachweis der formalen Bildungsabschlüsse
- Abbau von Hürden zur Arbeitsmarktintegration sowie Abschaffung von Arbeitsverboten
- Abbau von Sprachbarrieren durch besseres Sprachkursangebot und Förderung von Mehrsprachigkeit in Wirtschaft und Verwaltung (siehe Migration & Integration)
- Ausweitung des Programms zum Anwerben von Pendler*innen und Rückkehrer*innen der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung
- Ausweitung der Flexibilitätsoptionen für Arbeitnehmer*innen bei Wochen- und Lebensarbeitszeiten
- Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land durch Ausbau und Erhalt der öffentlichen Infrastruktur (soziale & kulturelle Angebote, Nahverkehrsanbindung, Breitbandausbau etc.) schaffen, um die Attraktivität

des ländlichen Raums als Arbeits- und Lebensort zu sichern und zu stärken (siehe Kapitel Ländlicher Raum)

- Strukturelle geschlechterspezifische Arbeitsmarktbarrieren abbauen u. a. durch bessere Betreuungsmöglichkeiten und familienpolitische Reformen (siehe Kapitel Gleichstellung)

Innovationsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft sichern

Für den Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen sind Innovationen unabdingbar. Sie ermöglichen Neugründungen und neue Lösungen – und zwingen etablierte Unternehmen immer wieder dazu, ihre Geschäftsmodelle zu hinterfragen. Es ist in unseren Augen daher die Aufgabe der Politik, die Innovationsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft zu sichern und Freiraum zur Entfaltung neuer Ideen und Geschäftsmodelle zu schaffen. Eine Aufgabe der öffentlichen Wirtschaftsförderung kann es dabei nicht sein, bestehende Strukturen durch Subventionen bedingungslos zu zementieren. Stattdessen wollen wir: eine klare strategische Priorisierung auf die Themen der Zukunft.

Deshalb fordern wir:

- Vereinfachung von Start-up- und Unternehmensgründungen durch ein bürokratiearmes Gründungsjahr mit flexiblen, vereinfachten und digitalisierten Beratungs- und Förderangeboten sowie einheitlichen Ansprechstellen („One-Stop-Shops“) in der Verwaltung für alle Anträge und Genehmigungen

- Ausbau von Co-Working-Räumen und lokalen Gründungszentren in der Fläche (siehe Kapitel Ländlicher Raum)

- Stärkere Förderung von Gründungskompetenz im Bildungssystem durch projektbasiertes Lernen, insbesondere bei Frauen (siehe Kapitel Bildung)

- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und der Wirtschaft zur Förderung von Ausgründungen und Technologietransfers von der Forschung in die Anwendung (siehe Kapitel Hochschule)

- Vereinfachung und konsequente Digitalisierung öffentlicher Vergabeverfahren, um auch neugegründeten Unternehmen realistische Zuschlagschancen einzuräumen

- Strategische Neuausrichtung der Unternehmensförderung auf bestehende strukturelle Stärken und die Trends der Zukunft (Nachhaltigkeit, Digitalität, Hochtechnologie), eine bessere Vernetzung mit anderen Bundesländern und einen größeren Fokus auf den ländlichen Raum

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften 6. Wir entwickeln Tourismus in Thüringen nachhaltig

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir entwickeln Tourismus in Thüringen nachhaltig

Ganz klar – Thüringen ist schön. Und es lohnt sich, hierherzukommen. Denn unser Land hat viel zu bieten. Der Freistaat Thüringen ist bekannt für seine touristischen Reiseziele, die Schönheit seiner Landschaften sowie für seine vielfältigen Sehenswürdigkeiten und Kultur.

Sei es der Thüringer Wald, der die Menschen zum Wandern oder Ski fahren anzieht, oder historische identitätsstiftende Kulturstätten wie Weimar oder die Wartburg – Orte wie diese sorgen für Thüringens Relevanz weit über die Landesgrenzen hinaus.

Der Tourismus ist mit rund 10 Millionen Übernachtungen pro Jahr und vielen Tagestourist*innen ein wichtiges Standbein der Thüringer Wirtschaft. Hierin verborgen liegt noch weiteres großes Potenzial, welches wir in Zukunft heben wollen. Unser Ziel: Thüringen noch attraktiver für Tourist*innen machen. Der Wintersport und der daran geknüpfte Tourismus hat für die Thüringer*innen eine hohe emotionale Bedeutung. Da auf den Schnee im Winter in Zukunft jedoch immer weniger Verlass sein wird, möchten wir tragfähige Alternativen entwickeln und stärken. Ebenso wollen wir stärker auf Trends wie vermehrte Städte-, Aktiv- und Erlebnisreisen reagieren. Unser Ziel: Den gesamten Freistaat Thüringen noch bekannter und attraktiver für Tourist*innen aus dem In- und Ausland zu machen.

Kernziele:

- Natur- und Wintertourismus durch Förderung neuer Konzepte an die Realitäten der Klimakrise anpassen
- Tourismusangebote an die Bedürfnisse einer vielfältiger werdenden Gesellschaft anpassen
- Naturnahen und nachhaltigen Tourismus stärken durch einen nachhaltigen Waldumbau, durch die Verknüpfung von Naturschutz mit touristischen Angeboten und die Unterstützung von bestehender Tourismusinfrastruktur bei der Umstellung auf neue Konzepte
- Unterstützung von familienfreundlichem Tourismus durch flächendeckende Vergünstigungen für Kinder und Familien sowie altersgerechte Angebote
- Möglichkeiten für klimaneutralen Tourismus ausweiten durch die Stärkung von touristisch genutzten Bahn- und Busverbindungen, die Verbesserung der

Fahrradmitnahmemöglichkeiten und die Verknüpfung mit Mobilitätsangeboten am Urlaubsort (siehe auch Kapitel Verkehr)

- Ausbau von Radwanderwegen zur Stärkung des Radtourismus
- Fern- und Nahwanderwege erhalten und - wo es sinnvoll und naturverträglich möglich ist - neu schaffen, Ausbau von einheitlichen Markierungen
- Ausbau von Angeboten und Informationsmöglichkeiten zu barrierefreiem Tourismus in Kooperation mit den Kommunen - beispielsweise barrierearme Wanderwege
- Bündelung von Information und Marketing für den Thüringer Tourismus durch die Förderung von Zusammenschlüsssen von Landkreisen und Regionen zu Tourismusregionen
- Fokus auf nachhaltige, klimaschonende und naturverträgliche Investitionen und Maßnahmen in der Tourismusförderung
- Erhalt eines vielfältigen Angebots von Gasthöfen in der Fläche mittels gezielter Unterstützungsangebote

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften 7. Wir ermöglichen saubere und sichere Mobilität für alle

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir ermöglichen saubere und sichere Mobilität für alle

Mobilität bedeutet nicht weniger als die Teilhabe von Menschen am öffentlichen, sozialen und kulturellen Leben. Doch nicht jede*r hat den gleichen Zugang zu Mobilität. Gerade Menschen ohne Auto sind heutzutage immer noch vielerorts abgeschnitten. Es muss Ziel der Politik sein, dies zu ändern.

Echte Freiheit in der Mobilität gibt es nur, wenn alle eine echte Wahlmöglichkeit haben. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Menschen in Thüringen jeden Ort erreichen. Um diesem Ziel näherzukommen, wollen wir eine Mobilitätsgarantie für alle einführen, umweltfreundlichen Verkehrsmitteln Vorrang einräumen und die Verkehrssicherheit für alle erhöhen.

Mit dem erfolgreichen Deutschland-Ticket haben wir BÜNDNISGRÜNE in der Bundesregierung Bus- und Bahnfahren deutlich günstiger und attraktiver gemacht. Aber: Viele Orte verfügen immer noch über keine regelmäßige Anbindung an den Nahverkehr. Daher kämpfen wir weiter mit Leidenschaft dafür, den Bahnverkehr als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs zu stärken und für ein flächendeckendes, attraktives Busnetz.

Dabei setzen wir auf barrierefreie Angebote, die niemanden ausschließen. Dies funktioniert nur auf intakten Straßen – weshalb wir Instandhaltung deutlich vor Neu- und Ausbau von Straßen priorisieren. Aber auch das Zufußgehen und Radfahren möchten wir für alle sicherer und attraktiver machen - vor allem für Kinder. Unser Ziel: der konsequente Ausbau von Radwegen und mehr Platz für Fuß- und Radverkehr. Denn ein Verkehr, der sicher für unsere Kinder ist, ist sicher für uns alle.

Kernziele:

- Einführung einer landesweiten Mobilitätsgarantie, die alle Gemeinden in Thüringen an den Nahverkehr anschließt
- Stärkung der Schiene durch Ausbau des Bestandsnetzes und Reaktivierung still gelegter Strecken
- Ausbau der Barrierefreiheit öffentlicher Verkehrsmittel sowie Abbau von Hindernissen im öffentlichen Raum
- Radfahren sicherer machen durch mehr und bessere Fahrradwege und Radinfrastruktur
- Priorität für Fußverkehr und sichere Schulwege
- Neubewertung und Priorisierung von Straßenaus- und -neubauvorhaben
- Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität
- Verabschiedung eines Mobilitätsgesetzes, das umweltfreundlicher Mobilität, Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit den Vorrang einräumt

Barrierefrei mobil

Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller Menschen – egal ob mit Behinderung oder ohne, ob alt oder jung. Leider sind Bus und Bahn viel zu häufig nicht auf Menschen mit Rollstuhl oder Rollator, Seh- oder Sprachbehinderung, Lernschwierigkeiten oder anderen Einschränkungen ausgelegt und Fußwege oftmals nicht barrierefrei. Dies müssen und wollen wir ändern und die Barrierefreiheit verbessern. Von mehr Platz und weniger Barrieren profitieren darüber hinaus nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch Menschen, die mit Kinderwägen, Fahrrädern und Gepäck unterwegs sind.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine größere Unterstützung für die Kommunen, Haltestellen, Kreuzungen und Fußwege barrierefrei zu gestalten
- Einbeziehungen von Behindertenselbstvertretung bei Haltestellenplanungen
- Unterstützung für Verkehrsunternehmen und -verbünde bei Umrüstung ihrer Apps auf barrierefreie Nutzung
- Sicherstellung von barrierearmen analogen Buchungsmöglichkeiten
- Barrierefreie, rollstuhlgerechte Toiletten in allen Zügen und an allen Umsteigebahnhöfen
- Gut erkennbare und leicht verständliche Beschilderungen, Aushänge und Anzeigen an Bahnhöfen und Haltestellen
- Ausreichend Platz für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwägen in Bus und Bahn vorhalten

Zuverlässig mobil mit Bus und Bahn

Eine landesweite Angebotsoffensive für Bus und Bahn hat für uns BÜNDNISGRÜNE klare Priorität. Unser Ziel: dass Menschen in ganz Thüringen Bus und Bahn nutzen können, Züge nicht überfüllt sind und es sich auch über Kreis- und Landesgrenzen hinweg flexibel reisen lässt. Daher liegt unsere Priorität darauf, das Nahverkehrsnetz zu erhalten und auszubauen. Wir wollen die Thüringer Mobilitätsgarantie. Damit wollen wir absichern, dass jede Gemeinde in Thüringen zuverlässig per Bus oder Rufbus erreichbar ist. Knotenpunkte im Netz wollen wir über einen integralen Taktfahrplan so miteinander verknüpfen, dass zwischen ihnen immer ein Anschluss mit kurzer Umsteigezeit besteht. Hierfür bedarf es einer Neuorganisation des Thüringer Nahverkehrs und einer Novelle des Thüringer ÖPNV-Gesetzes. Denn die Zeiten, in denen Mobilitätsangebote an Landkreisgrenzen enden, müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Dadurch sinkt die Reisezeit mit Bus und Bahn deutlich. Damit auf Thüringens Schienen bald noch mehr klimafreundliche Züge fahren können, wollen wir das Schienennetz konsequent elektrifizieren. Stillgelegte Strecken möchten wir reaktivieren und besonders stark befahrene Strecken ausbauen, damit das Netz leistungsfähiger wird und der Betrieb verlässlicher.

Mobilität vernetzen

- Einführung einer Thüringer Mobilitätsgarantie mit einem ausgebauten, zuverlässigen Netz aus Bus- und Bahnlinien sowie integrierten Rufbus- und Taxiangeboten, sodass jedes Dorf in Thüringen zwischen 5 und 22:30 Uhr mindestens einmal pro Stunde erreicht werden kann

- Einführung eines Mobilitätsgesetzes, das alle Mobilitätsformen zusammenfassend betrachtet

- Novellierung des Thüringer ÖPNV-Gesetzes als Grundlage für einen attraktiveren ÖPNV und die effektive Umsetzung der Thüringer Mobilitätsgarantie

- Konsequente Umsetzung des „integralen Taktfahrplans“ ITF, um ein flächendeckendes, gut verknüpftes und zuverlässiges Bus- und Bahnnetz in landesweit abgestimmter Taktung zu gewährleisten(Thüringen-Takt)

- Bus- und Bahnfahren bequem und praktisch machen, unter anderem durch kostenloses WLAN, ausreichend Stellplätze für Gepäck, Fahrräder,

Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen sowie saubere und funktionierende Toiletten

- Ausbau und Förderung von Park&Ride-, sowie Bike&Ride-Angeboten, um Parken am nächstgelegenen Bahnhofoder am Stadtrand zu ermöglichen
- Proaktive Unterstützung der Verkehrsbetriebe in Thüringen bei Verbesserung von Arbeitsbedingungen
- Unterstützung bei Kampagne zur Gewinnung von Fachkräften im Bereich Bus und Bahn
- Zuverlässige Fahrgast-Information in Echtzeit für alle Verkehrsmittel an allen Haltestellen, in den Verkehrsmitteln und per App

Starke Schiene

- Thüringer Schienennetz stärken durch die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Strecken sowie Ausbau bestehender und langfristigBau neuer Bahnstrecken (Erarbeitung eines Ausbaukonzeptes)
- Auf Bahnhauptstrecken mindestens einmal in der halben Stunde eine Verbindung pro Richtung schaffen
- Auf besonders nachfragestarken Strecken weitere Taktverdichtung, beispielsweise über Einführung einer Regio-S-Bahn Thüringen
- Angebotskürzungen auf Saalbahn schnellstmöglich rückgängig machen
- Strategie zur Elektrifizierung von Bahnstrecken in Thüringen mit dem Zielhorizont 2040
- Vorwiegender Einsatz von batterieelektrischen Zügen auf Strecken ohne Oberleitungen und Aufbau einer zuverlässigen Ladeinfrastruktur
- Ausbau und Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Gößnitz/Altenburg so schnell wie möglich abschließen
- Zweigleisiger Ausbau und Elektrifizierung der Bahnstrecke Gotha – Leinefelde
- Schnellstmögliche Wiederinbetriebnahme der Ohratalbahn (Gotha – Gräfenroda) und der Pfefferminzbahn (Sömmerda – Straußfurt und Buttstädt – Großheringen)
- Vereinbarungen mit dem Freistaat Bayern zur Wiederinbetriebnahme von Höllental- und Werrabahn (Lückenschluss Eisfeld – Coburg) schließen
- Erhalt, Sicherung und Reaktivierung von Eisenbahnstrecken für touristische Verkehre, beispielsweise Max-und-Moritz-Bahn, Unstrutbahn nach dem Vorbild der erfolgreichen Reaktivierung der Strecke Ilmenau – Rennsteig
- Sicherung der touristischen Bedienung von Strecken wie Ilmenau-Rennsteig und der Harzquerbahn
- Aktive Trassensicherung derzeit stillgelegter und/oder abgebauter Eisenbahnstrecken
- Machbarkeit der Wiederaufnahme des Fernverkehrs auf der Relation Kassel - Nordhausen - Halle prüfen
- Einsatz für Ausbau des Fernverkehrs in Thüringen im Rahmen des Deutschlandtakts, insbesondere Stärkung des Fernverkehrsknotens in Ostthüringen
- Einsatz für Erhöhung der Aufenthaltsqualität auf Umstiegsbahnhöfen, zum Beispiel durch beheizte Wartehallen auf den Bahnsteigen

Busnetz erhalten und ausbauen

- Ausbau und Weiterentwicklung der landesbedeutsamen Buslinien als Plus-Bus-Netz, flächendeckender „TaktBus“ und bessere Vertaktung mit Zugverkehr
- Ressourcen bereitstellen zur Umsetzung Mobilitätsgarantie
- Intensivere Verzahnung der Nahverkehrsangebote mit Tourismusförderung
- Verkehrsunternehmen stärker bei Umrüstung ihrer Busflotten auf emissionsfreie Elektrofahrzeuge inklusive Ladeinfrastruktur und Umbau von Depots und Werkstätten unterstützen
- Bürgerbusse als Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr gezielt unterstützen

Bus und Bahn für alle bezahlbar

- Preisstabiler Erhalt des Deutschlandtickets
- Vergünstigtes Deutschlandticket für finanzschwache Haushalte und Familien mit Kindern durch die Einführung von Sozial- und Familientarifen, die mindestens landesweit, bestenfalls bundesweit gelten
- Unser langfristiges Ziel: Einführung eines 29-Euro-Tickets sowie von kostenfreiem ÖPNV für Schüler*innen, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende, Studierende
- Thüringer Kommunen bei Modellprojekt für einen umlagefinanzierten, ticketlosen Nahverkehr unterstützen
- Bediensteten des Landes, wie z.B. Polizeibediensteten und Mitarbeitenden an Hochschulen, Jobticket-Nutzung ermöglichen

Finanzierung sichern, Verkehrsverbünde stärken

- Finanzierung der Investitionen für Verkehrswende sicherstellen durch grundsätzliche Überarbeitung des Thüringer ÖPNV-Gesetz, Einführung eines Thüringer Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungs-Gesetz sowie Bus-und-Bahn-Pakt
- Stärkere Nutzung bestehender Förderprogramme des Bundes, beispielsweise über das Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungs-Gesetz, und Einsatz für stärkere Bundesförderung
- Struktur der Verkehrs- und Tarifverbünde in Thüringen überprüfen, insbesondere im Hinblick auf die Wirkung des Deutschlandtickets
- Bereits gut etablierte Thüringer Verkehrs- und Tarifverbünde weiterentwickeln und möglichst landesweit ausweiten mit möglichst großen Überganszonen an den Randgebieten
- Unterstützung bei der Entwicklung eines thüringenweiten Mobilitäts-App-Angebotes mit allen Verkehrsangeboten (Bus, Bahn, Verleih von Fahrrädern und E-Scootern sowie Carsharing), bereitgestellten Echt-Zeit-Daten sowie Baustellen- und Störungsmeldungen in mehreren Sprachen

Auch zu Fuß sicher unterwegs

Wir alle legen täglich viele Strecken zu Fuß oder mit dem Rollstuhl zurück. Doch gerade der Fußverkehr bekommt vielerorts zu wenig Beachtung und Raum und wird dadurch immer mehr an den Rand gedrängt. Daher legen wir auch in Zukunft einen stärkeren politischen Fokus auf Fußverkehr. Gerade Kinder, aber auch Ältere und Menschen mit Behinderung, sind auf sichere, barrierefreie und breite Fußwege angewiesen. Indem wir Fuß- und Radverkehr grundsätzlich trennen und beiden Arten der Fortbewegung genug Raum geben, erhöhen wir die Sicherheit auf den Fußwegen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Verknüpfung und Erreichbarkeit wichtiger Orte (medizinische Einrichtungen, Kindergärten, Schulen, Supermärkte, Haltestellen, Bahnhöfe ...) mit guten Fußwegen sicherstellen
- Verbesserung der Barrierefreiheit und Sicherheit von Fußwegen gezielt fördern, vor allem an großen Straßen, unter anderem durch sichere Querungsstellen, breite Fußwege, Barrierefreiheit sowie der Trennung von Fuß- und Radverkehr auf viel genutzten Wegen
- Landesfördermittel für Straßenbau an diese Bedingungen knüpfen
- Kommunen bei der kindersicheren Gestaltung von Schulwegen unterstützen, unter anderem durch Durchführung eines Schulwegchecks sowie die Einrichtung von Schulwegnetze und Schulwegplänen
- Sichere und barrierefreie Umleitungen für Fußverkehr bei Baustellen
- Unterstützung von Initiativen und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, wie beispielsweise einer geringeren Geschwindigkeit

Fahrradverkehr sicher und attraktiv

Radfahren macht Spaß, ist gesund, umweltfreundlich und günstig. Viele Menschen sind gerne mit dem Fahrrad unterwegs – andere wiederum aus Kostengründen darauf angewiesen. Gerade durch die Verbreitung von E-Bikes lassen sich mittlerweile auch bergige und weitere Strecken ohne großen Aufwand mit dem Fahrrad bewältigen. Doch an vielen Stellen in Thüringen ist Fahrradfahren nicht so sicher, wie es sein sollte. Wir setzen uns dafür ein, dass das Radfahren attraktiver und sicherer wird – unter anderem durch mehr Radwege, sowohl innerorts als auch zwischen den Orten.

Unser Ziel ist es, Radfahren flächendeckend alltagstauglich und sicher zu machen - vor allem für Kinder. Hierzu gehört auch die Schaffung von Abstellplätzen für Fahrräder an wichtigen Orten wie Bahnhöfen, Schulen und weiteren zentralen Plätzen. Wir unterstützen die Kommunen beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Dazu wollen wir die auf unsere Initiative hin entstandene finanzielle Förderung für die Erstellung von Radverkehrskonzepten deutlich aufstocken. Zudem unterstützen wir Maßnahmen zur Verringerung des Tempos in den Städten, um die Verkehrssicherheit maßgeblich zu verbessern. Nicht zuletzt gilt: Kindersichere Fahrradwege sind für alle Menschen sicher.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gezielte Umsetzung des Thüringer Radverkehrskonzept 2.0
- Erhöhung des viel zu niedrigen Radverkehrsbudget von Bund, Land und Kommunen auf insgesamt 30 Euro pro Person im Jahr bis 2030
- Förderung für Erstellung und Umsetzung von kommunalen Radverkehrskonzepten ausweiten
- Regionale Radwege, Radverkehrspläne bzw. -programme zwischen Ortschaften fördern
- Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) nach Vorbild der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) ausbauen, um Beratung bei Planungsprozessen und Fördermitteln sowie Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung zu ermöglichen
- Anschubfinanzierung für Radverkehrsbeauftragte für jeden Landkreis bereitstellen
- Landkreisen mehr Verantwortung beim Radwegebau geben, um Ressourcen besser zu bündeln und gemeindeübergreifendes Radwegenetz herzustellen
- Überregionale Radschnellwege und Radvorrangrouten auch in Thüringen bauen
- Entwicklung von Radschulwegplänen aktiv fördern
- Fahrradbezogene Bildungsaktivitäten in Schulen vor allem in praktischen Anteilen sichern und ausweiten
- Erhalt der kostenlosen Fahrradmitnahme in Zügen und Aufstockung der Zugkapazitäten, perspektivisch Ausweitung auf alle Verkehrsmittel, unter anderem durch Heckfahrradträger/Fahrradanhänger
- Bei Schienenersatzverkehr Angebote zur Fahrradmitnahme verpflichtend machen
- Bediensteten des Landes, wie z.B. Polizeibediensteten und Mitarbeitenden an Hochschulen, Nutzung von Jobrad-Angebot durch Entgeltumwandlung ermöglichen

Motorisierter Individualverkehr

Thüringen kann und soll auch im ländlichen Raum zu einem Vorreiter für klimafreundliche, emissionsfreie und vernetzte Mobilität werden. Selbst bei einem ideal ausgebauten öffentlichen Nahverkehrsnetz schließt dies auch privat genutzte PKW mit ein. Elektromobilität kann hierbei einen entscheidenden Beitrag für einen klimafreundlichen Verkehr leisten. Der Umstieg auf emissionsfreie Elektromobilität gelingt jedoch nur mit einer gut ausgebauten öffentlichen Ladeinfrastruktur, einem einheitlichen Abrechnungssystem sowie der Bereitstellung von offenen Daten zu Standorten. Und selbstverständlich mit der

Verfügbarkeit von Ladestationen. Überall laden, für jede*n zugänglich – das ist unser Ziel.

Es braucht Umdenken in der Straßenbauförderung – denn immer mehr neue Straßen können wir uns nicht leisten. Im Straßenbau hat für uns die Instandhaltung des bestehenden Netzes klare Priorität. Damit tragen wir auch zur Flächengerechtigkeit bei, indem Nah-, Fuß- und Radverkehr genügend Platz im öffentlichen Raum bekommen und Neuversiegelung eingedämmt wird.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Vorrang für Umweltverbund aus Bus-, Bahn-, Rad- und Fußverkehr mit Thüringer Mobilitätsgesetz, vor allem in den Städten
- Novellierung der Thüringer Bauordnung mit dem Ziel, den verpflichtenden Stellplatznachweises zugunsten des Umweltverbunds zu modernisieren
- Verkehrspolitik in Thüringen konsequent an der „Vision Zero“ ausrichten (Reduzierung der Zahl der Verkehrstoten auf Null) und auch Kommunen dabei unterstützen
- Instandhaltung von Straßen priorisieren vor Aus- und Neubau
- Neubewertung von Straßenbauprojekten einschließlich der Thüringer Meldungen im Bundesverkehrswegeplan und strikte Priorisierung beispielsweise von Ortsumfahrungen mit hoher Entlastungswirkung
- Neuauflage erweiterter Förderprogramme zur Ladesäuleninfrastruktur, insbesondere für Kommunen („E-Mobil Invest“) und vor allem mit dem Ziel, dass auch in Mietsquartieren ausreichend Lademöglichkeiten zur Verfügung stehen

Güter auf die Schiene bringen

Unsere klare Priorität: Güter gehören auf die Schiene – denn dort sind sie effizienter und klimafreundlicher unterwegs. Um den Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene deutlich zu erhöhen, benötigt es jedoch mehr gemeinsame Anstrengungen. Schienenanschlüsse sollen für die Industrie- und Gewerbegebiete zum neuen Standard werden. Daher werden wir die begonnenen Ansätze fortführen und verstetigen. Aber auch klimafreundliche Paketlieferdienste und die Umstellung des Schwerlastfernverkehrs auf der Straße auf E-Antrieb erfordern in den nächsten Jahren unser entschlossenes Handeln.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Schienenanschluss für Industrie- und Gewerbegebiete als neuen Standard
- Förderung der Reaktivierung und des Neubaus von Terminals des kombinierten Verkehrs als Ergänzung zu den bestehenden Förderinstrumenten des Bundes
- Nachträglichen Anschluss der Gewerbegebiete in Thüringen an das Schienennetz prüfen
- Schaffen einer ständigen Task Force „Güter auf die Schiene“ mit Vertreter*innen der Eisenbahnverkehrs- und Eisenbahninfrastrukturunternehmen, der verladenden Wirtschaft, der IHK und der Landesregierung
- Fortführung und Verstetigung der Ansätze des „Masterplans Eisenbahninfrastruktur Thüringen“, um Verlagerungspotentiale im Land zu ermitteln sowie die Akteur*innen von Güterbahnen, Unternehmen und Logistikern zusammenzubringen
- Beauftragung einer Potenzialstudie zur landesweiten Ermittlung verlagerungsfähiger Verkehre und dafür notwendiger Infrastruktur, wie zum Beispiel Standorte für weitere Terminals des kombinierten Verkehrs oder Railports („Güterbahnhof 2.0“)
- Nahbereichslogistik klimafreundlicher machen, unter anderem durch die Unterstützung der Kommunen bei der Errichtung von Verteilstationen und Förderung z. B. von Auslieferung mittels E-Lastenrädern

Flugverkehr

Der Flughafen Erfurt-Weimar kostet das Land jährlich viele Millionen Euro bei mäßiger Nutzung, sehr überschaubarem Angebot und starken Konkurrenzen. Der Flughafen Erfurt-Weimar kann absehbar nicht wirtschaftlich betrieben werden und sollte daher sozialverträglich stillgelegt werden. Mit unserem Einsatz für schnelle Zugverbindungen in Richtung Leipzig/Halle, München und Frankfurt sorgen wir dafür, dass die großen Flughäfen für Thüringer*innen weiterhin gut erreichbar sind.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stilllegung und Umnutzung des Flughafens Erfurt-Weimar
- Sozialverträglicher Ausstiegspfad mit Weiterbildung und Umschulung der Mitarbeiter*innen
- Stärkung des Schienenverkehrs und bessere Anbindung anderer Flughäfen wie Leipzig/Halle und Frankfurt sowohl für Personen- als auch Güterverkehr

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften 8. Wir machen Bauen und Wohnen klimaneutral und bezahlbar

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir machen Bauen und Wohnen klimaneutral und bezahlbar

Jeder Mensch hat ein Recht auf angemessenen Wohnraum. Dies ist auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem UN-Sozialpakt verankert. Wohnen hat dabei eine große soziale Bedeutung: Unsere Wohnung ist unser Rückzugsort und unser Zuhause. Passenden Wohnraum zu schaffen ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Hier gilt es vonseiten des Landes vor allem gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Darüber hinaus muss gezielt dort gefördert werden, wo bezahlbarer Wohnraum sonst nicht entstehen könnte. Unser Anspruch ist es, dass jeder Mensch selbstbestimmt wohnen kann. Der Geldbeutel allein darf dabei nicht darüber entscheiden, wo und wie wir wohnen. Damit dies gelingt, bedarf es einer Wohnstrategie, die mehr als eine reine Wohnungsbaupolitik umfasst.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine Wohnungspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert und den Fokus statt Neubau auf Sanierung und Bestand legt. Nur so können wir ein bezahlbares, sozial gerechtes und klimaneutrales Wohnen ermöglichen.

In Thüringen ist die Lage am Wohnungsmarkt sehr unterschiedlich: In einigen Städten, wie beispielsweise Erfurt und Jena, ist die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung zeitraubend und herausfordernd. In anderen Gemeinden und Städten ist der Leerstand deutlich höher. Hier hat die demografische Krise in den letzten Jahren mitunter zu Abriss, Rückbau oder Verfall geführt. Die verstärkte Zuwanderung hat diesen Trend vorerst gestoppt und auch in kleineren Städten und ländlicheren Regionen steigt die Nachfrage nach Wohnraum wieder.

Auch Bauen muss im Freistaat insgesamt klimafreundlicher und ressourcenschonender werden. Und auch die Wärmewende packen wir an, denn der Gebäudesektor ist für 40 Prozent der CO_2-Emmissionen verantwortlich. Ob wir die Umstellung auf eine klimaneutrale Gesellschaft schaffen, entscheidet sich auch an der Art und Weise, wie wir bauen. Und an unserem Umgang mit Neubau, Sanierungen und Wohnen.

Kernziele:

- Wohnungsbauförderung reformieren, um klimaneutrales, bezahlbares und barrierefreies Wohnen zu sichern
- Ökologisches Bauen zum neuen Standard machen und Sanierung priorisieren
- Kommunen bei Umsetzung der “15-Minuten-Stadt” und einer inklusiven Stadtplanung unterstützen
- Maßnahmenpaket gegen Wohnungslosigkeit auf den Weg bringen

Bedingungen schaffen für bezahlbares Wohnen

Gestiegene Baukosten, eine steigende Anzahl an Singlehaushalten sowie ein steigender Flächenbedarf und Anforderungen der Wärmewende: Die Herausforderungen im Wohnsektor sind groß. Hier wollen wir politisch gezielt eingreifen, um bezahlbares und sozial gerechtes Wohnen auch in Zukunft zu sichern. Dazu gehört nicht nur sozialer Wohnungsbau, sondern auch neue Formen der Wohnungsbauförderung. Die Zukunft des Wohnens ist für uns gemeinschaftlich, generationenübergreifend, klimaneutral und demokratisch. Dafür müssen wir nun die Voraussetzungen schaffen und insbesondere soziale Wohnungsunternehmen gezielt unterstützen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine Förderung bezahlbaren Wohnens nicht nur für belegungsgebundenen Wohnraum („Sozialwohnungen“), sondern zusätzlich nach Aspekten wie

Familienfreundlichkeit, Barrierefreiheit, Klimaneutralität, Angebot von Leistungen des betreuten Wohnens etc.

- Förderprogramme und -richtlinien weiterentwickeln und ausreichend mit Geld ausstatten, sodass die Anzahl der Sozialwohnungen mindestens gehalten werden kann
- Prüfung von Vorkaufsrecht für Kommunen für sozial geförderten Wohnraum nach Auslauf der Bindung
- Stärkere Unterstützungen für klimafreundliche Sanierungen im Bestand und Verdreifachung der Sanierungsquote (siehe Kapitel Klima)
- Schaffung von großen Wohnungen mit mehr als drei Zimmern und von flexiblem Wohnraum besonders fördern, um Familien geeigneten Wohnraum auch innerhalb der Städte bereitzustellen
- Gezielte Unterstützung und Beratung bei der Schaffung von generationenübergreifendem Wohnen
- Unterstützung von Baugemeinschaften und Wohnprojekten sowie Projekte für Mieterstrom (siehe Kapitel Energie)
- Förderung von Wohnungstauschbörsen und Wohnen gegen Hilfe als Ergänzung zu Investitionen in bezahlbares Wohnen
- Konzept- und Kriterienvergabe sowie Erbbaurecht vorrangig für ökologische, soziale und kulturelle Projekte statt Verkauf, vor allem bei Landesliegenschaften
- Weiterhin enge Zusammenarbeit mit kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen
- Einführung Wohnraumsicherungsgesetz mit schnelleren und schärferen Eingriffsmöglichkeiten bei Zweckentfremdungen
- Unterstützung der Kommunen bei Bodenbevorratung und Ausübung von Vorkaufsrechten, um Spekulation zu begrenzen
- Unterstützung der Kommunen zur eigenen Entwicklung geeigneter Bauflächen, vorrangig von Bestandsflächen, durch Landesentwicklungsgesellschaft sowie Finanzierungshilfen
- Einrichtung benötigter Fonds für Flächenankauf und -entwicklung in Thüringer Kommunalordnung ermöglichen
- Unterstützung der Kommunen bei der Erstellung qualifizierter Mietspiegel, um Mieter*innen zu schützen und Transparenz zu schaffen
- Landkreisen ermöglichen, sich im Wohnungsbau zu engagieren
- Ermöglichung von kostenfreier Beratung zur Mietpreisbremse durch den Mieterverein

- Initiative im Bundesrat zur Zahlung von Grunderwerbssteuer auch bei sogenannten Share Deals (anteiligem Ankauf von Wohnungsunternehmen)
- Mietendeckel für Thüringen ermöglichen durch Nutzung der Länderöffnungsklausel auf Bundesebene
- Harmonisierung der Baugesetzgebungen der Länder

Ressourceneffizientes Bauen und Sanieren

Das Bauen der Zukunft muss klimaneutral, flächensparend und recycelbar sein. Um diese Ressourcenschonung zu erreichen, fokussieren wir uns auf die Themen Bestandserhaltung und Sanierung.

Die Wärmewende stellt die Wohnungsunternehmen vor große Herausforderungen, auch in der Zusammenarbeit mit den Energieversorgern. Wir unterstützen die Wohnungsunternehmen, ihren Teil der Wärmewende zu meistern und Wohnen so klimaneutral und bezahlbar zu sichern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Ökologisches Bauen als neuen Standard, um CO_2-Emissionen zu senken und Rohstoffe zu schonen
- Gezielte Förderung von seriellem und modularem Bauen und Sanieren auflegen
- Fokus auf Bestandserhalt, gezielter Rückbau nur an ungeeigneten Standorten wie Überflutungsgebieten
- Ziel „Netto Null“ bei Neuversiegelung inklusive Ausgleichssystem (siehe Kapitel Umwelt)
- Verwendung ökologischer Baumaterialien wie Holz, Stroh, Lehm stärken, in Thüringer Bauordnung vereinfachen und mit anderen Bundesländern harmonisieren (siehe Kapitel Wald)
- Einführung eines Zentrums für ressourceneffizientes und klimaneutrales Bauen und Sanieren
- Verstärkte Nutzung von Recyclingbaustoffen und -gewinnung auch bei Rückbau („Urban Mining“), vor allem bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand, perspektivisch Einführung einer Quote
- Pilotprojekte zur Etablierung von Wärmerückgewinnung aus Grauwasser bei Großbauprojekten
- Förderprogramme für Sanierungen gemeinsam mit Wohnungsgenossenschaften und Kommunalen Wohnungsgesellschaften evaluieren und weiterentwickeln
- Landesbauordnung zu „Umbauordnung“ umgestalten, sodass Umbau und die Nutzung von vorhandener Bausubstanz erleichtert werden
- Ausstattung mit PV-Anlage als neuer Standard bei Neubauten und Dachsanierungen (siehe Kapitel Klima)
- Vorkehrung für baulichen Hitzeschutz und Verschattung zum neuen baulichen Standard machen (siehe Kapitel Hitzeschutz)
- Gezielte Unterstützung der Thüringer Wohnungsunternehmen bei den Herausforderungen der Wärmewende in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Energieversorgern (siehe Kapitel Klima)

Sichere und lebenswerte Quartiere für alle

Unsere Städte und Gemeinden sollen vielfältige Orte der Begegnung und des Austauschs zwischen den unterschiedlichsten Menschen sein. In ihrer Gestaltung müssen sie alle einbeziehen und dabei auch explizit eingehen auf die Bedürfnisse von Frauen, queeren Personen, Älteren, Familien und Menschen mit Behinderung. Und sie sollen für alle Menschen sicher sein.

Auch dem zunehmenden Leerstand von Geschäften gerade in ländlicheren Regionen gilt es entgegenzuwirken. Hier wollen und müssen wir gezielte Gegenmaßnahmen

ergreifen, um die Ortskerne attraktiv zu halten. Um dies umzusetzen, eignet sich das Konzept der "15-Minuten-Stadt" beziehungsweise der "60-Minuten-Region", bei dem Angebote des täglichen Lebens wie Ärzt*innen, Einkaufsläden, Schulen und Kindergärten für alle in Wohnortnähe gut erreichbar sind.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Ein Neudenken von Innenstädten und Ortskernen, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und Begegnungsräume zu schaffen
- Kommunen unterstützen bei Konzepten zum Abbau von Leerstand und intelligente alternative oder Zwischennutzung, zum Beispiel durch Start Ups oder nichtkommerzielle Nutzung als Begegnungsraum (siehe Kapitel ländliche Räume)
- Ortskerne und Zentren lebenswert halten durch Geschäfte in der Innenstadt, nicht vor den Toren der Stadt
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Potentiale innerhalb der Städte und Gemeinden nutzen
- Planungsrechtliche Verankerung der Schwammstadt im Rahmen einer Novelle der Bauordnung nach Vorbild von Hessen, um den Kommunen größere Spielräume für den den Erlass für Gestaltungssatzungen Klima und Freiräume zu ermöglichen
- Städte und Gemeinden bei Umsetzung der 15-Minuten-Stadt unterstützen, damit alle Bedarfe des täglichen Lebens in unmittelbarer Reichweite verfügbar sind
- Ausweitung des Konzepts auf die „60-Minuten-Region" mit entsprechender Investition in die Infrastruktur
- Kinderfreundliche Gestaltung des Wohnumfelds als Voraussetzung für Förderung einführen
- Kommunen unterstützen bei Vorhaben zur Begrenzung des Durchgangsverkehrs und zur Einrichtung autofreier Zonen und Viertel
- Stellplatzverordnung anpassen, um autoärmere Quartiersentwicklung zu ermöglichen
- Gewerbegebiete zwingend mit ÖPNV-Anbindung und Radweg ausstatten, um sie für alle erreichbar zu machen
- Städte und Gemeinden unterstützen bei Maßnahmen zur Umrüstung auf Schwammstadt und zur Anpassung an den Klimawandel u. a. durch mehr offene

Wasserflächen und mehr Stadtgrün (klimaresiliente Stadt) (siehe Kapitel Klima)

- Kleingarten-Vereine, die durch Rückbau von Parzellen in finanzielle Schwierigkeiten kommen, wollen wir unterstützen
- Erhalt des Kleingartenwesen und derer regionalen Strukturen sowie stärkerer Einbezug dieser in der Raumplanung
- Mehr „essbare Städte“ in Thüringen, die auf Bepflanzungen im öffentlichen Raum mit Obst und Gemüse setzen
- Unterstützung der Entwicklung der Städte hin zur Smart City, bei der Digitalisierung klug eingesetzt wird
- Eine inklusive Stadtplanung zum neuen Standard machen, die besonders auf die Bedürfnisse von Frauen, queeren Menschen, Familien, Älteren und Menschen mit Behinderung Rücksicht nimmt, dazu gehören ein Fokus auf Nahmobilität, sichere Schulwege, Auflösung von Angsträumen, lebenswerte Quartiere mit Spielplätzen und gut erreichbaren Betreuungsangeboten (feministische Stadtentwicklung)

Wohnungslosigkeit reduzieren

Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit sind auch in Thüringen ein Problem. Schätzungsweise mehr als 1000 Menschen sind betroffen, die Dunkelziffer ist jedoch deutlich höher. In einem reichen Land wie Deutschland ist dies kein akzeptabler Zustand. Wir als BÜNDNISGRÜNE unterstützen daher die Kommunen auch in Zukunft dabei, Wohnungslosigkeit einzudämmen und wohnungslose Menschen adäquat zu unterstützen. Dabei spielen besonders die präventiven Angebote eine große Rolle – damit Wohnungslosigkeit gar nicht erst entstehen kann.

Um dies zu ermöglichen, müssen Kommunen, Wohnungswirtschaft, freie Träger und das Land eng zusammenarbeiten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit
- Landesweite Koordinierungsstelle schaffen als zentrale Anlaufstelle für Verwaltung, freie Träger und betroffene Menschen
- Not- und Gemeinschaftsunterkünfte für Wohnungslose weiterentwickeln und landesweite Standards schaffen
- Kommunen unterstützen bei besserer personeller Ausstattung in Sozialämtern und bei sozialpädagogischer Versorgung
- Ambulante Hilfeformen zur längeren Begleitung der Betroffenen unterstützen
- Menschen mit multiplen Problemlagen besonders unterstützen (Behinderung, Substanzmittelabhängigkeit, ...)
- Niedrigschwelliger Zugang zu Unterstützungsformen, um Menschen zurück in Wohnungen zu bringen
- Langfristig gezielte Förderung von Housing-First-Programmen

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften: 9. Wir sorgen für gutes Leben im ländlichen Raum

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir sorgen für gutes Leben im ländlichen Raum

Thüringen ist ein ländlich geprägtes Bundesland. Die Nähe zur Natur, die Nachbarschaftlichkeit, der Zusammenhalt und die Ruhe machen unsere Kleinstädte und Dörfer zu lebenswerten Orten. Viele Menschen ziehen daher bewusst zurück auf das Land. Doch viele Orte haben mit einem starken Rückgang der Bevölkerung zu kämpfen, und auch die örtliche Infrastruktur weist immer größere Lücken auf. Diese Herausforderungen brauchen passgenaue Lösungen.

Wir wollen die Qualitäten der ländlichen Räume noch weiter voranbringen, mit einem Fokus auf regionale Wertschöpfung und flächendeckende, bedarfsgerechte Infrastruktur. Lokale kulturelle Angebote, besonders auch für junge Menschen, wollen wir erhalten oder neu aufbauen, genauso wie Orte der Begegnung und des Austauschs zwischen den Bürger*innen. Neue Chancen für alle Generationen ergeben sich durch flächendeckende Mobilitätsangebote, die allen eine Wahl lassen, wie sie mobil sein wollen. Damit der ländliche Raum attraktiv bleibt und perspektivisch wieder wachsen kann, braucht es gute Angebote in räumlicher Nähe für medizinische Versorgung und Bildung. Einen besonderen Fokus legen wir auf den Ausbau der Strom- und Wärmenetze ebenso wie auf einen flächendeckenden Anschluss an schnelles Internet. Kurze Wege sichern wir durch Einkaufsmöglichkeiten für Lebensmittel und Medikamente sowie alltagsnahe Dienstleistungen vor Ort, beispielsweise in Dorfgemeinschaftshäusern. Innovative Konzepte sind hier ebenso gefragt wie gemeinschaftliches Engagement, mit dem die Thüringer*innen das Leben in ihren Gemeinden aktiv gestalten können.

Nur so können ländliche Räume ihre Stärken ausspielen und wieder attraktiver werden für Familien und junge Menschen.

Kernziele:

- Einführung einer Mobilitätsgarantie im ländlichen Raum
- Erhalt einer flächendeckenden hochwertigen medizinischen Versorgung mit passenden Angeboten für den ländlichen Raum
- Förderung regionaler Wirtschaft sowie gemeinwohlorientierten Kreislaufwirtschaft
- Erhalt und Förderung des Zusammenlebens im ländlichen Raum
- Erstellung von Dorfentwicklungsplänen, um Auswirkungen des demografischen Umbruchs und der Klimakrise gezielt anzugehen

Mobil und gut versorgt im ländlichen Raum

Die Mobilität auf dem Land möchten wir verlässlich stärken – durch eine Mobilitätsgarantie, den Ausbau von Radwegen sowie moderne, bedarfsangepasste Lösungen wie Rufbusse. Nur so können alle Menschen eine echte Wahl haben, auf welche Weise sie mobil sein wollen. Eine gute Anbindung für alle Wege des Alltags muss dabei für jede Generation gewährleistet sein. Wir sind davon überzeugt, dass nur durch gute Teilhabemöglichkeiten ländliche Räume attraktiv gehalten werden können.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einführung einer Thüringer Mobilitätsgarantie mit einem ausgebauten, gut verknüpften Netz aus Bus- und Bahnlinien sowie integriertem Rufbusangebot, sodass jede Gemeinde einmal in der Stunde erreicht werden kann (siehe Kapitel Mobilität)

- Erhöhte Landesförderung für sichere Fuß- und Radwege in und zwischen den Gemeinden, Entlastung kleiner Gemeinden durch Übernahme der Radwegeplanung durch Landkreisebene (siehe Kapitel Mobilität)

- Ausbau der Elektromobilität und Unterstützung von Carsharing-Modellen und Mitfahr-Apps, um Pkw-Mobilität zu teilen

- Ausbau und Förderung von Park&Ride-Angeboten

- Langfristig Einführung eines monatlichen 29-Euro-Tickets sowie von kostenfreiem Nahverkehr für Schüler*innen, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und Studierende (siehe Kapitel Mobilität)

Gesundheit auf dem Land

Die Gesundheitsversorgung unserer Regionen ist für jede Generation von hoher Bedeutung – gerade in einer immer älter werdenden Gesellschaft. Auch auf dem Land ändern sich die sozialen Gefüge und bestehende Netzwerke aus Familien und Dorfgemeinschaft werden weniger. Der ländliche Raum braucht daher auch in Zukunft weiterhin verlässliche Standards beim Angebot ärztlicher Versorgung und der Pflege sowie in medizinischen Notfällen. Dies erreichen wir durch vernetzte und sektorübergreifende Angebote, bei denen auch die Telemedizin mit einbezogen wird.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Erhalt einer hochwertigen medizinischen Versorgung auch im ländlichen Raum, unter anderem durch eine stärkere Vernetzung der Sektoren, Ausbau der ambulanten Strukturen
- Förderung von Niederlassungen von Ärzt*innen und Praxisteams im ländlichen Raum, Ausbau von kommunalen Versorgungszentren
- Punktuelle Ergänzung durch neue Versorgungsstrukturen wie Gesundheitskioske, telemedizinische Angebote und Community Health Nurses (siehe Kapitel Gesundheit)
- Unterstützung und Erhalt von Apotheken auch im ländlichen Raum
- Bedarfsgerechte Modernisierung der Krankenhausstruktur mit dem Ziel, flächendeckende Grundversorgung sicherzustellen und qualitativ anspruchsvolle Leistungen in Thüringen kooperativ aufzustellen
- Absicherung von flächendeckender Versorgung für Notfall- und Unfall, Geburtshilfe und Kinder
- Rettungsdienst stärken, um die Hilfsfristen sicherzustellen (siehe Kapitel Rettungsdienst)

Wirtschaft auf dem Land

Von kleinsten Handwerksbetrieben bis hin zu Weltmarktführer*innen finden sich auch in den Dörfern und Kleinstädten die gesamte Bandbreite an Unternehmen. Diese Vielfalt zu erhalten und zukunftsfest zu machen, ist Ziel unserer Politik.

Wir setzen uns deshalb für eine zukunftsfeste Wirtschaft mit attraktiven und vielfältigen Arbeitsplätzen ein. Das umfasst die Ansiedlung neuer Unternehmen gerade in ländlicheren Regionen, die Stärkung des dualen Ausbildungssystems und die Unterstützung von handwerklichen sowie kleinen und mittleren Unternehmen bei anstehenden Investitionen. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf Wirtschaftskreisläufe, die die Wertschöpfung in der jeweiligen Region halten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Unterstützung von Initiativen, die ein regionales Wirtschaften stärken, wie Solidarische Landwirtschaft, Bürgerenergiegenossenschaften, Forstbetriebsgemeinschaften, Dorfläden und das regionale Handwerk
- Förderung des Ausbaus innovativer, umweltgerechter Technologien – etwa von Agrophotovoltaikanlagen, kalten Nahwärmenetzen oder nachwachsenden und umweltverträglichen Rohstoffen im Bauwesen (Holz, Stroh, Lehm, Hanf u.a.)
- Förderung regionaler Wirtschaft sowie gemeinwohlorientierten Kreislaufwirtschaft
- Unterstützung der örtlichen Unternehmen beim Umstieg auf erneuerbare Energien und eine Kreislaufwirtschaft
- Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen für mehr Beschäftigung vor Ort erweitert und gestärkt werden
- Vorhandene Beratungs- und Impulsstrukturen innerhalb des Start-up-Ökosystems weiter stärken, verzahnen und deren Präsenz auch im ländlichen Raum über Co-Working- und Open-Innovation Spaces ausbauen
- Erhalten und Stärken von Berufsschulen in den ländlichen Räumen und wo nötig mit Wohnheimangeboten unterstützen (siehe Kapitel Bildung)
- Unterstützung von Hofnachfolgen in der Landwirtschaft bei kleinen und in Nebenerwerb arbeitenden landwirtschaftlichen Betrieben, insbesondere durch Beratung und Förderung bei z. B. Existenzgründungen oder Quereinsteiger*innen sowie außerfamiliären Hofübergabe (siehe Kapitel Landwirtschaft)

Leben im ländlichen Raum

Lebhafte Ortskerne, Kultur- und Begegnungsorte für alle, intakte Natur und ein funktionierendes Gemeinwesen - das zeichnet lebendige Dörfer und kleine Städte aus. Wir unterstützen die Gemeinden gezielt dabei, sich in diese Richtung weiterzuentwickeln und auch innovative Ansätze wie Leerstandsinitiativen, Dorfkümmerer und Dorfgemeinschaftshäuser mit integrierten Versorgungsangeboten zu realisieren.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Erhalt und Wiederherstellung von Wegesrändern, Alleen, Feldmauern und Streuobstwiesen als wichtigen Beitrag zum Naturschutz und Erhalt der Kulturlandschaft unterstützen
- Bewahrung und Weiterentwicklung eines reichen kulturellen Lebens für alle Generationen, durch Unterstützung der Vereinsarbeit und der Kulturszene
- Stärkung von barrierefreien Wohnungen sowie Altenpflegeangeboten auch in Dörfern
- Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern mit vielfältigen Angeboten wie kulturellen und sozialen Treffpunkten sowie Angeboten der Nahversorgung, medizinischer Versorgung und Bildung
- Entwicklung der Ortskerne durch die Umnutzung und Ausbau bestehender Gebäude und durch die Unterstützung (siehe Kapitel Bauen)
- Unterstützung von Leerstandsinitiativen, welche neue gemeinwohlorientierte, kreative Nutzungskonzepte für leerstehende Immobilien vorantreiben
- Erstellung von Dorfentwicklungsplänen unterstützen, welche die Auswirkungen des demografischen Umbruchs und der Klimakrise vor Ort gezielt angehen
- Entwicklung der Ortskerne unterstützen statt neuer Wohngebiete auf der grünen Wiese (siehe Kapitel Bauen)
- Nahversorgung im Ort absichern, beispielsweise durch genossenschaftliche Modelle oder 24-Stunden-Läden
- Etablierung sozialräumliches Quartiersmanagement auf dem Land durch das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ weiterentwickeln
- Ausbau von hauptamtlichen Strukturen zur Stärkung und Unterstützung von nachbarschaftlichen und Dorf-übergreifenden Netzwerken oder Vereinsstrukturen, beispielsweise „Dorfkümmerern“
- Unterstützung von Maßnahmen der Regenerierung von Wasserkreisläufen (siehe Kapitel Umwelt- und Naturschutz)
- Fokussierung von kurzen sicheren Wegen zu Kindergärten und Schulen auf dem Land
- Mehr Gemeinschaftsschulen und Absicherung der ländlichen Schulstandorte durch Kooperationen verschiedener Schulen (siehe Kapitel Bildung)
- Förderung von Jugend- und Clubkultur im ländlichen Raum (siehe Kapitel Kultur)

- Förderung und Weiterentwicklung von Frauenzentren, Zentren für intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen und queeren Zentren als leicht zugängliche Beratungseinrichtungen auch im ländlichen Raum

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften 10. Wir stellen Landwirtschaft regional und nachhaltig auf

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stellen Landwirtschaft regional und nachhaltig auf

Landwirtschaft und Naturschutz müssen aus unserer Sicht Hand in Hand gehen. Wir stehen für eine Landwirtschaft, von der Landwirt*innen gut leben können, die im Einklang mit dem Naturschutz und artgerechter Tierhaltung auch für die nächsten Generationen noch Attraktivität und Sicherheit bietet.

Denn der Landbau versorgt uns mit der leckeren, frischen Tomate im Salat, dem Kohl im Eintopf und der Kartoffel, aus der wir sonntags dampfende Klöße formen. Diese Vielfalt an Obst- und Gemüsesorten, die wir in Thüringen produzieren, können wir nur erhalten, wenn wir nachhaltig mit unseren Böden und Gewässern umgehen. Deshalb wollen wir die Bewirtschaftung stärken, welche den Boden schützt und den Eintrag von Schadstoffen kontinuierlich verringert. Es ist uns ein Herzensanliegen, den Stellenwert von Landwirt*innen und ihrer Produkte zu erhöhen und sie weitaus angemessener für ihre wichtigen gesellschaftlichen Leistungen zu vergüten.

Nicht nur für uns Menschen sind landwirtschaftliche Flächen besonders und wichtig. Sie bieten auch unzähligen Tierarten wie Vögeln, Kleinsäugern und Insekten einen Lebensraum, den wir erhalten müssen. Landwirt*innen wollen wir auf diesem Weg dabei unterstützen, naturverträglicher zu wirtschaften.

Da wir Menschen immer mehr Platz einnehmen, geraten wir auch in der Landwirtschaft in Flächenkonflikte. Und damit unsere Kinder und Kindeskinder auch noch intakte Felder erleben können, müssen auch die Höfe Nachfolger*innen finden und landwirtschaftliche Flächen langfristig als solche gesichert werden. Um den Ausverkauf der Landwirtschaft zu verhindern, machen wir uns daher auch für ein Agrarstrukturgesetz stark.

Doch Landwirtschaft besteht nicht nur aus Obst, Gemüse, Feldfrüchten und Lebensräumen – sie umfasst auch die Tierhaltung. Für uns gilt, dass alle Tiere artgerecht gehalten werden müssen, auch in der Landwirtschaft. Qualzuchten in der Nutztierhaltung lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiere keine unnötigen Medikamente und Antibiotika verabreicht bekommen, genügend Platz haben und ihnen der Weidegang ermöglicht wird.

Kernziele:

- Natur- und Artenschutz in den Landwirtschaften stärken und mehr Lebensräume schaffen
- Einsatz von Pestiziden und synthetischen Düngemitteln reduzieren
- Landwirtschaftsförderung stärker auf Gemeinwohlleistungen wie Natur- und Bodenschutz ausrichten
- Sicherung der Hofnachfolge
- Vorrang für gemeinwohlorientierte Betriebe bei Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen
- Beendigung der industriellen Massentierhaltung und Reduktion der ressourcenintensiver Fleischproduktion
- Regionale Produzent*innen und Vermarktung ihrer Produkte stärken
- Öko-Landbau fördern und als Leitbild etablieren

Ausbau des Thüringer Öko-Landbaus

Öko-Landbau schont den Boden, bietet bessere Haltungsbedingungen für Tiere und reduziert den Schadstoffeintrag in Boden und Gewässer. Er schont Ressourcen, minimiert unseren ökologischen Fußabdruck und schützt die Biodiversität in hohem Maße. Unser Ziel ist es, den Öko-Landbau in Thüringen noch stärker zu etablieren. Aktuell befindet sich der ökologische Landbau in Thüringen im Aufwind.

Dies ist eine wichtige Entwicklung, für die wir in Thüringen jedoch noch deutliches Ausbaupotenzial sehen. Denn für uns ist die Stärkung des ökologischen Landbaus eine essenzielle Antwort auf die aktuellen Herausforderungen in der Landwirtschaft.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine Erhöhung des Ökoflächenanteils bis 2030 auf 25 Prozent Anbaufläche in Thüringen
- Anhebung der Flächenprämie für Ökoumstellbetriebe und Ausbau der Umstellberatung
- Bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugte Berücksichtigung gemeinwohlorientierter und bestenfalls ökologisch wirtschaftender Betriebe
- Ausbau der „ÖkoInvest“-Förderung
- Existenzgründung von Biobetrieben stärker fördern und Bio-Junglandwirt*innen stärker unterstützen
- Stärkere Förderung der Vermarktung und Verarbeitung von Thüringer Bio-Spezialitäten
- Landeseigenes Lehr-, Prüf- und Versuchsgut Buttelstädt durch Themen der ökologischen Landwirtschaft erweitern
- Themen der ökologischen Landwirtschaft in der Ausbildung von Landwirt*innen, Tierwirt*innen und Gärtner*innen und Hochschulen ausbauen
- Landwirtschaftliche Subventionen stärker auf Maßnahmen zum Boden-, Umwelt-, Natur und Artenschutz ausrichten

Äcker als Lebensraum stärken

Landwirtschaftliche Flächen sind nicht nur zur Bewirtschaftung da. Sie dienen darüber hinaus auch als Lebensräume für zahlreiche Arten. Wir werden deshalb auf Landesebene darauf hinarbeiten, die Nutzung von Pestiziden so weit wie möglich einzudämmen.

Denn wir wollen nicht nur den Lebensraum von Insekten erhalten, sondern ihn sogar vergrößern. Dieser beschränkt sich dabei nicht nur auf Felder, sondern umfasst auch Hecken, Streuobstwiesen und Saumstrukturen an Feldrändern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Erarbeitung einer Thüringer Totalherbizid-Reduzierungs-Strategie
- Unterstützung der Bäuer*innen und Betriebe beim Aufbau und Umsetzung von Pestizidreduktionsplänen
- Erarbeiten eines Insektenschutz-Sofortprogramms gegen den dramatischen Verlust an Insekten
- Anlage und Erhalt von Habitaten für Insekten, Kleinsäuger und Vögel sowie Neuanpflanzung und Pflege von Bäumen auf Weiden zum neuen Standard machen und entsprechend fördern
- Auflegen eines „Heckenprogramms“ zur Förderung der Planung, Pflanzung, Pflege und Eigentümerentschädigung bei der Neupflanzung von Hecken, um Vögeln, Kleinsäugern und Beutegreifern mehr Lebensräume zu schaffen
- Förderprogramm zur Biotopvernetzung und Landschaftsgestaltung (z.B.: Agroforst oder auch Reaktivierung ehemaliger Wege) für Kommunen
- gemeinsam mit Landwirt*innen praktikable und umweltverträgliche Lösungen für Schädlingspopulationen finden
- Ablehnung des Einsatzes von Giftködern und Festhalten an der Gutachter-Lösung für den Schutz bedrohter Arten
- Avisieren der Schädlingsbekämpfung durch Fruchtfolgen und kleinere Flächenstrukturen
- Entwicklung einer Strategie gegen Verdrängung von Streuobstwiesen, Saumstrukturen und Hecken an Feldrändern sowie eines Programms für deren Nutzung und Pflege

Nachhaltige Flächenbewirtschaftung

Unsere Flächen sind endlich. Uns ist es daher wichtig, dass landwirtschaftliche Flächen klug und nachhaltig genutzt werden. Auch die Doppelnutzung von einigen Agrarflächen für die Energieproduktion wird zunehmend wichtiger – denn Energiewende und die Landwirtschaft von Morgen funktionieren nur gemeinsam. Öffentliche Flächen durch die Thüringer Landesgesellschaft wollen wir deshalb zuerst an gemeinwohlorientierte Betriebe und Betriebe, die nach Öko-Kriterien wirtschaften, vergeben. Diese Flächen sollen nachhaltig bewirtschaftet werden. Bei den Böden setzen wir den Fokus auf einen humusreichen Boden mit vielen Nährstoffen, der Wasser speichern kann und in dem der Nährstoffkreislauf geschlossen ist.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Förderung von Agroforst-Systemen zum Bodenschutz, als Biotopverbund und Lebensraum
- Unterstützung von Maßnahmen zum Humus-Aufbau auf landwirtschaftlichen Flächen
- Reduzierung des Stickstoffüberschuss sowie des Eintrags von Phosphor und Nitrat durch neue Düngeverordnungen und entsprechende Förderprogramme
- Fokussierung geschlossener Nährstoff- und Betriebskreisläufe und Vermeidung der Einfuhr von Gülle („Gülle-Tourismus“) aus anderen Regionen
- GAK und KULAP-Förderung erhalten, ausbauen und stärker auf Grünland ausrichten
- Agri-Photovoltaik mit Pilotprojekten vorantreiben und auf Anpassung der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen hinwirken
- Förderung der Produktion lokaler, pflanzlicher, eiweißreicher und klimaneutraler Lebensmittel in der Thüringer Landwirtschaft
- Ausbau und Förderung moderner Techniken in der Landwirtschaft wie „Smart Farming“ als digitale Lösung und wirtschaftliche Unterstützung von Klima- und Naturschutz unter Beachtung der Datensouveränität

Zukunft und Tradition in Landwirtschaft

Auch Landwirt*innen in Thüringen haben zunehmend Probleme, Nachfolger*innen für ihre Höfe zu finden. Wir wollen dafür sorgen, dass Hofnachfolge besser gefördert und der Einstieg erleichtert wird. Bei Schüler*innen möchten wir aktiv für den Beruf des*der Landwirt*in werben, sodass sie durch außerschulische Praktika einen ersten Einblick in die Tätigkeiten dieser Arbeit erhalten. Zudem wollen wir die Information und Beratung zu neuen, bodenschonenderen Anbaumethoden ausweiten, damit Landwirt*innen ihre Wirtschaftsweise stetig fortentwickeln können.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Bessere Unterstützung von Hofnachfolger*innen und Existenzgründer*innen durch einen besseren Zugang zu Land, Beratung und gezielte finanzielle Förderung
- Agrarstrukturgesetz auf den Weg bringen, um Thüringer Landwirtschaftsflächen vor Ausverkauf zu schützen
- Stärkere Beratung der Landwirt*innen zur Verbesserung ihrer Anbaumethoden mit Blick auf Bodenschutz und Artenvielfalt
- Kooperation für außerschulisches Lernen oder Praktika für einen unmittelbaren Eindruck der Arbeit in konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben der Landwirtschaft unterstützen
- Stärkere Würdigung der Pflege von Streuobstwiesen und Zahlung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Maßnahmen wie die Kartierung von Arten
- Förderung von nachhaltigen Bewässerungssystemen fortsetzen und ausbauen
- Erhalt der Versuchsstationen in Thüringen, um neue Anbaumethoden zu testen und einzuführen

Industrielle Massentierhaltung beenden

Schweine, Rinder, Hühner, Schafe: Alle Tiere in der Landwirtschaft verdienen ein artgerechtes Leben. Die Haltungsbedingungen müssen sich an die Bedürfnisse der Tiere anpassen, nicht umgekehrt. Dabei unterstützen wir die Landwirt*innen mit einem Pakt für artgerechte Tierhaltung, der die Maxime in der Landwirtschaft werden soll. Denn tiergerechte Landwirtschaft soll sich für die Landwirt*innen auch lohnen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Weiterentwicklung der „Thüringer Tierwohlstrategie“
- „Pakt für artgerechte Tierhaltung“ gemeinsam mit Erzeuger*innen auf den Weg bringen, u. a. mit mehr Platz und Auslauf, stärkere Versorgung mit regionalen, strukturreichen Futtermitteln und Beschäftigungsmöglichkeiten
- Förderung für Betriebe, die im Sinne einer artgerechten Haltung umbauen durch ein Stallumbau-Programm
- Förderungen des Landes an Tierschutzkriterien im „Pakt für artgerechte Tierhaltung“ koppeln
- Weitere Förderung für Weidegang von Milchkühen und Mastrindern sowie Stroheinstreu für Mastschweine als weitere Schritte für eine artgerechtere Tierhaltung
- Konsequentes Umsetzen des Kupierverbots bei Ferkelschwänzen
- Maßnahmen zur Verhinderung der Enthornung von Rindern unterstützen
- Reduzierung des hohen Medikamenten- und Antibiotikaeinsatzes
- Höchstgrenze für Lebendtiertransporte von vier Stunden oder 150 Kilometern
- Ausbau der Tierschutzkontrollen (siehe Kapitel Tierschutz)
- Finanzielle Unterstützung kleiner regionaler oder mobiler bzw. teil-mobiler Schlachtstätten sowie befristete Übernahme der Kosten für die Ökokontrolle, um zusätzliche Bio-Schlachtkapazitäten zu schaffen
- Prekäre Beschäftigung von Saisonarbeiter*innen in Landwirtschaft und Schlachtstätten durch Kontrollen vorbeugen

Lebensmittel mit kurzen Wegen

Regionale Lebensmittel aus Thüringen schmecken und schützen die Umwelt. Mit der Erzeugung und Vermarktung in der Region sparen wir uns weite Anfahrtswege und vermeiden im gleichen Moment unnötige Emissionen.

Wir wollen daher die regionale Wertschöpfung erhöhen und gezielt fördern. Dafür braucht es auch ein stärkeres Regionalmarketing für gute Erzeuger*innenpreise – mit mehr Bio sowie regionalen Lebensmitteln in Mensen, Schulen und der Außerhausverpflegung. Das ist nicht nur gesund, sondern hilft am Ende auch unseren heimischen Landwirt*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stärkung regionaler Produkte und Produzent*innen sowie der Direktvermarktung und weiterer kurzer Vertriebswege
- Unterstützung der Produzent*innen, um Voraussetzungen für die Vorverarbeitung ihrer Produkte zu schaffen
- Stärkere Unterstützung des Regionalmarketings durch die Gründung einer Regional-Marketing-Agentur
- Wiedereinführung eines Qualitätssiegels für Thüringer Produkte, die in der Region produziert sind
- Öffentliche Kampagne zur Unterstützung von regionalen Lebensmitteln
- Aktionsplan für Erhöhung des Bio-Anteils in der Außerhausverpflegung
- Vorangehen der öffentlichen Hand mit einer Quote für regionale sowie Biolebensmittel in Mensen, Kantinen, Schulen, Kindergärten
- Gezielte Unterstützung für Großküchen in der schrittweisen Umstellung auf Bio-Lebensmittel
- Gemeinsam mit Lebensmittelproduktion, Handel, Beratung von Verbraucher*innen und den zivilgesellschaftlichen Initiativen einen Thüringer Maßnahmenplan zur Lebensmittelrettung entwickeln (siehe Kapitel Verbraucherschutz, Umwelt- und Naturschutz)

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften: 11. Wir nehmen Tierschutz ernst

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir nehmen Tierschutz ernst

Als Menschen stehen wir nicht nur in der Verantwortung für uns selbst und für die Natur. Auch Tieren gegenüber tragen wir eine große Verantwortung. Sie sind selbstverständlicher Teil unseres Lebens – ob als Wildtiere in Wald und Feld, als freilebende Tiere wie Tauben und Katzen, als Haustiere wie Hunde oder als Tiere in der Landwirtschaft.

Unser alltägliches Handeln hat dabei großen Einfluss darauf, wie es den Tieren geht. Sie haben ein Recht darauf, dass wir sie nicht als Objekte sehen, sondern ihre Bedürfnisse ernst nehmen und ihnen ein Leben frei von Schmerz und Leid zugestehen. Viel zu häufig werden diese Rechte der Tiere jedoch übergangen – sei es bei ungenügenden Haltungsbedingungen in Landwirtschaft oder zu Hause, bei der Zerstörung von Lebensräumen oder bei Tierversuchen. Das muss aufhören. Unser Anliegen ist es, unsere Verantwortung ernst zu nehmen und die Interessen von Tieren politisch stärker zu berücksichtigen.

Kernziele:

- Stärkung der Tierheime und Tierschutzprojekte
- Einführung eines Sachkundenachweises bei der Hundehaltung
- Stärkung der Tierschutzkontrollen in der Landwirtschaft und konsequentere Ahndung von Tierschutzverstößen
- Anpassung der Haltungsbedingungen in der Landwirtschaft
- Einführung einer Landestierschutzbeauftragten
- Reduzierung von Tierversuchen

Tierheime und Tierschutzvereine stärken

Tierschutz funktioniert nicht ohne die Menschen, die diesen in der Fläche umsetzen. Mehr als 3.000 Menschen engagieren sich im Landestierschutzverband Thüringen e.V. für den Tierschutz. In 19 Tierheimen und drei Tierauffangstationen arbeiten sie für das Wohl der ihnen anvertrauten Tiere. Doch viele Tierheime in Thüringen müssen angesichts der steigenden Kosten um ihre Existenz kämpfen, viele Tierschutzprojekte arbeiten nur auf Spendenbasis ohne staatliche Unterstützung. Es ist daher zwingend notwendig, die Tierheime und Tierschutzprojekte abzusichern und gemeinsam mit den Kommunen besser zu finanzieren. Wir können nicht länger staatliche Aufgaben auf ehrenamtliche oder prekär finanzierte Vereine abwälzen.

Wir BÜNDNISGRÜNE konnten bereits erreichen, dass die Einrichtungen mit einer Million Euro gefördert werden. Das möchten wir fortführen und ausbauen. Auch die Einführung der Katzenschutzverordnung ist ein Fortschritt. Doch es braucht auch in Zukunft weitere Anstrengungen, um Tierleid zu verringern und zu bekämpfen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Unterstützung von Tierheimen, Tierauffangstationen und Lebenshöfen sowie Einsatz für auskömmliche, verlässliche Finanzierung von kommunaler und Landesseite
- Stärkere Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit im Tierschutz und Unterstützung zur Schaffung hauptamtlicher Stellen
- Ausbau der unbürokratischen finanziellen Unterstützung von Tierheimen bei Bau- und Sanierungskosten sowie Zuschüsse zu Futter-, tierärztlichen und Personalkosten
- Erhalt und Entbürokratisierung der Mittel für Katzenkastrationen
- Ausweitung der Katzenschutzverordnung prüfen und stärkere Anreize bei Kommunen zur Umsetzung schaffen
- Einführung eines Sachkundenachweises für Hundehalter*innen, um Abgaben durch überforderte Halter*innen im Tierheim zu reduzieren und Beißvorfälle zu reduzieren
- Einrichtung von offenen Taubenschlägen in Thüringer Kommunen und landeseigenen Liegenschaften unterstützen
- Finanzielle Unterstützung von alternativen Tierschutzprojekten wie den Bärenpark Worbis
- Aufbau mindestens einer landeseigenen Auffangstation für verletzte Wildtiere nach dem Vorbild der Vogelschutzwarte Seebach

Tierschutz in der Landwirtschaft stärken

Um Tieren bessere Lebensbedingungen zu bieten, muss sich insbesondere in der Landwirtschaft noch viel zum Positiven wenden.

Die Massentierhaltung muss daher ein Ende haben. Unser Ziel ist, die Haltungsbedingungen an die Bedürfnisse der Tiere anzupassen und nicht umgekehrt. Dazu gehören viel Platz und Auslauf möglichst im Freien, artgerechtes strukturreiches Futter sowie Beschäftigungsmöglichkeiten für die Tiere. Zudem unterstützen wir aktiv den Ausbau von vegetarischen und veganen Alternativen in der Essensversorgung.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Ausbau der Thüringer Tierwohlstrategie für die Landwirtschaft, Schaffung eines „Pakt für artgerechte Tierhaltung“
- Stärkere Unterstützung für Anpassung der Haltungsbedingungen in der Landwirtschaft, um artgerechteres Leben zu ermöglichen (siehe Kapitel Landwirtschaft)
- Flächendeckende Einführung und bessere Finanzierung mobiler Schlachtstätten
- Höchstgrenze für Tiertransporte von 4 Stunden oder 150 Kilometern einführen und bessere Kontrolle
- Brandschutz in Ställen verbessern durch eine Änderung der Landesbauordnung
- Stärkung von vegetarischen und veganen Alternativen in der öffentlichen Essensversorgung

Höhere Priorität für Tierschutz

Artikel 32 der Thüringischen Landesverfassung verpflichtet den Freistaat Thüringen, Tiere vor nicht artgerechter Haltung und vermeidbarem Leid zu schützen. Daher ist es auch in Zukunft weiterhin unser Ziel, Tierschutz in der Politik einen höheren Stellenwert zu verleihen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einführung eines Verbandsklagerechts, damit anerkannte Tierschutzverbände bei Verletzung des Tierschutzrechtes tätig werden können
- Finanzielle Unterstützung des Landestierschutzverbands
- Schaffung eines oder einer unabhängigen Tierschutzbeauftragten auf Landesebene mit eigener Stabsstelle als politische Interessenvertretung für Tiere
- Erstellung eines jährlichen Tierschutzberichts
- Stärkung der Veterinärbehörden auf Landes- und Kommunalebene
- Schaffung von klaren Zuständigkeiten innerhalb der Kommunal- und Landesverwaltungen für Tierschutzanliegen
- Prüfung der Neuordnung von Aufgaben des Tierschutzes auf Landes- und Kommunalebene, beispielsweise Kontrollen von Tiertransporten
- Unterstützungs- und Beratungsangebote für Kommunen, die sich für den Tierschutz auf ihrem Gemeindegebiet engagieren
- Ausbau der Tierschutzkontrollen und schnellere und gezielte Ahndung von Verstößen gegen Tierschutzgesetz
- Bundesweiter Einsatz für Positivliste für Tiere im Zirkus und private Exotenhaltung, Einschränkung des Onlinehandels von Tieren

Tierversuche reduzieren

Tierversuche sind in einigen Forschungsbereichen noch immer regelmäßige Praxis. Und das, obwohl längst gute und funktionierende Alternativen existieren. Wir sehen Tierversuche sehr kritisch, da ihre Ergebnisse nur eingeschränkt übertragbar sind und zeitgleich immenses Tierleid produzieren. Daher möchten wir Strategien stärken, mit denen wir stückweise aus Tierversuchen aussteigen können.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Reduzierung, Ersetzen und Abschaffung von Tierversuchen nach dem 3R-Prinzip (Replace = Ersetzen, Reduce = Verringern, Refine = Verbessern)
- Möglichkeiten, Studium ohne Tierversuche absolvieren zu können
- Knüpfung der Genehmigung von Tierversuchen an strengere Kriterien, Kontrollen und die Forschung zu Alternativen (siehe Kapitel Hochschule)

Veterinärmedizinische Versorgung in Thüringen sichern

Tierärzt*innen sind nicht nur für Haustierhalter*innen, sondern auch für Landwirt*innen wichtig. Ohne Tierärzt*innen gibt es keine gesunden Tiere. Daher

möchten wir weiterhin für funktionierende Strukturen und Anreize sorgen, um einem Mangel in diesem Bereich vorzubeugen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Erhalt und Ausbau des tierärztlichen Notdienstes, auch mit Blick auf Großtiere
- Verbesserung des Zugangs zum Studium der Tiermedizin und eine stärkere Berücksichtigung der persönliche Eignung als der Abschlussnote
- Anreizsystem zur Ansiedlung von Tierärzt*innen im ländlichen Raum, um gezielte Niederlassung zu fördern

Beschluss A. Umwelt bewahren – nachhaltiges Wirtschaften: 12. Wir stärken den Verbraucherschutz

Antragsteller*in:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02.-04. Februar 2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stärken den Verbraucherschutz

Wir alle sind Verbraucher*innen. Und wir alle haben Rechte. Wir möchten wissen, welche Zutaten und Inhaltsstoffe sich in unserem Essen verstecken. Wir möchten beim Abschluss einer Versicherung nicht durch undurchsichtige Bedingungen hinters Licht geführt werden. Wir möchten kein Smartphone kaufen, bei dem der Akku eine Woche nach Ablauf der Garantie seine Funktion aufgibt. Und wir wollen Küchengeräte besitzen, die viele Jahre halten, dabei reparierbar sind und darüber hinaus auch Energie sparen.

Deshalb haben wir BÜNDNISGRÜNE in den letzten Wahlperioden die Beratungsangebote für Verbraucher*innen in Thüringen flächendeckend stetig ausgebaut und setzen uns auch in der Zukunft weiterhin für gestärkten Verbraucherschutz ein. Denn Verbraucherschutz bedeutet auch Selbstbestimmung, Nachhaltigkeit und Sicherheit. Vor allem Angebote zur Energieberatung, aber auch Schulden- und Insolvenzberatung werden zunehmend wichtiger und müssen abgesichert werden. Außerdem wollen wir, dass das Land sich stärker gegen Lebensmittelverschwendung engagiert.

Kernziele:

- Flächendeckenden Verbraucherschutz sichern
- Verbraucherbildung stärken, auch von Kindern und Jugendlichen
- Mehr Einsatz gegen Lebensmittelverschwendung
- “Reparieren statt Wegwerfen” stärken und den Thüringer Reparaturbonus weiterführen

Beratung von Verbraucher*innen stärken

Informierte Verbraucher*innen sind mündige Verbraucher*innen. Gerade in den letzten Jahren ist der Bedarf bei Beratung zu Verbraucherschutzthemen gestiegen. Wir wollen, dass alle Menschen überall im Land niedrigschwellig Zugang zu Beratung haben. Dafür stärken wir die Verbände, die digitalen Angebote und die Bildung.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Ausbau und Erhalt der flächendeckenden Beratung von Verbraucher*innen, Stärkung der Insolvenzberatung sowie Zusammenarbeit mit der Verbraucher*innenberatung
- Ausbau der Förderung von Verbänden der Beratung von Verbraucher*innen, um gestiegenen Anforderungen Rechnung zu tragen
- Stärkung der Schulden- und Insolvenzberatungsstellen und ihrer Zusammenarbeit
- Einsatz auf Bundesebene für die Einführung der „Hilfe bei Überschuldung“ im SGB XII, um das gesetzliche Recht auf Zugang zu Schuldenberatung zu garantieren
- Zielgruppenorientierte und digitale Verbraucherschutzberatung stärken, beispielsweise für Ältere, Jugendliche und Familien
- Aufsuchenden Verbraucherschutz mit niederschwelligem Zugang bedarfsgerecht anbieten
- Verbraucherbildung schon für Kinder und Jugendliche stärken, um mündige Verbraucher*innen zu schaffen

Lebensmittelverschwendung eindämmen

Jedes Jahr landen in Deutschland 11 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll – eine ungeheure Verschwendung von Ressourcen! Doch die weggeworfenen Lebensmittel sind in den allermeisten Fällen noch viel zu gut für die Tonne. Auch hier ist das Land gefragt, Strategien zu entwickeln, um die kontinuierliche Lebensmittelverschwendung einzudämmen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stärkeres Engagement des Landes in der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, beispielsweise durch Aufklärung
- Gezielte Unterstützung von Foodsharing-Initiativen und Tafeln, um die Verwertung und Weitergabe übrig gebliebener Lebensmittel zum neuen Standard für Lebensmitteleinzelhandel, Gastronomie und Kantinen zu machen
- Verankerung einer Verbraucherbildung zu Anbau und Verarbeitungsprozessen von Lebensmitteln, zu Verträgen und zu Produktkauf im Thüringer Bildungsplan
- Einsatz auf Bundesebene für Entkriminalisierung von „Containern“
- Einsatz auf Bundesebene für bessere Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel mit Blick auf Herkunft und Nährwerte sowie für bessere Regelungen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung

Vorrang für Nachhaltigkeit

Unsere Gesellschaft ist systembedingt eine Wegwerfgesellschaft geworden, denn nur Konsum schafft Gewinne. Wir finden: Das können wir uns nicht leisten. Denn unsere Ressourcen sind begrenzt und wir sollten sparsam mit ihnen umgehen, um unsere Umwelt, aber auch unseren Geldbeutel zu schonen. Daher setzen wir jetzt und auch in Zukunft auf Nachhaltigkeit und tragen diese Prinzipien auch in das politische Handeln.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stärkung des Prinzips “Reparieren statt Wegwerfen” durch Unterstützung von Projekten wie Repaircafés oder Fahrradwerkstätten
- Weiterführung und Ausweitung des Thüringer Reparaturbonus
- Beschaffung und Unterhalt in öffentlichen Einrichtungen auf Reparatur und Nachhaltigkeit ausrichten
- Unterstützung bei der Umsetzung des Verpackungsgesetzes zum Angebot von Mehrwegverpackungen, auch für Kommunen

Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 1. Wir bieten Kindern und Jugendlichen den besten Start

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir bieten Kindern und Jugendlichen den besten Start

Die Zukunft unserer Gesellschaft gehört den Kindern und Jugendlichen. Wir erleben, wie sie weltweit ihre Stimme zu relevanten Themen erheben, sich informieren und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Kinder und Jugendliche werden am längsten mit den Auswirkungen unserer heutigen Politik leben und haben berechtigte politische Interessen. Mit unserer Politik möchten wir das Recht junger Menschen auf eine gute Zukunft stärken und ihnen vielfältige Perspektiven und Chancen hierfür bieten. Deshalb setzen wir uns dafür ein: Kinderrechte zu stärken, junge Menschen in allen sie betreffenden Themen zu beteiligen und ihre Anliegen ernst zu nehmen, flächendeckend Angebote für junge Menschen in Thüringen auszubauen und sie vor Gewalt und Diskriminierung zu schützen.

Kernziele:

- Inklusive Jugendbeteiligungsstrukturen in ganz Thüringen etablieren und Kommunen bei der Umsetzung zielgerichtet unterstützen
- Soziokulturelle Angebote für junge Menschen in Stadt und Land fördern
- Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendschutz verbessern und Präventions- sowie Beratungsangebote im ganzen Land ausbauen

Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche stärken

Damit Kinder und Jugendliche sich wirksam für ihre Interessen einsetzen können, benötigt es fördernde Rahmenbedingungen und niedrigschwellige Beteiligungsstrukturen. Wir konnten bereits das Wahlalter bei der Kommunalwahl auf 16 Jahre absenken und die Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen durch eine gesetzliche Verankerung in der Kommunalordnung stärken. Von Stadtentwicklung über Bildungspolitik bis hin zu konkreten Bauprojekten in der Nachbarschaft oder im Sportverein - für uns gilt der Grundsatz: Wo immer es um Belange junger Menschen geht, müssen sie miteinbezogen werden. Dafür braucht es die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen sowie Know-How, insbesondere in den Kommunen, die wir in den nächsten Jahren weiter bei der Etablierung von Jugendbeteiligungsstrukturen unterstützen werden. Jugendbeteiligung soll zu einem festen Bestandteil von Kommunal- und Landespolitik werden. Wir stehen für eine Politik, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ernst nimmt und ihre Entscheidungen konsequent daran ausrichtet.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Absenkung des Wahlalters, sodass Jugendliche bei Kommunalwahlen ab 14 Jahren und auch bei Landtagswahlen ab 14 Jahren wählen können
- Stärkung der Kinder- und Jugendparlamente sowie weiterer Beteiligungsgremien in Gemeinden, Städten und Landkreisen mit dem Ziel der Beteiligung von Anfang an
- Jugendverbandsarbeit in Thüringen finanziell bedarfsgerecht und langfristig sichern
- Kommunen beim Aufbau einer nachhaltigen, niedrigschwelligen Beteiligungskultur unterstützen, die Jugendarbeit und Verwaltung miteinander verzahnt und so die Belange von Kindern und Jugendlichen auf Ebene der Entscheidungsträger*innen sichtbar macht
- Ausbau der Servicestelle Mitbestimmung zu einem Landeskompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung
- Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung des Freistaats

Angebote und Räume für junge Menschen in allen Orten schaffen und erhalten

Freiräume und offene Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind entscheidend für diesoziale Entwicklung von jungen Menschen. Ferienangebote, offene Jugendhäuser und -clubs, selbstverwaltete Jugendräume oder soziokulturelle Kulturveranstaltungen fördern Begegnung, ermöglichen kreative Entfaltung und bieten eine Plattform für außerschulisches Lernen. Kinder und Jugendliche sollen daher egal ob auf dem Land oder in der Stadt Zugang kinder- und jugendgerechten Räumen haben. Unser Ziel ist es, die Vielfalt der Angebote der Jugendarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes, der Jugendverbandsarbeit und der Jugendbildung vor Ort weiter zu verbessern und insbesondere im ländlichen Raum stärker zu fördern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Kommunen darin unterstützen niederschwellige Beteiligungsformate zu entwickeln, die Jugendarbeit und Verwaltung miteinander verzahnen und so

Belange von Jugendlichen auf Ebene der Entscheidungsträger*innen sichtbar machen

- Bedarfsgerechte Finanzierung von Jugendverbänden langfristig sichern
- Finanzierung der Örtlichen Jugendförderung konsequent weiter ausbauen mit dem Ziel der Aufrechterhaltung und Ausweitung von offenen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, aufsuchender Arbeit in den Städten und Gemeinden
- Angebote der mobilen Jugendarbeit in ländlichen Regionen ausbauen
- Ausbau der Plätze für Kinder- und Jugendpsychotherapie (siehe Kapitel Gesundheit)
- Geschlechtssensible Angebote zur Bildung und Persönlichkeitsentwicklung ausbauen und unterstützen, insbesondere in Form von struktureller Mädchen- und Jungenarbeit

Kinder und Jugendliche konsequent schützen

Kinder und Jugendliche haben das Recht sich frei von Gewalt und Zwängen zu entwickeln. Dafür braucht es einen starken Fokus auf Prävention, um Kinder und ihre Familien von Anfang an gut zu unterstützen. Unser Ziel ist es, dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten. Dazu gehört auch der entschlossene Kampf gegen Kinderarmut.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Aufbau von Handlungskompetenzen aller Beteiligten im Bereich der Prävention und Intervention weiter unterstützen mit dem Ziel, Schutz von

Kindern und Jugendlichen besser zu koordinieren und übergreifend zu gewährleisten

- Aufbau durchgängiger Präventionsketten mit möglichst frühem Beginn unterstützen, Einbindung aller Akteur*innen inklusive Kindergärten und Schulen und Ergänzung durch spezialisierte Fachberatungsstellen
- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und Gewalt weiter ausbauen, wirksame Prävention sowie flächendeckende kindgerechte Intervention und Nachsorge in Fällen sexuellen Missbrauchs gewährleisten
- Kompetenzen bei Staatsanwaltschaften für die Verfolgung sexualisierter Gewalt von Minderjährigen bündeln
- Verstetigung und Ausbau der Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ombudsstelle als Anlaufstelle zur Vermittlung und Klärung von Konflikten in der Kinder- und Jugendhilfe
- Standards der ambulanten und stationären Jugendhilfe schaffen sowie eine zentrale landesweite Verhandlungsführung zur Entlastung der kommunalen Jugendämter
- Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung durch Fachberatung und landesweite Qualitätsstandards
- Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle für komplexe Fälle der Hilfen zur Erziehung
- Kindgerechte Verfahren in der Justiz schaffen
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung für Fachkräfte der Jugendhilfe unter anderem durch Reform des Rahmenvertrags für stationäre Hilfen

Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 2. Wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt

Familien sind heute so vielfältig wie die Lebensentwürfe der Menschen. Mit Kindern oder ohne, verheiratet oder ohne Trauschein, Regenbogen- und Mehrgenerationenfamilien, Pflege- oder Patchworkfamilien, alleinerziehend oder mit Partner*in, binational und mehrsprachig - Familie bedeutet für uns, dass Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen und füreinander da sind. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, Familien zu stärken und zu entlasten.

Gerade die letzten Jahre haben jedoch gezeigt: Die Belastungen für Familien steigen. Die Herausforderungen, um als Familie ohne Dauerstress ein gutes Miteinander haben zu können, werden immer größer. Ausgleichen müssen das vor allem Frauen, die meist noch immer den Großteil der Doppelbelastung aus Erwerbsarbeit und Fürsorgeverantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige schultern. Dadurch arbeiten sie häufiger unfreiwillig in Teilzeit und haben mit Lohn- und Renteneinbußen zu kämpfen. Gleichzeitig stehen aufgrund der zunehmenden räumlichen Trennung der Generationen Unterstützungsleistungen innerhalb der Familien seltener zur Verfügung. Gerade auch pflegende Angehörige kommen durch fehlende staatliche Unterstützungsleistungen an ihre Grenzen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss grundlegend verbessert werden. Wir wollen, dass Familienfreundlichkeit zum Handlungsziel von Politik, Verwaltung und Arbeitswelt wird. Mit der Kindergrundsicherung im Bund ist ein erster wichtiger Schritt getan, um Familien mit Kindern finanziell besser abzusichern und Kinderarmut zu verringern.

Kernziele:

- Verbesserung der Qualität von Kindergärten und Schulen sowie Ausbau der Ganztagsschulen
- Mehr Angebote der Kurzzeit- und Tagespflege schaffen
- Wohnen, Mobilität und Belange des täglichen Lebens familienfreundlich mit kurzen Wegen gestalten
- Auswirkungen aller Gesetze auf Familien prüfen

Vereinbarkeit und Bildung verbessern

Neben der Betreuung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen nimmt auch die Erwerbsarbeit im Alltag von Familien ihren Platz ein. Es ist daher eine staatliche Aufgabe, genügend qualitativ hochwertige Betreuungsangebote für

Kinder und Pflegebedürftige zu machen. Niemand sollte sich zwischen Fürsorgeverpflichtung und Karriere entscheiden müssen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Sicherstellung eines gut ausgebauten Angebots für Kinderbetreuung mit niedrigen und gerecht gestaffelten Elternbeiträgen und Kurzzeit- bzw. Tagespflege mit zur Erwerbsarbeit passenden Betreuungszeiten

- Unterstützung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit für Familien mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, beispielsweise flexiblere Arbeitszeiten, Recht auf mobiles Arbeiten und ein zeitlich begrenztes Recht auf 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für beide Elternteile

- Verbesserung der Betreuungsqualität in Kindergärten unter anderem durch bessere Personalschlüssel (siehe Kapitel Kindergarten)

- Ausbau der Ganztagsschulen und Hortangebote im Land sowie weitere Verbesserung der Qualität der Schulen und perspektivische Lernmittelfreiheit (siehe Kapitel Schule)

Infrastruktur für Familien schaffen

Familien haben besondere Bedürfnisse – besonders, wenn es um die Themen Mobilität, Gesundheit und Wohnen geht. Unser Ziel: diese wichtigen Bausteine des Familienlebens gezielt zu berücksichtigen und somit eine Infrastruktur zu schaffen, die Familien den Alltag leichter macht, sie finanziell entlastet und ihnen die nötige Sicherheit gibt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einführung eines günstigeren Deutschlandtickets für Kinder und Jugendliche, perspektivisch komplett kostenfrei
- Attraktiver Nahverkehr auch für Familien, beispielsweise durch enge Taktung, genügend Haltestellen, viel Abstellfläche in Bussen und Bahnen sowie guter Vertaktung von Bus und Bahn zum leichten Umsteigen
- Erhöhung der Verkehrssicherheit zu Fuß und auf dem Fahrrad, beispielsweise durch bessere Fahrradinfrastruktur und Ausbau der Verkehrsschulung (siehe Kapitel Mobilität)
- Schaffung von großen Wohnungen fördern und neue Wohnformen für Familien gezielt unterstützen (siehe Kapitel Wohnen)
- Kleinteilige und wohnortnahe Infrastruktur für kurze Wege im Alltag (siehe Kapitel Stadtentwicklung)
- Gezielte Unterstützung der Geburtshilfe, um eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen (siehe Kapitel Gesundheit)
- Ausbau der Angebote für Familienerholung
- Gezielte Unterstützung für Alleinerziehende durch einen Maßnahmenkatalog und die Stärkung der Selbstvertretung
- Stärkung von Familien mit Kindern mit Behinderung durch wohnortnahe Begleitungs- und Unterstützungsangebote

Politische Strukturen für Familien stärken

Wir finden: Familien benötigen eine stärkere Lobby. Sowohl bei konkreten Gesetzen als auch im alltäglichen politischen Handeln müssen die Belange von Familien in Zukunft stärker berücksichtigt werden. Dafür braucht es auch bessere Rahmenbedingungen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Verbesserung der politischen Mitwirkung von Familien und gezielte Prüfung der Auswirkungen von Gesetzen auf Familien
- Stärkung und Ausbau von Landesfamilienrat und Landesfamilienförderplan
- Stärkung der überregionalen Familienförderung
- Landesprogramm “Solidarisches Zusammenleben der Generationen” (LSZ) weiter ausbauen und verstetigen
- Familienfördergesetz evaluieren und ergänzen um Familienberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Partnerschafts- und Lebensberatung

Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 3. Wir ermöglichen älteren Menschen Selbstbestimmung

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir ermöglichen älteren Menschen Selbstbestimmung

Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben – unabhängig vom Lebensalter. Thüringen ist weltweit eine der Regionen mit dem höchsten Altersdurchschnitt. Der demografische Umbruch bedeutet, dass immer weniger Kinder geboren werden, während gleichzeitig die Lebenserwartung und die Zahl der älteren Menschen steigen. Insbesondere die Zahl der Über-80-Jährigen wird sich in Thüringen deutlich erhöhen.

Umso wichtiger ist es, dass Thüringen die allgemeine Situation für ältere Menschen verbessert und sich auf den Weg macht, ein altersfreundliches Bundesland zu werden. Alle älteren Menschen sollten hier selbstbestimmt leben können – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Dies erreichen wir nur durch die Bereitstellung einer gut ausgebauten Infrastruktur in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Teilhabe und Gesundheitsversorgung, aber auch mit Unterstützungsangeboten im Alltag.

Kernziele:

- Stärkung des barrierearmen, altersgerechten Wohnungsbaus und -sanierung, damit ältere Menschen möglichst lange in ihren Wohnungen bleiben können (siehe Kapitel Wohnen)
- Unterstützung von Wohnungstauschbörsen sowie „Wohnen für Hilfe"
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Verbesserung der Barrierefreiheit, damit auch alte Menschen ohne Auto sicher mobil sein können (siehe Kapitel Verkehr)
- Unterstützung der Kommunen bei altersfreundlicher Stadtplanung, unter anderem durch Barrierefreiheit, Maßnahmen gegen Hitze, Begegnungsorte,

kleinteilige und gut erreichbare Angebote des täglichen Bedarfs, genügend Sitzgelegenheiten sowie gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr

- Etablierung von mehr öffentlichen Bewegungsmöglichkeiten auch für ältere Menschen, beispielsweise über Begegnungs- und Bewegungsräume (Bouleplätze, Outdoorschach, Trimm-dich-Pfade)
- Förderung von geeigneten Maßnahmen, um der Vereinsamung von Menschen entgegenzuwirken, beispielsweise durch Ausbau des Programms AGATHE sowie des Landesprogramm solidarisches Zusammenleben (LSZ)
- Förderung von ehrenamtlichen Unterstützungs- und Betreuungsstrukturen (z.B. Fahrdienste, Einkaufshilfen), Abbau von bürokratischen Hürden
- Schutz aller Menschen vor Armut im Alter, die bisher insbesondere Frauen und queere Menschen trifft
- Förderung von Bildungsangeboten für ältere und mit älteren Menschen in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen auf kommunaler Ebene sowie dem gleichberechtigten Zugang zu Universitäten und Hochschulen
- Initiierung und Förderung von Angeboten zur Medien- und Digitalkompetenz von älteren Menschen und Beibehaltung von analogen und barrierefreien Zugängen in Verwaltung und Dienstleistung (siehe Kapitel Digitalisierung)
- Weitere Anerkennung des Landesseniorenrats als wichtigen Ansprechpartner, welcher aktiv an der Entwicklung der Politik zu beteiligen ist
- Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der Seniorenbeiräte in den Kommunen
- Stärkung und Ausbau der Fördermöglichkeiten für generationenübergreifende Projekte wie Mehrgenerationenhäuser
- Ausbau der Förderung der Demenzberatung
- Ausbau der Unterstützungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige, die selbst oft schon älter sind (siehe Kapitel Gesundheit)
- Unterstüzungsangebote in Queeren Zentren und Beratungsstellen auch speziell für Senior*innen
- Förderung von queersensiblen Fortbildungen für Personal in der Alten- und Pflegehilfe
- Initiative zur Überprüfung der Höchstaltersgrenzen bei kommunalen Wahlbeamt*innen und Schöff*innen

Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 4. Wir machen Bildung sozial gerecht

Antragsteller*in:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02.-04. Februar 2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir machen Bildung sozial gerecht

Bildung ist das Tor zur Welt. Mit ihr errichten wir das Fundament für ein selbstbestimmtes Leben. Bildung findet ein Leben lang statt - vom Kindergarten über die Schule und die Ausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Umso wichtiger ist es, dass wir schon unseren Kindern die bestmöglichen Chancen bieten, die notwendigen Fähigkeiten zu erwerben, um die Zukunft unserer Welt verantwortungsbewusst in die Hand zu nehmen.

Jedoch ist Bildung auch in Thüringen noch immer nicht sozial gerecht gestaltet. Zu sehr bestimmt die Herkunft die eigenen Chancen und den möglichen Erfolg. Das wollen wir ändern und Bildung, vor allem in Kindergarten und Schule, sozial gerechter gestalten. Hierfür wollen wir die Qualität unseres Bildungssystems stärken und das Individuum in den Mittelpunkt stellen.

Es kommt darauf an, individuelle Begabungen und Fähigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen zu fördern und sie auf das Leben vorzubereiten, statt sich ausschließlich auf Leistungsdruck und Noten zu fokussieren. Auch unser Ausbildungssystem muss besser werden, um noch mehr dringend benötigte Fachkräfte zu gewinnen. Es braucht dabei ein Ausbildungssystem, das die jungen Menschen ernst nimmt und sie in ihrem Werdegang stärkt. Auszubildende benötigen eine gute Infrastruktur und gute Voraussetzungen, um ihren Beruf ohne große Sorge erlernen zu können.

Bildung endet nicht mit dem Berufsabschluss. Es gibt gute Gründe, sich auch später im Leben weiterzubilden. Daher stärken wir die Erwachsenenbildung und Weiterbildung als wichtige Säulen des Bildungssystems. In den vergangenen Jahren konnten wir bereits viel erreichen: mehr Ganztagsangebote in Schulen, bessere Personalschlüssel in Kindergärten, Einstieg in die Beitragsfreiheit, so viele Neueinstellungen von Lehrer*innen wie nie zuvor oder Unterstützung der freien Schulen. Doch es bleibt noch viel zu tun. Bildung ist eine Investition in die Zukunft, und als solche hat sie für uns oberste Priorität.

Kernziele:

- Lehrkräfte und Erzieher*innen durch multiprofessionelle Teams unterstützen
- Lehramtsausbildung reformieren und praxisorientierter machen
- Schule fächerübergreifend, digital, lebensweltorientiert und kooperativ neu aufstellen
- Chancengerechtigkeit im Schulsystem verbessern u. a. durch längeres gemeinsames Lernen
- Personalschlüssel in Kindergärten weiter verbessern
- Berufsausbildung attraktiver machen
- Demokratiebildung stärken

Kindergarten und frühkindliche Bildung: Qualität und Förderung

Beste Bildung setzt so früh wie möglich an. Um Kinder effektiv und nachhaltig zu fördern und ihnen die besten Startchancen fürs Leben zu geben, setzen wir auf eine ausgezeichnete Frühförderung und eine qualitativ hochwertige Betreuung in Kindergärten und Kindertagesstätten. Diese muss elementarer Teil der frühkindlichen Bildung sein.

Eine besondere Rolle spielt hierbei die weitere Verbesserung der Personalschlüssel, die wir bereits in den letzten Wahlperioden anstoßen konnten. Hier braucht es weitere Schritte. Diese Verbesserung ist unerlässlich, um mehr individuellere Förderung zu ermöglichen und Erzieher*innen zu entlasten. Durch die niedrigschwellige pauschale Förderung für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf können Kindergärten auch weiterhin Betreuung für besondere Bedürfnisse anbieten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Angebot von ausreichend Kindergartenplätzen mit passenden Öffnungszeiten und verbesserter Qualität als Priorität vor Beitragsfreiheit
- Mehr Erzieher*innen durch schrittweise Schlüsselverbesserung auf 1:4 bei Unter-3-Jährigen und 1:9 bei Über-Drei-Jährigen und Erhöhung der

Zeitanteile für Vertretungsreserve sowie die pädagogische Vor- und Nachbereitung

- Stärkung der Einrichtungsleitungen durch mehr Zeitanteile für Leitungsfunktionen und Mindeststellenanteilen für Leitungen auch in kleinen Einrichtungen
- Bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung von Erzieher*innen, möglichst tarifgebunden
- Stärkerer Fokus auf Gesundheitsschutz von Erzieher*innen
- Evaluation und Überarbeitung der Ausbildungsstruktur und -inhalte für Erzieher*innen und Heilerziehungspfleger*innen, u. a. Antidiskriminierung und Inklusion stärker berücksichtigen
- Ausbau und qualitative Weiterentwicklung der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) mit tariflicher Mindestvergütung der Auszubildenden
- Schulgeldbefreiung für die Ausbildung von Erzieher*innen an Fachschulen in freier Trägerschaft
- Sozial gerechte Elternbeiträge
- Stärkung der Qualität in der frühkindlichen Bildung durch ein „Zentrum frühe Bildung“ und Begleitung von Qualitätsentwicklung in den Kindergärten
- Fachberatungen für Kindergärten durch Neustrukturierung und verbesserte Finanzierung stärken
- Erhalt und Weiterentwicklung der Programme „SprachKitas“, „Vielfalt vor Ort erleben“ sowie der Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ)
- Ressourcen schaffen für digitale Elternarbeit
- Ausbau der kindgerechten Beteiligung innerhalb der Kindergärten als Grundlage für Demokratiebildung
- Multiprofessionelle Teams vor allem in Kindergärten mit Multi-Problemlagen zum Standard machen, um sprachliche, sozialpädagogische und therapeutische Betreuung bedarfsgerecht zu stärken
- Tragfähige Strategien zur Anpassung der Struktur der frühkindlichen Bildung an demografischen Umbruch entwickeln und umsetzen
- Perspektive der Eltern stärken durch bessere Ausstattung der Landeselternvertretung
- Begleitung der Übergänge zwischen Kindergarten und Schule für Kinder mit Förderbedarf verbessern
- Weiterentwicklung der Frühförderung, um Unterstützung im Alltag zu stärken, beispielsweise durch Absenken bürokratischer Hürden, niedrigschwellige Beratungsmöglichkeiten für Eltern, interdisziplinäre

Zusammenarbeit und Verzahnung unter anderem mit den Leistungen der mit frühen Hilfen

- Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Bezahlung für Kindertagespflege (Tagesmütter/-väter)

- Förderprogramme für Kochen vor Ort sowie gemeinsame Strategie mit Caterern und Trägern mit dem Ziel, gesundes und bezahlbares Essen mit möglichst hohem Anteil an regionalem Bio in Kindergärten anzubieten

Schule: kooperativ und vielfältig für die Herausforderungen von morgen

Schulen sind für uns Orte der persönlichen Entwicklung, der Bildungsfreiräume und des gemeinsamen Erlernens und Erlebens von Demokratie. Wir haben den Anspruch, dass Schulen den individuellen Bedürfnissen von Kindern gerecht werden und Persönlichkeitsentfaltung und die Förderung der individuellen Fähigkeit im Mittelpunkt stehen müssen. Die Schule muss Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Wir müssen für die Schulen Thüringens Bedingungen schaffen, damit sie vielfältig, kooperativ und digital aufgestellt sind.

Das Kernstück der Schulen bilden neben den Schüler*innen die Pädagog*innen. Viele von ihnen fühlen sich überlastet und sind frustriert. Um hier voranzukommen, müssen wir uns auch die Frage stellen, wie eine zeitgemäße, praxisorientierte Lehramtsausbildung und ein modernes Bild von der Rolle der Lehrer*innen aussehen sollen. Mit einer Lehrkraft je Klasse sind die vielfältigen Herausforderungen kaum zu schaffen, weswegen wir auf Teamteaching und multiprofessionelle Teams setzen: Lehrkräfte, Erzieher*innen sowie sonder- und sozialpädagogische Fachkräfte, die sich während des Unterrichts gemeinsam um die Bedürfnisse in der Klasse kümmern. Davon profitieren alle. So wird Inklusion viel besser umsetzbar.

Außerdem müssen unsere Schulen echte Chancengerechtigkeit bieten und soziale Gerechtigkeit fördern. Gemeinsames Lernen ist dafür ein passender Ansatz. Dafür müssen wir weg vom stark selektierenden Schulsystem hin zum längeren gemeinsamen Lernen. Schule sollte die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden und eine Achtung der Menschenwürde, die Verantwortung für das Gemeinwesen, Solidarität, Toleranz und Gleichberechtigung vermitteln. Und sie muss auf die Anforderungen von morgen vorbereiten – mit einem ganzheitlichen Ansatz aus Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, digital gestützter und lebenspraktischer Bildung. Dabei setzen wir auf ein vielfältiges Schulsystem und unterstützen die freien Schulen genauso, wie wir die staatliche Schulen unterstützen.

Schule sozial gerecht und inklusiv

- Landesweiter Ausbau der Gemeinschafts- und Ganztagsschulen mit dem Ziel, längeres gemeinsames Lernen zum neuen Standard zu machen
- Fokus auf individuelle Förderung und Persönlichkeitsentwicklung
- Förderprogramme zum Ausgleich von Benachteiligungen gemeinsam mit außerschulischen Partner*innen stärken und ausbauen
- Angebote der Schulsozialarbeit an jeder Schule gewährleisten, Stärkung der Schulpsychologie
- Reduktion der zu hohen Zahl der Schulabbrecher*innen ohne Abschluss unter anderem durch Praxisklassen, mehr Schulsozialarbeit und Teamteaching sowie spezifische Angebote der Jugendhilfe
- Stärkung und Ausbau der Sprachförderung, unter anderem durch Ausbau der Kapazitäten für „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ)
- Umsetzung des Rechtsanspruchs auf individuelle Förderung und auf gemeinsames Lernen sowie Verbesserung der Bedingungen für einen inklusiven Unterricht mit dem Ziel, den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung von Anfang an zu ermöglichen
- Mehr sonderpädagogische Förderung in allen Schulformen, aber besonders im Grundschulbereich einsetzen
- Konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Thüringer Entwicklungsplans Inklusion
- Perspektivisch Einführung von multiprofessionellen Teams, das heißt flächendeckendes Zweipädagogensystem im Grundschulbereich sowie sozialpädagogisches Teamteaching
- Einbindung der Erzieher*innen in den Unterricht und Ganztagsangebote der Grundschule (gebundener Ganztag)
- Ermöglichung von Vollzeitbeschäftigung für Erzieher*innen
- Perspektivisch umfassende Lernmittelfreiheit und kostenlose Beförderung zur Schule, um Eltern finanziell zu entlasten
- Weitere Unterstützung der freien Schulen und der schulischen Vielfalt als wichtige Säule der Thüringer Bildungslandschaft

Schulen & Lehrkräfte stärken

- Schulstandort Thüringen für Lehrer*innen attraktiver machen, unter anderem durch gute Arbeitsbedingungen, attraktive Aufstiegsmöglichkeiten, durchschnittlich kleine Klassenstärken sowie Entlastung durch

multiprofessionelle Teams und pädagogische Assistenzen insbesondere in Schulen mit besonderen Herausforderungen

- Sicherstellung des Unterrichts durch 110-prozentige Personalausstattung (Vertretungsreserve), um Krankheitsausfälle, Fortbildungen und unbesetzte Stellen zeitweise auszugleichen
- Einstellungsverfahren weiterhin beschleunigen und Qualifizierungsprogramme für Seiteneinsteiger*innen individualisieren und professionalisieren
- Vollständige Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit für Lehrkräfte (Umsetzung des EuGH-Urteils) umsetzen und stärker auf Gesundheitsschutz der Lehrkräfte achten
- Reform der Lehramtsausbildung mit Fokus auf pädagogischen Alltag: auf schulstufenbezogene Ausbildung umstellen, Ausbildung zu Inklusion und Sonderpädagogik stärker verankern, pädagogische und praxisbezogene Komponenten im Studium deutlich stärken und Ausbildung in Querschnittsthemen wie Medienbildung, politische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung verbessern
- Abbruchquoten des Studiums verringern durch Ausbau der Studienberatung und Überprüfung der Angemessenheit der fachspezifischen Anforderungen
- Zahl der Studienplätze für Lehramt in Thüringen bedarfsgerecht erhöhen und Hürden beim Zugang zum Lehramtsstudium abbauen
- Bessere Betreuung während des Referendariats und im Berufseinstieg (Vorbereitungsdienst)
- Verbesserungen bei Bausubstanz und Ausstattung der Schulen voranbringen, um mehr Raum für individuelle und inklusive Förderung, alternative Lernformen sowie Barrierefreiheit zu schaffen
- Qualitätsoffensive mit durchgängigem Konzept von Qualitätsentwicklung und -sicherung sowie Erstellung eines Orientierungsrahmens Schulqualität mit externer und interner Evaluation, Einführung eines Qualitätsmanagements für jede Schule
- Sofortprogramm „Eigenständige Schule 2035“: Ressourcen an Schulen schaffen, um Weiterentwicklung zu ermöglichen, unter anderem durch unbürokratische schuleigene Budgets, größere eigene Entscheidungsmöglichkeiten bei Personalauswahl und Fortbildung,

Bürokratieabbau, Stärkung und Weiterbildung der Schulleitungen und flächendeckende Einführung von Verwaltungsassistent*innen

- Stärkung der kommunalen Schulträger als Verantwortungsgemeinschaft mit dem Land
- Förderung der Kooperation von Schulstandorten, um auch kleine Schulen im ländlichen Raum zu erhalten
- Unterstützung von Schulküchen und gemeinsame Strategie mit Caterern, um vielfältige, qualitativ hochwertige und regionale Mittagsversorgung möglichst aus regionalen Bio-Lebensmitteln zu ermöglichen

Zeitgemäßer Unterricht für die Herausforderungen von morgen

- Individuelle Förderung vor Noten und Leistungsdruck
- Abschaffung der Noten im ersten Schritt in den musischen, künstlerischen und sportlichen Fächern, stattdessen schriftliche Bewertung
- Besondere Leistungsfeststellung (BLF) abschaffen und Erwerb des mittleren Schulabschlusses (mittlere Reife) mit Versetzung in die 11. Klasse umsetzen
- Alternativen zu Hausaufgaben entwickeln und Aufgabenfülle reduzieren
- Abschaffen des „Sitzenbleibens“, stattdessen gezielte Unterstützung der gefährdeten Schüler*innen
- Stärkerer Fokus auf Erlernen von Kompetenzen, Methoden und Selbstorganisation
- Weg von starrem Fächerdenken hin zu fächerübergreifenden Ansätzen
- Überarbeitung der Stundentafel und Rahmenlehrplänen hin zu zeitgemäßem Fächerangebot mit Wahlpflichtfächern, fächerübergreifender Orientierung

auf Lebenswelt und Alltagskompetenz, beispielsweise mentale Gesundheit, gesunde Ernährung und kritisches Denken

- Ausbau der Angebote für Medienbildung und Informatik auch in Grundschulen
- Stärkung des Lernens außerhalb des Schulgebäudes sowie Ausbau des handwerklichen und praxisorientierten Lernens durch zusätzliche Wahlpflichtangebote (Lokale Praxis-Netzwerke)
- Frühzeitige Berufsorientierung gemeinsam mit außerschulischen Praxispartnern weiter ausbauen und verpflichtend regeln
- Demokratielernen stärken durch mehr Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechte von Schüler*innen
- Förderung der politischen und Demokratiebildung durch Verankerung als Leitkonzept in jeder Schule
- Menschenrechtsorientierte historisch-politische Bildung als wichtiges Instrument gegen Rechtsextremismus etablieren, u. a. durch Verankerung von Antidiskriminierung, Kolonialgeschichte und Perspektiven marginalisierter Gruppen im Lehrplan und höherer Stellenwert für gesellschaftswissenschaftliche Fächer
- Überprüfung der Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende und rassistische Inhalte (siehe Kapitel Gleichstellung)
- Rolle der „Vertrauenslehrer*innen“ weiterentwickeln zu „Schulbeauftragten für Antidiskriminierung, Vielfalt und Empowerment“ (SAVE-Beauftragte)
- Erstellung einer verbindlichen schulischen und außerschulischen Landesstrategie „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE) inklusive Förderprogramm für Kooperationen mit außerschulischen Bildungsträgern
- Weiterentwicklung der fächerübergreifenden Bildung für nachhaltige Entwicklung durch Verankerung in den Lehrplänen und Umsetzung der UNESCO-Roadmap für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE 2030)
- Ergänzung der Fächer Ethik und Religionen um ein Dialogmodul für alle Schüler*innen, enge inhaltliche und organisatorische Verzahnung der Fächer zum Beispiel durch gemeinsame Projekte, um Wissen und Verständnis gegenüber anderen Weltanschauungen zu vermitteln (siehe Kapitel Religion)
- Angebot von hybriden Religionsunterrichtsmodulen auch für Schüler*innen weiterer Religionsgemeinschaften (z.B. für jüdische und muslimische Schüler*innen)

Schule digital und vernetzt

- Digitale und datenschutzkonforme Lernmöglichkeiten und -angebote ausbauen und pädagogische Inhalte daran anpassen
- Gewährleisten, dass jedes Kind in der Schule mit einem digitalen Endgerät arbeiten kann
- Lehrer*innenbildung auf digitale Herausforderungen ausrichten
- Stärkung der landespolitischen Verantwortung in der Digitalisierung der Schulen, unter anderem durch gezielte Investitionen in die digitale Infrastruktur, in digitale Medien und Werkzeuge
- Stärkung der Kommunen als Schulträger bei der Digitalisierung, unter anderem durch Weiterentwicklung der kommunalen Medienzentren zu leistungsfähigen IT-Dienstleistern für den Schulbereich, finanzielle Unterstützung bei Einstellung gut qualifizierter IT-Mitarbeiter*innen sowie bei Beschaffung und Betrieb der notwendigen Hard- und Software (siehe Kapitel Digitale Bildung)
- Einführung einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware
- Kein pauschales Smartphoneverbot an Schulen, stattdessen Schüler*innen demokratisch einbeziehen
- Thüringer Schulcloud weiterentwickeln (z.B. datenschutzkonformen Messengerdienst und Zugriffsmöglichkeiten für Kooperationspartner*innen von Schule)

Berufsausbildung: Strukturen sichern, Bedingungen verbessern

Die Fachkräfte von morgen benötigen heute eine gute und moderne Ausbildung. Damit sich auch in Zukunft mehr junge Menschen für eine Ausbildung entscheiden, müssen die Bedingungen hierfür deutlich verbessert und die Attraktivität gesteigert werden. Entscheidend ist dafür auch, den Auszubildenden auf Augenhöhe zu begegnen und ihre Rechte und Bedürfnisse ernst zu nehmen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Festschreibung einer Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung im ersten Lehrjahr
- Kopplung von staatlicher Ausbildungsförderung an tarifliche Ausbildungsvergütung
- Lernmittelfreiheit für Auszubildende und Kostenübernahme für Internats- und Wohnheimplätze einführen
- Ausreichend Übernachtungsmöglichkeiten am Berufsschulstandort sichern und an den öffentlichen Nahverkehr gewährleisten
- Gleiche Vergünstigungen für Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende
- Echte Lehrgeldfreiheit für alle Ausbildungsberufe
- Stärkung der dualen Ausbildung durch mehr und bessere überbetriebliche Praxisanteile
- Unterjährigen Beginn einer dualen Ausbildung ermöglichen
- Stärkung der Mitbestimmungsstrukturen und -projekte für Auszubildende
- Einrichtung eines Azubi-Werkes nach Vorbild von Studierendenwerken
- Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsurlaub während der Ausbildung
- Ausbau der Angebote zur Teilzeitausbildung
- Zugang zum Studium für ausgebildete Handwerker*innen vereinfachen und Übergangswege zwischen technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen und dem Handwerk schaffen
- Frühzeitige und praxisnahe Berufsorientierung und Schullaufberatung zum Standard machen (siehe Kapitel Schule)
- Ausbildung im Verbund durch einen Zusammenschluss von mehreren Unternehmen sowie modulare Ausbildung ermöglichen
- Keine Verpflichtungserklärungen und Ablösezahlungen bei Abbruch der Ausbildung oder Wechsel des Unternehmens
- Konsequente Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes während der Ausbildung
- Berufsschulen vor allem im ländlichen Raum stärken, unter anderem durch transparente und gesetzlich festgelegte Kriterien für

Berufsschulnetzplanung und Erhalt des Berufsschulangebots verteilt auf ganz Thüringen, möglichst ein Standort pro Landkreis

- Perspektivisch Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte zu berufsspezifischen Fach- und Kompetenzzentren
- Weiterentwicklung von Lerninhalten mit Fokus auf Klimaschutz, Regionalisierung, Digitalisierung und Automatisierung
- Förderung des Wissenstransfers zwischen Hoch- und Berufsschulen
- Antidiskriminierungsarbeit an Berufsschulen intensivieren, unter anderem durch verpflichtende Weiterbildungen der Lehrkräfte
- Stärkerer Fokus auf Integration, bedarfsgerechte Förderung in Deutsch-als-Zweitsprache (DaZ)

Erwachsenenbildung: Lebenslanges Lernen gehört dazu

Mit der abgeschlossenen Berufsausbildung oder dem Hochschulabschluss endet das Lernen nicht.

Fort- und Weiterbildung ist deshalb die vierte Säule in der Bildung und in schnelllebigen Zeiten wie heute für uns unerlässlich. Mit dem Bildungsfreistellungsgesetz sowie einer besseren finanziellen Ausstattung von Volkshochschulen und freien Trägern der Erwachsenenbildung haben wir BÜNDNISGRÜNE in der Regierungsbeteiligung diese Säule bereits gestärkt. Diesen Kurs hin zu einer vielfältigen, wohnortnahen Bildungslandschaft für Erwachsene mit breiten, kostengünstigen Angeboten werden wir auch in Zukunft beibehalten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Erstellung einer landesweiten Strategie für politische Erwachsenenbildung
- Stärkung der Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, digitalen und kulturellen Bildung in der Erwachsenenbildung
- Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenzen weiter fördern
- Einführung einer mehrjährigen Förderung für Träger der politischen Erwachsenenbildung
- Härtefallfonds zur Kostenübernahme für Menschen mit geringem Einkommen oder Sozialleistungsbezug
- Alphabetisierungsprogramme der VHS aufstocken und mehr Kooperationen mit Unternehmen
- Kurse für Deutsch als Zweitsprache stärken und berufsbegleitende DaZ-Kurse anbieten

Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 5. Wir stärken Hochschulen und Wissenschaft in Innovation und Vielfalt

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stärken Hochschulen und Wissenschaft in Innovation und Vielfalt

Thüringen verfügt über eine innovative und vielfältige Wissenschafts- und Hochschullandschaft. Sie spielt nicht nur durch die Qualifizierung junger Menschen, sondern auch durch die Entwicklung von Forschung und Transfer sowie die Gründung neuer Unternehmen und nicht zuletzt als Arbeitgeber eine gewichtige Rolle für den Freistaat. Und dort setzen wir an: Wir wollen Thüringens Attraktivität für Studierende und gute Arbeitsbedingungen für die in der Wissenschaft Beschäftigten sowie das Innovationspotenzial der Hochschulen auch in Zukunft weiter ausbauen. Dafür braucht es eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen, sichere sowie faire Arbeitsbedingungen, qualitativ hochwertige Studienbedingungen und eine Kultur der Offenheit und Demokratie in allen Institutionen der Forschung und Lehre in Thüringen. Dies sind für uns die Grundlagen einer inspirierenden und zukunftsfähigen Lehr- und Lernumgebung. Sie sorgen auch dafür, dass engagierte Wissenschaftler*innen nach Thüringen kommen, hierbleiben und damit Qualität und Innovationspotenzial von Forschung und Lehre an Thüringens Hochschulen dauerhaft sichern.

Unter unserer Regierungsbeteiligung wurde die Erhöhung der jährlichen Mittelsteigerungen von einem auf vier Prozent erreicht. Dies war ein erster wichtiger Schritt, um die Möglichkeiten für Forschende und Studierende durch eine stabile Grundfinanzierung zu erweitern. Eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen muss jedoch in Anbetracht der sprunghaft gestiegenen Inflation sowie hohen Energie- und Baukosten weiterhin sichergestellt werden. Auch stärkt das unter Rot-Rot-Grün auf den Weg gebrachte Hochschulgesetz die demokratischen Strukturen, die Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Autonomie der Hochschulen. Diese Hochschulautonomie auch zukünftig zu sichern und zu stärken ist für uns besonders wichtig.
Das Studierendenwerk kann dank besserer finanzieller Ausstattung seine Aufgaben von Wohnheimen über Mensen bis zu Beratungsangeboten besser erfüllen. Auch hier gilt es genauso, die Finanzierung nachhaltig der veränderten Situation anzupassen, damit gestiegene Kosten nicht den Studierenden aufgebürdet werden müssen.

Um Thüringen als Wissenschaftsstandort weiter zukunftsfest zu machen, bleibt noch viel zu tun. Hierzu wollen wir unter anderem zeitnah eine Evaluierung des Thüringer Hochschulgesetzes auf den Weg bringen und es im Sinne der nachfolgenden Zielrichtungen weiterentwickeln.

Kernziele:

- Hochschulen sozial gerechter gestalten
- Umsetzung der Strukturentwicklung 2030+ voranbringen und verlässliche Finanzierung sichern
- Vielfalt, demokratische Beteiligung und Antidiskriminierung an Hochschulen stärken
- Arbeitsbedingungen für Mittelbau, studentische Beschäftigte und Verwaltungsmitarbeiter*innen deutlich verbessern, unter anderem durch Tarifverträge

Hürden abbauen und Bildungsgerechtigkeit schaffen

Immer mehr Menschen entscheiden sich in den unterschiedlichsten Lebenssituationen für ein Studium. Doch der Zugang zu einer Hochschule ist auch heutzutage noch immer von strukturellen sozialen Faktoren abhängig. Es sind besonders die Menschen benachteiligt, die ihren Abschluss über den zweiten Bildungsweg gemacht haben, deren Eltern nicht studiert haben oder die einen migrantischen Hintergrund haben. Zu häufig ist die Möglichkeit, ein Studium aufnehmen zu können, noch an den Geldbeutel der Eltern gekoppelt. Das wollen wir ändern. Denn wir finden: Es kommt auf das Potenzial der Menschen an, nicht auf ihre Herkunft.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Durchlässigkeit des Bildungssystems weiter erhöhen, unter anderem durch Abbau von Hürden und formeller Anforderungen im Zugang zum Studium für beruflich Qualifizierte ohne Abitur
- Belegung von universitären Studiengängen mit Fachhochschulreife ermöglichen, Ausbau der beratenden und begleitenden Angebote wie Orientierungsstudiengänge und Einführungskurse
- Betreuung von Studierenden und Promovierenden weiter verbessern durch Weiterentwicklung der Strukturentwicklungspläne
- Eigenständiges Promotionsrecht für Fachhochschulen einführen, dafür Fachhochschulen besser finanziell ausstatten
- Weitere Stärkung der Eignung als Zulassungskriterium
- Ausbau der Kapazitäten der Dualen Hochschule Gera-Eisenach
- Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung während des dualen Studiums
- Bessere Förderung von Teilzeitstudien und berufsbegleitenden Studiengängen
- Keine Ausnahmen bei der Studiengebührenfreiheit, Langzeitstudiengebühren abschaffen
- Einrichtung eines Fonds beim Studierendenwerk Thüringen zur Bezuschussung von studienbezogenen Auslandsaufenhalten außerhalb von Erasmus+
- Bessere Unterstützung von Studierenden, deren Eltern selbst nicht studiert haben, um die Zahl der Studienabbrecher*innen zu reduzieren
- Weiterhin angemessene finanzielle Ausstattung des Studierendenwerkes und Ausbau von sozialen Angeboten wie Kinderbetreuung und psychosoziale Beratung, aber auch „Wohnen für Hilfe“
- Günstigen Wohnraum insbesondere für Studierende schaffen, Vorbildfunktion des Studierendenwerks beim ökologischen Bauen stärken
- Erweiterung des Anteils der Studierenden im Verwaltungsrat des Studierendenwerks
- Unterstützung der regionalen, fairen und Bio-Essensversorgung in den Mensen und Erhöhung des veganen Angebots bei weiterhin fairen Preisen

Verlässliche Finanzierung der Hochschulen

Unsere Hochschulen und dualen Ausbildungsstätten brauchen eine verlässliche Finanzierung. Einen ersten Schritt sind wir hier bereits gegangen – mit der Verbesserung der Grundfinanzierung. Die Verstetigung des Hochschulpakts im Zukunftsvertrag Studium und Lehre muss nun im nächsten Schritt zu einer nachhaltigen Steigerung der Qualität des Studiums führen. Um die Thüringer Hochschullandschaft zukunftsfest aufzustellen, müssen auf der Grundlage der

Empfehlungen der AG 2030+ Strategien und Konzepte erarbeitet werden, wie beispielsweise Kooperationen gestärkt und Synergieeffekte genutzt werden können.

Eine breit aufgestellte Wissenschaft ist uns wichtig. Eine Fokussierung in der Hochschulfinanzierung auf Elite-Forschung lehnen wir daher ab. Wir wollen Spitzenforschung ermöglichen, ohne die Hochschulen gegeneinander auszuspielen. Die Grundfinanzierung wollen wir weiter ausbauen und die Autonomie der Hochschulen stärken. Drittmittel ersetzen nicht die Verantwortung des Landes, die Hochschulen auskömmlich zu finanzieren. Stattdessen wollen wir einer Ökonomisierung der Hochschulen entgegenwirken.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Weitere Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen, um Ökonomisierung entgegenzuwirken und Drittmittelabhängigkeit zu reduzieren
- Strategien zur Strukturentwicklung der Thüringer Hochschullandschaft erarbeiten
- Investitionen in Infrastruktur, Instandhaltung und Renovierung zur CO2-Reduzierung stärker unterstützen
- Transparenz bei Drittmitteln erhöhen, unter anderem durch Veröffentlichung von Förderzweck, sowie Stärkung der sozial-ökologischen Kriterien in der entsprechenden Drittmittel-Richtlinie
- Unterstützung der Hochschulen bei der Erstellung von Kontrollmechanismen bei Drittmittelförderung und Stiftungsprofessuren
- Stärkung von Aspekten wie faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und soziale wie ökologische Nachhaltigkeit in Zielvereinbarungen statt Regelstudienzeit und Erstsemesterzahlen

Demokratische Hochschulstrukturen und Diversität

Wissenschaft und Forschung brauchen Freiheit, um Forschungsideen zu erproben oder Grenzen der Disziplinen auszuloten. Garanten dieser Freiheit sind Autonomie, Selbstverwaltung sowie eine demokratische Verfasstheit der Hochschulen. Sie erlauben die demokratische Mitgestaltung durch alle Hochschulangehörigen und schützen die Wissenschaft vor unzulässiger Einmischung von außen. Sie gewährleisten aber auch eine demokratische Hochschule, an der sich alle wohl- und ernst genommen fühlen. Schon längst ist es nicht mehr zeitgemäß, einzelnen Statusgruppen deutlich mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zuzugestehen als anderen. Stattdessen setzen wir auf eine Hochschulstruktur, die vielfältig, kooperativ und hierarchiearm auch Studierende stärker in Entscheidungen einbezieht.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Herstellung der paritätischen Mitbestimmung aller anerkannter Statusgruppen
- Hochschulräte abschaffen und paritätisch besetzte Studienkommissionen einführen
- Möglichkeit studentischer Vizepräsidentschaften an Hochschulen ausbauen
- Allgemeinpolitisches statt ausschließlich hochschulpolitisches Mandat für die verfassten Studierendenschaften ermöglichen
- Vertretungsmöglichkeiten und Selbstverwaltungsstrukturen für Promovierende und Post-Docs stärken
- Zulassung von politischen Hochschulgruppen an allen Thüringer Hochschulen
- Ausbau von Antidiskriminierungsstrategien an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen, strukturelle Unabhängigkeit der AGG-Beschwerdestellen und Erweiterung im Sinne wissenschaftlicher Accountability, Gewährleistung von Barrierefreiheit, Einrichtung von Mentoring-Programmen
- Steigerung des Anteils von Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Personen in Statusgruppenvertretungen und bei der Neubesetzung von Stellen für Professor*innen, insbesondere in MINT-Fächern
- Stärkung des Netzwerkes Diversität der Thüringer Hochschulen, Evaluierung der Diversitätsbeauftragen- und räte sowie rechtliche und strukturelle Stärkung der Beauftragten und Diversitätsarbeit
- Stärkung der Fachhochschule der Polizei in Meiningen durch eigenständige Rechtsfähigkeit und Angliederung an Wissenschaftsministerium

Arbeitsbedingungen an Hochschulen dauerhaft verbessern

Herausragende Forschung basiert auf sicheren, fairen und attraktiven Arbeitsbedingungen. Unseren Hochschulen fehlt es jedoch deutlich an Perspektiven für den akademischen Nachwuchs. Ursache dafür sind unattraktive Arbeitsbedingungen mit steilen Machtgefällen und hoher Arbeitsbelastung sowie der Mangel an Zukunftssicherheit und Planbarkeit. Befristungen, Kurzzeitverträge mit unsicheren Anschlussfinanzierungen, halbe und Viertelstellen mit voller Arbeitsbelastung und geringer Bezahlung müssen der Vergangenheit angehören, damit sich mehr Menschen für eine Beschäftigung an der Hochschule statt in der Wirtschaft entscheiden.

Unser Ziel: Wir sehen die Lösung in einer besseren Finanzierung, aber auch bei einer besseren Organisation wissenschaftlicher Arbeit.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Unterstützung der Einführung kollegialer Departmentstrukturen mit flachen Hierarchien
- Verankerung einer Befristungshöchstqoute mit individuellen Steigerungszielen für die jeweiligen Hochschulen
- Mehr Dauerstellen unterhalb der Professur und längere Laufzeit von Qualifikationsstellen
- Unterschiedliche Karrierepfade in die Wissenschaft schaffen, Habilitation unter anderem hin zu einheitlichen Qualitätsstandards und klaren Kriterien reformieren und Juniorprofessuren mit Tenure-Track vermehrt anbieten
- Umstellung der Landesgraduiertenförderung auf Promotionsstellen mit einem Umfang von mindestens 65 Prozent einer Vollzeitstelle
- Personal-Kategorien ins Hochschulgesetz einführen mit dem Ziel, neue Tenure-Dauerstellen neben der Professur zu schaffen (beispielsweise Lecturer, Researcher, Manager)
- Anpassung der Gehaltsstufen von Professuren an Thüringer Hochschulen an das bundesweite Gehaltsniveau
- Bezahlung von Lehrbeauftragten und Assistenzen entsprechend ihren tatsächlichen Leistungen
- Tarifliche Absicherung von studentischen und wissenschaftlichen sowie künstlerischen Assistenzen (TV Stud) inklusive höherer Löhne mit Anbindung an Lohnsteigerung des Tarifvertrags, Mindestvertragslaufzeiten und Lohnfortzahlung bei Krankheit
- Unsichtbare Arbeit wie das nicht finanzierte Schreiben von Anträgen verhindern
- Hochschulen bei Kodizes für faire Arbeitsbedingen – angelehnt an den Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ – unterstützen

Vielfalt und Verantwortung in Forschung und Digitalisierung

Moderne Forschung ist nicht nur breit aufgestellt. Sie zeichnet sich auch aus durch ein hohes Maß an ethischem Bewusstsein, einen Fokus auf Zukunftsfragen und die Durchlässigkeit in die Gesellschaft. Daher wollen wir nicht nur Tierversuche reduzieren und Zusammenarbeit mit dem Militär ausschließen, sondern die öffentliche Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen sicherstellen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine Stärkung der Vielfalt der Forschung sowie eine Sicherung der sogenannten Kleinen Fächer
- Etablierung einer feministischen Wissenschaftspolitik mit dem Ziel, den hochschulinternen Mitteleinsatz neu auszurichten und mehr Diversität sowohl in den Forschungsteams als auch in den -inhalten zu erreichen
- Mehr ergebnisoffene Forschungsvorhaben
- Besondere Förderung der Erforschung zentraler Zukunftsfragen der Menschheit, zum Beispiel Klimaschutz, Biodiversität oder Postwachstumsgesellschaft
- Reduktion, Ersatz und langfristig Abschaffung von Tierversuchen nach dem 3R-Prinzip (Replace = Ersetzen, Reduce = Verringern, Refine = Verbessern)
- Förderung von Tierversuchsalternativen und Bereitstellung eines Innovationsbudgets
- Ermöglichung des Studiums ohne Tierversuche
- Genehmigung von Tierversuchen an strengere Kriterien, Kontrollen und die Forschung zu Alternativen knüpfen sowie Offenlegung aller Ergebnisse
- Verankerung einer Zivilklausel in der Landesverfassung, um Zusammenarbeit von Hochschulen und Rüstungsproduzenten und mit dem militärischen Komplex auszuschließen
- Freien Zugang zu Forschungsergebnissen garantieren u. a. durch Open-Access-Publikationen und ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht
- Investitionen in digitale Infrastruktur für beispielsweise Drahtlosnetzwerke, Cloud-Speicher oder Hochleistungsrechner absichern und ermöglichen
- Studierende und wissenschaftliches Personal im Umgang mit Künstlicher Intelligenz schulen, Digitalkompetenzen stärken und hochschulspezifische ethische Leitlinien zum Umgang mit KI entwickeln

Hochschulen als Teil von lebenswerten Kommunen

Hochschulen haben eine hohe Bedeutung für die Stadt, in der sie angesiedelt sind. Sie sind ein Magnet für Studierende und Forschende, für Innovation und gesellschaftliche Vielfalt. Sie sind ein Türöffner für Zuzug, Zuwanderung sowie Innovation. Besonders gut gelingen die Vernetzung und die Nutzung dieser Potentiale, wenn Kommunen bewusst gute Rahmenbedingungen schaffen – damit Studierende und Forschende gern dort leben und bleiben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Unterstützung der Kommunen bei der Investitionen in Internationalisierung und Digitalisierung, um als Standort für Absolvent*innen und Ausgründungen attraktiv zu sein
- Kommunale Standortentwicklungsstrategien evaluieren und als Hochschulstandortentwicklungsprogramm festschreiben
- Gemeinsam mit den Kommunen Entwicklung und Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verbesserung der Standortfaktoren gemäß der Strukturentwicklungsplanung der Hochschulen

Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 6. Wir sorgen für gut bezahlte und inklusive Arbeit

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir sorgen für gut bezahlte und inklusive Arbeit

Arbeit ist mehr als nur Mittel zum Zweck, um den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Sie schafft Mehrwerte und sichert unsere gesellschaftliche Existenz, Arbeit schafft Integration, Sinnstiftung und bestenfalls auch persönliche Mehrwerte. Doch dafür braucht es gute Jobs mit attraktiven Bedingungen und fairen Löhnen.

Eine moderne Arbeitswelt zeichnet sich unter anderem aus durch sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze, Vereinbarkeit mit dem Familienleben und faire Vergütung, am besten tarifgebunden. Weiterbildung, Nachhaltigkeit und Gesundheitsförderung müssen selbstverständlich dazugehören. Diese erreichen wir nur, wenn Unternehmen zukunftsfähige Geschäftsmodelle haben, gut organisiert und solide aufgestellt sind. Wir setzen auf Weitsicht und ein verantwortungsvolles Miteinander von Unternehmer*innen und Belegschaften. Lebendige Betriebsräte und starke Gewerkschaften garantieren die betriebliche Mitbestimmung, wahren die Interessen der Arbeitnehmer*innen und sind zudem wertvolle Partner*innen für Arbeitgeber*innen. Tarifbindung ist kein Ballast, sondern eine große Chance und trägt zur Fachkräftesicherung bei – denn tarifgebundene Arbeitgeber*innen sind immer auch attraktive Arbeitgeber*innen. Daher ist auch das Land in der Pflicht, weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung umzusetzen, wie beispielsweise darauf hinzuwirken, dass Landeszuschüsse wo sinnvoll sukzessive an die Anwendung von Tarifverträgen gekoppelt werden.

Doch es geht um mehr als Geld. Auch der Arbeitswelt steht ein Wandel bevor, der durch Digitalisierung und ökologische Transformation, aber auch den demografischen Umbruch geprägt ist. Nur gemeinsam können Arbeitgeber*innen und Beschäftigte diesen Wandel produktiv und gewinnbringend für alle gestalten.

Der Anteil der Geringverdiener*innen ist in Thüringen überdurchschnittlich hoch. Durch den höheren Mindestlohn hat sich das Lohnniveau zwar schon deutlich verbessert. Klar ist aber auch, dass wir in Thüringen vor allem zukunftsfeste Branchen mit einem höheren Lohnniveau brauchen, um die Abkehr vom Billiglohnland zu einem innovativen Wirtschaftsstandort zu schaffen.

Die Zukunft ist sozial und ökologisch. Vor unserer Gesellschaft liegt ein zwingend notwendiger Strukturwandel, der auch die Arbeitswelt umfasst. Es ist unser Anspruch, diesen Wandel in Zusammenarbeit zu gestalten - Politik, Wirtschaft und Handwerk, Beschäftigte, Sozialverbände und Gewerkschaften, Arbeitsagenturen und Kammern.

Kernziele:

- Thüringen zu einem innovativen Wirtschaftsstandort mit attraktiven Arbeitsbedingungen entwickeln
- Unterstützung der Sozialpartner*innen bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung der Tarifbindung
- Unterstützung der betrieblichen Weiterbildung und des Gesundheitsschutzes
- Gezielte Unterstützung für am Arbeitsmarkt diskriminierte Gruppen
- Umsetzung des Rechts auf Arbeit für Menschen mit Behinderung

Zukunftsfeste Jobs für attraktive Arbeitsbedingungen

Unsere Arbeitswelt ist durch eine zunehmende Verdichtung von Arbeit, Digitalisierung und Automation bei gleichzeitigem Fachkräftemangel geprägt. Wir sehen, dass die damit verbundenen Herausforderungen für Unternehmen, aber auch Arbeitnehmer*innen groß sind, und wollen sie aktiv bei der Lösung unterstützen. Dazu gehört für uns auch einen Strukturwandel hin zu einem innovativen und zukunftsfesten Wirtschaftsstandort Thüringen, der durch hochwertige Jobs, gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne garantiert.

Bis zum Jahr 2040 gehen uns mehr als 100.000 Arbeitnehmer*innen durch den Renteneintritt verloren. Zuwanderung ist deshalb ein Ansatz, kann diesen Verlust aber nicht ausgleichen. Daher müssen Arbeitgeber*innen gemeinsam mit den Beschäftigten kluge Lösungen für die Zukunft erarbeiten – um auch mit weniger Arbeitskräften auskommen zu können. Digitalisierung, Automatisierung und besserer Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen spielen dabei eine große Rolle.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Förderung einer modernen Arbeitswelt mit sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Unterstützung zukunftsfähiger Branchen
- Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung und zum Anstieg des Lohnniveaus unterstützen
- Ausweitung des Landesvergabegesetzes auf die kommunale Ebene und Erhöhung des vergabespezifischen Mindestlohns
- Unterstützung bei der Entwicklung moderner, familienfreundlicher Arbeitsansätze
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken durch Unterstützung von flexibleren Arbeitszeiten, Anpassung der Wochenarbeitszeiten, Recht auf

mobiles Arbeiten und Maßnahmen zur Senkung der Arbeitsbelastung (siehe Kapitel Familie)

- Kopplung von jeglichen Zuschüssen und Fördergeldern des Landes an Tarifbindung des Empfängers
- Förderung der kollegialen Zusammenarbeit von Arbeitnehmer*innenvertretung und Arbeitgeber*innen auf Augenhöhe und Stärkung der Sozialpartnerschaft
- Schaffung einer landesweiten Arbeitskammer zur besseren Vertretung von Interessen der Arbeitnehmer*innen
- Recht auf Weiterbildung stärken, u.a. mit einer Werbekampagne für das Bildungsfreistellungsgesetz
- Unterstützung und Weiterentwicklung der Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung
- Einführung einer verpflichtenden beruflichen Orientierung in Zusammenarbeit mit Praxispartner*innen (siehe Kapitel Schule)
- Attraktivität des dualen Ausbildungssystems steigern, beispielsweise durch gerechte Entlohnung während der Ausbildung, Mietzuschüsse und die Möglichkeit zur kostenfreien Meisterausbildung (siehe Kapitel Ausbildung)
- Zugewanderten einfacher und schneller Ausbildung und Arbeit ermöglichen und Hürden für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen absenken (siehe Kapitel Wirtschaft)

Teilhabe am Arbeitsmarkt und betrieblicher Gesundheitsschutz

Zu viele Menschen sind in ihrem Zugang zum Arbeitsmarkt immer noch beeinträchtigt. Das wollen wir ändern. Durch gezielte Unterstützung und den Abbau von Hürden möchten wir allen Menschen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Dafür muss unsere Arbeitswelt diskriminierungsfrei werden, sodass niemand beispielsweise aufgrund rassistischer Zuschreibungen, des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung, des Lebensalters oder der sexuellen Ausrichtung benachteiligt wird. Gerade Frauen sind in der Arbeitswelt noch immer diskriminiert. Nicht nur durch sexuelle Belästigung und Sexismus am Arbeitsplatz, sondern auch durch größere Verpflichtungen bei der Fürsorge-Arbeit wie die Betreuung von Kindern oder von pflegebedürftigen Angehörigen. Intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen erleben ebenfalls Vorurteile und Diskriminierung. Dem treten wir entschlossen entgegen.

Arbeit darf nicht krank machen. Die Arbeitskraft der Menschen lange zu erhalten, ist nicht nur für die Arbeitnehmer*innen wichtig, sondern liegt auch im Interesse der Arbeitgeber*innen. Maßnahmen zum betrieblichen Gesundheitsschutz, zur Gesundheitsförderung und zur Prävention unterstützen wir daher auch in Zukunft gezielt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Förderung einer diskriminierungsfreien Arbeitswelt, unter anderem durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz (siehe Kapitel Antidiskriminierung)
- Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Vermeidung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz bei der Gleichstellungsbeauftragten des Landes
- Entwicklung angepasster Arbeitsmarktprogramme für Menschen mit Vermittlungshemmnissen
- Unterstützung bei schnellem (Wieder-)Einstig in den Beruf zum Beispiel für Frauen, ältere Menschen, Eltern nach der Elternzeit
- Förderung von bedarfsgerechten Umschulungsmaßnahmen je nach aktueller Entwicklung des Arbeitsmarktes, besonders für Arbeitnehmer*innen, die in Branchen arbeiten, die besonders von Transformation betroffen sind
- Ausbau der Landesprogramme „Arbeit für Thüringen“ (LAT) und „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“ (ÖGB)
- Vorbildfunktion des Landes als Arbeitgeber ernst nehmen und Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen als Angestellte gezielt stärken, unter anderem durch geschlechtersensible Ausschreibungen, gezielte Erhöhung des Anteils dieser Personen in Führungsebenen und Verbesserung der Vereinbarkeit
- Paritätische Besetzung in Aufsichtsräten, Vorständen und Unternehmen mit Landesbeteiligungen erreichen
- Neuauflage des Lohnatlas, um Lohnungleichheiten aufzudecken
- Entgeltgleichheit als Vergabekriterium im Thüringer Vergabegesetz
- Amt für Arbeitsschutz zu einer Behörde mit umfassender Beratungskompetenz in betrieblichen Gesundheitsfragen weiterentwickeln
- Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes, der Gesundheitsförderung und des Schutzes vor psychischen und physischen Erkrankungen, insbesondere für ältere und vulnerable Arbeitnehmer*innen

Teilhabe am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung haben ein verbrieftes Recht auf Arbeit. Und zwar auf eine Arbeit, die sie frei wählen können und die ihren Fähigkeiten gerecht wird. Menschen mit Behinderung allein in Werkstätten zu verbannen, ist für uns nicht mehr zeitgemäß. Jeder Mensch, ob mit oder ohne Behinderung, verdient eine Chance auf dem Arbeitsmarkt und die Förderung, die er oder sie dafür braucht. Daher richten wir den Fokus auf die Herstellung der nötigen Bedingungen, um das Bundesteilhabegesetz und die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen konsequent umzusetzen.

Davon profitieren alle: Denn über Arbeit kann nicht nur Inklusion gelingen. So können auch Potenziale für Arbeitskräfte gehoben werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Effektive Anreiz- und Unterstützungssysteme für Unternehmen inklusive Arbeits- oder Ausbildungsplätze zu schaffen und Barrieren abzubauen
- Stärkung von Programmen wie das „Budget für Arbeit“ zur Unterstützung bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- Stärkung der unabhängigen Beratung von Menschen mit Behinderung zum Recht auf Arbeit und Möglichkeit, im ersten Arbeitsmarkt zu arbeiten
- Ausbildungsmessen und Ausbildungsevents an Schulen bewusst an Inklusion ausrichten
- Gezielte Informationsveranstaltungen und Beratung für Unternehmen zu Inklusion am Arbeitsplatz und zum Bundesteilhabegesetz
- Förderung der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung
- Gezielte Programme für ältere Menschen mit Behinderung sowie Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Eltern von Kindern mit Behinderung
- Weiterentwicklung der Werkstätten zu Inklusionsunternehmen
- Deutlich höhere Löhne für Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten arbeiten

Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 7. Wir kämpfen gegen Armut, für Teilhabe und Selbstbestimmung

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir kämpfen gegen Armut, für Teilhabe und Selbstbestimmung

Abgesichert sein, wenn es darauf ankommt: Das macht für uns gute Sozialpolitik aus. Es geht aber um mehr als das. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt und wollen allen Menschen in Thüringen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit in allen Bereichen steht für uns daher im Fokus, besonders in der Bildung - damit die Erfolgs- und Bildungschancen nicht von der eigenen Herkunft abhängen.

Sozialpolitik ist für uns dabei ein Querschnittsthema, das überall mitgedacht und betrachtet werden muss. Wir möchten den gesellschaftlichen Zusammenhalt gezielt fördern, Unterstützungsangebote bereitstellen und soziale Teilhabe stärken. Denn jeder Mensch muss selbstbestimmt am öffentlichen Leben teilnehmen können – egal ob mit viel oder wenig Geld, ob mit Behinderung oder ohne, ob jung oder alt. Im Land kämpfen wir deswegen weiter für höhere Löhne und eine bessere Tarifbindung, um das Einkommensniveau in Thüringen zu steigern. Im Bund machen wir uns zusätzlich stark für armutsfeste Sozialleistungen, insbesondere für die Kindergrundsicherung.

Kernziele:

- Stärkung der Selbstbestimmung und der sozialen Teilhabe durch Unterstützungsangebote und Abbau von Barrieren
- Verringerung der sozialen Ungleichheit und Abbau von Armut durch gezielte Entlastungsmaßnahmen sowie höhere Löhne und Sozialleistungen
- Selbstbestimmtes Leben ermöglichen unter anderem durch Bezahlbarkeit und Barrierefreiheit von Wohnen und Mobilität
- Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern

Soziale Teilhabe stärken, Armut abbauen

Unsere Gesellschaft ist stark in ihrer Vielfalt und lebt davon, dass unterschiedliche Menschen sich einbringen. Unser Ziel ist die Verwirklichung eines gesellschaftlichen Leitbildes, nach dem alle Menschen frei und selbstbestimmt sagen können: „Ich gehöre dazu“. Dafür müssen wir sicherstellen, dass jeder Mensch unabhängig vom eigenen Geldbeutel am sozialen Leben teilnehmen kann und als Teil der Gesellschaft wertgeschätzt wird. Die Basis legen wir dafür bereits mit einer sozial gerechten Bildung.

Eine starke Demokratie fußt auf einer gerechten und sozial abgesicherten Gesellschaft ohne Spaltung. Es kann nicht sein, dass in einem so reichen Land wie Deutschland so viele Menschen arm sind – ob durch zu geringe Löhne oder nicht armutsfeste Sozialleistungen. Wir kämpfen daher für höhere Löhne, angemessene Sozialleistungen auf Bundesebene sowie eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung.

Immer mehr Menschen leben in Altersarmut. Dem begegnen wir durch den Einsatz für die Einführung einer echten Garantierente auf Bundesebene. Wir setzen uns außerdem für eine stärkere Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten bei der Rente ein.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Schaffung von notwendigen flächendeckenden Unterstützungsangeboten, um ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen zu ermöglichen
- Bessere Verknüpfung von nachbarschaftlichen mit professionellen Sozial- und Gesundheitsleistungen
- Niedrigschwellige Förderung für Begegnungsorte und weitere Unterstützung der Kommunen bei der Einrichtung von Stadtteilbüros und Bürger*innenzentren
- Unterstützung von Projekten der kommunalen Gemeinwesenarbeit
- Förderung von Sozial- und Bürgergenossenschaften zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts
- Deutliche Aufstockung der Mittel für sozialen Wohnungsbau und Förderung von bezahlbarem Wohnen generell (siehe Kapitel Wohnen)
- Ausbau eines barrierefreien und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehrs mit landesweitem Sozialticket gerade im ländlichen Raum (siehe Kapitel Mobilität)
- Ausbau von Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und Einführung der Lernmittelfreiheit (siehe Kapitel Schule)
- Tafeln in Thüringen finanziell unterstützen
- Unterstützung der Kommunen bei der Verbesserung der sozialen Teilhabe und Verringerung von Armut, insbesondere durch niedrigschwellige Informationsangebote für armutsbetroffene Menschen
- Verbesserung der frühkindlichen Bildung sowie der frühen Hilfen, um schon im Kleinkindalter Chancennachteile abzubauen (siehe Kapitel frühkindliche Bildung)
- Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) weiterentwickeln und ausbauen, unter anderem zur Etablierung des sozialräumlichen Quartiersmanagements (siehe Kapitel Ländliche Räume)

Selbstbestimmung schaffen, Inklusion ermöglichen

Das Recht auf Selbstbestimmung betrifft alle Menschen – mit oder ohne Behinderung oder chronische Erkrankung. Deutschland und auch Thüringen haben noch viel vor sich, um die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und das Bundesteilhabegesetz (BTHG) mit Leben zu füllen. Wir streben eine inklusive Gesellschaft an, in der sich Menschen gleichberechtigt einbringen können. Dafür braucht es viele Veränderungen in den verschiedensten Bereichen des täglichen Lebens. Vor allem müssen endlich die nötigen Finanzmittel bereitstehen, um das Recht auf Teilhabe vollumfänglich zu erfüllen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einführung eines modernen und zukunftsweisenden Inklusionsgesetzes
- Konsequente Umsetzung des Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Förderung des inklusiven Sports, insbesondere des Leistungssports
- Maßnahmen zur verbesserten Möglichkeit der Mandatsausübung auf kommunaler Ebene für Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung
- Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes auch in Thüringen voranbringen und Strukturen der Eingliederungshilfe entsprechend anpassen
- Gezielte Unterstützung des Rechts auf Arbeit und von Programmen für Budget für Arbeit (siehe Kapitel Arbeit)
- Stellenausschreibungen der öffentlichen Verwaltung auch an Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ohne Schwerbehinderungsmerkmal richten
- Digitales, automatisiertes Portal für Angestellte der öffentlichen Verwaltung zur standardisierten Beantragung von Hilfsmitteln und Unterstützungsmaßnahmen am Arbeitsplatz bei Behinderung oder chronischer Erkrankung als Pilotprojekt und Vorbild für Thüringer Unternehmen
- Werkstätten zu Inklusionsunternehmen weiterentwicklen, in denen Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme von bedarfsgerechten

Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mindestens auf Mindestlohnniveau ermöglicht wird

- Vereine und eigene Interessensvertretungen von Menschen mit Behinderungen oder chronischer Erkrankung mit Landesmitteln fördern
- Besserer Zugang zu Gebärdensprachendolmetscher*innen und anderen Unterstützungshilfen
- Erarbeitung von Programmen zur Umsetzung des Rechts auf Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt insbesondere für Frauen mit Behinderung und Menschen mit chronischer Erkrankung
- Ausbau der schulischen Inklusion mit dem Recht auf Regelbeschulung (siehe Kapitel Schule)
- Verbindliche gesetzliche Regelung zur Ausgestaltung des Nachteilsausgleiches in Schule, Ausbildung und Hochschule
- Gezielte Wohnungsbauförderung, um mehr barrierefreie Wohnungen zu schaffen (siehe Kapitel Wohnen)
- Stärkung von Kommunen bei barrierefreier Gestaltung des öffentlichen Raums sowie öffentlicher Gebäude
- Kommunale Inklusionsbeauftragte schaffen
- Schutzangebote für gewaltbetroffene Menschen mit Behinderung ausbauen, insbesondere für Frauen, queere, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen
- Sexuelle Selbstbestimmung stärken und besserer Zugang zu Sexualassistenzen
- Unterstützung der Kommunen beim Abbau von Barrieren im digitalen Raum z.B. über barrierefreie Websites
- Barrierefreie Gestaltung der digitalen Verwaltung
- Ausbau des Angebots „barrierefrei.thueringen-entdecken.de“, insbesondere spezifischer Informationen über weitere Städte und touristische Orte und Angebote für weitere Bedarfe
- Kampagne zur Teilnahme Thüringer Kommunen an der Kennzeichnung „Reisen für alle“

Freie Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft unterstützen

Die Sozialwirtschaft steht wie auch andere Branchen vor großen Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf Fachkräftegewinnung, aber auch die Finanzierung nötiger Investitionen für Klimaschutz. Gerade die freie Wohlfahrtspflege verfügt häufig nicht über die nötigen Eigenmittel, um diese zu realisieren. Wir wollen daher an diesen Stellen gezielt unterstützen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Unterstützung der Träger bei Gestaltung der sozial-ökologischen Wende und Förderung von Investitionen
- Aufnahme der Sozialwirtschaft in die Thüringer Digitalstrategie und Öffnung der bestehenden Programme zur Förderung der Digitalisierung für Vereine, gemeinnützige GmbHs, Genossenschaften und Stiftungen im sozialen Bereich
- Gemeinsame Anstrengungen von Land und freien Trägern zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung der Tarifbindung, um die Fachkräftesituation zu verbessern (siehe Kapitel Arbeit)

Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 8. Wir sichern flächendeckende Gesundheitsversorgung

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir sichern flächendeckende Gesundheitsversorgung

Gesundheit ist ein hohes Gut. Alle Menschen wollen möglichst lang gesund bleiben. Wir legen daher einen besonderen Fokus auf Prävention und Vorsorge. Doch klar ist auch: alle Menschen sollen die Versorgung und Unterstützung bekommen, die sie brauchen, ob bei Krankheit, Geburt, Pflege im Alter oder Unfällen. Damit das auch in Zukunft gelingt, müssen jetzt die richtigen Weichen in der Gesundheitspolitik gestellt werden, die sowohl die Bedürfnisse in Städten als auch in ländlichen Räumen gleichberechtigt in den Blick nimmt.

Es ist besorgniserregend, dass in vielen Bereichen des Gesundheitswesens Versorgungsstrukturen wegbrechen. Gerade im ländlichen Raum schließen immer mehr Hausarztpraxen und Geburtstationen ohne Ersatz. Die Bevölkerung in Thüringen wird zunehmend älter und schrumpft in einigen Regionen besonders stark. Dazu kommen der demografische Umbruch und der Fachkräftemangel. Unsere Strukturen vor Ort müssen sich daran anpassen, ohne dabei die flächendeckende Versorgung mit medizinischen Diensten zu gefährden. Die Absicherung einer flächendeckenden Geburtshilfe mit echter Wahlfreiheit und guter Betreuung liegt uns hierbei besonders am Herzen.

Gleichzeitig wird gerade in medizinischen, therapeutischen und Pflegeberufen der Fachkräftemangel immer gravierender und bedroht die Versorgungsqualität. Daher gilt es weiterhin, diese Berufsgruppen in ihrer Arbeit durch Entlastung attraktiver zu gestalten und gezielt Fachkräfte anzuwerben. Mit der Klimakrise und den heißer werdenden Sommern kommen auf den Gesundheitsschutz zudem neue Aufgaben zu, die jetzt vorbereitet und umgesetzt werden müssen.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Strukturen für eine stabile und qualitativ hochwertige Versorgung in Thüringen zu stärken. Die Krankenhausförderung wurde entsprechend dem Krankenhausplan angepasst. Wir haben eine Facharztquote in Krankenhäusern eingeführt und sind erste Schritte hin zu einer stärkeren Verzahnung von stationärer und ambulanter Behandlung gegangen. Diesen Weg wollen wir weiterführen, die Qualität der Versorgung weiter erhöhen und die Zahl der Angebote mindestens halten.

Kernziele:

- Langfristig tragfähige Gesundheitsstrukturen in Thüringen auch im ländlichen Raum schaffen über einen fundierten Krankenhausplan, Stärkung ambulanter Maßnahmen und regionale Versorgungszentren
- Gesundheitsvorsorge mehr in den Blick nehmen
- Pflege über verbindliche Bedarfsanalyse auf Kreisebene und attraktive Arbeitsbedingungen stärken
- Geburtshilfe in Thüringen flächendeckend sicherstellen, Wahlfreiheit stärken und Betreuungsqualität ausbauen
- Hitzeschutz mehr in den Blick nehmen und zum neuen Standard machen

Tragfähige Strukturen für eine hochwertige Gesundheitspolitik

Unsere oberste Prämisse ist die Absicherung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung. Aber natürlich muss auch die Qualität stimmen. Das geht nur mit einem innovativen Konzept, welches auf Kooperation und Vernetzung zwischen den verschiedenen Gesundheitseinrichtungen und -berufen setzt. Nur in Kooperation können die unterschiedlichen Gesundheitsberufe der Medizin, Therapie und Pflege ihre Fachkompetenzen optimal einsetzen. Denn eines ist klar: die zu versorgenden Personen müssen immer im Mittelpunkt stehen.

Um eine qualitativ hochwertige wohnortnahe Versorgung sicherzustellen, setzen wir auf vorausschauende Planung, eine bessere Verzahnung von stationären und ambulanten Angeboten, Telemedizin sowie gezielte Anreize in Mangelbereichen. Hoch spezialisierte Leistungen gilt es über Kooperation und Koordinierung über das Land zu verteilen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine am medizinischen, therapeutischen und pflegefachlichen Bedarf orientierte Planung für alle Gesundheitsbereiche in Thüringen
- Bedarfsgerechte Fortentwicklung der Thüringer Krankenhausstruktur, die regional gute Versorgung sicherstellt und gleichzeitig Spezialisierungen thüringenweit koordiniert
- Ausbau ambulanter Angebote voranbringen, um Notaufnahmen und Kliniken gezielt zu entlasten
- Förderung der Niederlassung von (Fach-)Ärzt*innen im ländlichen Raum, auch in medizinischen Versorgungszentren (MVZ)
- Einrichtung von kommunalen gemeinwohlorientierten regionalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe unter

gemeinsamer Trägerschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten und Ärzt*innen angestellt werden können

- Erprobung und Etablierung neuer Versorgungsstrukturen, bspw. Community Health Nurses, Primärversorgungszentren, Gesundheitskioske
- Zugang von behinderten Menschen zu medizinischen Dienstleistungen sicherstellen
- Weitere Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes gemeinsam mit den Kommunen
- Ausbau und Weiterentwicklung von etablierten Programmen wie AGATHE und VERAH in Thüringen, beispielsweise Öffnung des VERAH Programms für Pflegefachpersonen (siehe Kapitel Soziales)
- Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen unter anderem durch flexiblere Arbeitszeitregelungen und Arbeitszeitreduzierungen, leichteren Zugang zur Ausbildung, Qualifizierung von bisherigen Hilfskräften, bessere Angebote zur psychologischen Begleitung
- Gemeinsam mit relevanten Akteur*innen Erarbeitung einer Strategie zur Erhöhung der Behandlungskapazitäten bei Neurodivergenz
- Gezieltes Anwerben von internationalen Fachkräften in medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Berufen (siehe Kapitel internationale Fachkräfte)
- Leichterer Zugang von Zugewanderten zu Ausbildungsangeboten für diese Berufe
- Bedarfsgerechte Höhe der Investitionszuschüsse für Kliniken in Thüringen sicherstellen, insbesondere gezielte Unterstützung für Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität
- Krankenhausförderung an gute Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen koppeln, beispielsweise über verpflichtende Tarifbindung
- Entwicklung einer gemeinsamen Landesstrategie Medizin 4.0 zur Digitalisierung des Gesundheitssektors und Öffnung der bestehenden Förderprogramme zur Förderung der Digitalisierung für Vereine,

gemeinnützige GmbHs, Genossenschaften und Stiftungen im medizinischen Bereich

- Beibehaltung der Facharztquote in Krankenhäusern
- Gezielte Maßnahmen zum Erhalt der Apotheken in Thüringen besonders im ländlichen Raum, unter anderem durch Verbesserung der Fachkräftesituation und finanzielle Unterstützung bei Praxiseröffnungen oder -übernahmen
- Ausbau der Möglichkeit, Patient*innen rund um die Uhr für ein telemedizinisches Beratungsgespräch mit einer Ärztin oder einem Arzt zu verbinden
- Stärkung des medizinischen Forschungsstandorts Thüringen
- Verbesserung der Telematikinfrastruktur (TI) und Unterstützung aller Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen bei der Anbindung
- Finanzierung des „Anonymen Krankenschein“ für Menschen, die nicht krankenversichert sind, bis eine bundesweite Lösung gefunden ist
- Erhalt der Perinatalzentren Level 1 und 2 (Frühgeborenenstationen)
- Modellprojekt zur Einrichtung von Demenzbeauftragten in Thüringer Krankenhäusern und Rehakliniken
- Landesweites Angebot an Anlaufstellen für Schwangerschaftsabbrüche sichern

Prävention ist die beste Gesundheitsförderung

Am besten ist es immer noch, wenn Menschen gar nicht erst krank werden. Gesundheitsförderung und -vorsorge müssen daher einen höheren Stellenwert in der Politik erhalten. Dabei spielen vor allem Sport und regelmäßige Bewegung eine große Rolle. Gerade in Zeiten, in denen Bewegung durch viele sitzende Tätigkeiten immer mehr abnimmt, braucht es hier größere Anstrengungen. Das Land sollte seine koordinierende Rolle hier noch stärker wahrnehmen, um die Prävention landesweit zu stärken.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Verpflichtung der Landesregierung zur Vorlage eines Gesundheitsförderplans zu Beginn der Legislatur, in dem Ziele und Schwerpunkte der

Gesundheitspolitik der Landesregierung definiert und bestehende Strukturen dargestellt werden

- Stärkung, Evaluierung und Weiterentwicklung der Präventionsangebote und der Gesundheitsförderung insbesondere für ältere Menschen, unter anderem der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V. (AGETHUR)
- Förderung von sozialen Freizeit-, Sport- und Bewegungsangeboten mit dem Ziel, die WHO-Bewegungsempfehlungen zu erfüllen
- Entwicklung von Konzepten, um Freizeit- und Sportangebote auch während Ausnahmesituationen aufrechtzuerhalten.
- Etablierung von mehr öffentlichen Trainingsmöglichkeiten für Menschen jeden Alters wie bspw. Calisthenics-Anlagen, "Seniorenspielplätze" oder "Trimm-dich-Pfade"
- Entwicklung und Finanzierung von zielgruppenorientierten Gesundheits-, Aufklärungs- und Informationsangeboten in Schulen und Betrieben
- Angebot von Erste-Hilfe-Kursen an allen Thüringer Schulen

Pflege: Angebote sichern, Pflegekräfte entlasten

Wir alle sind auf eine gute Pflege angewiesen. Ob bei Krankheit, Verletzungen oder im Alter – jede Person in Thüringen wird früher oder später einmal Pflege benötigen. Laut der WHO ist die Pflege ein Beruf, der die „Gesundheit, Selbstbestimmungsfähigkeit, Selbstvertrauen und soziale Teilhabe fördert und erhält“ und damit eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft einnimmt. Für unsere Gesellschaft ist es daher essenziell, dass Pflegestrukturen funktionieren und in hoher Qualität flächendeckend verfügbar sind.

Denn für uns muss Pflegepolitik den möglichst langen Erhalt einer selbstbestimmten und selbstständigen Lebensführung für alle Menschen als Maxime betrachten. Das kann nur funktionieren, wenn sich die Attraktivität des Pflegeberufs weiter deutlich erhöht. Die prekären Arbeitsbedingungen, die in der Pflege vor allem Frauen betreffen, müssen daher endlich ein Ende finden. Zusätzlich muss das Land seine politischen Möglichkeiten stärker nutzen, um eine gute Pflege in ganz Thüringen zu gewährleisten. Im Bund setzen wir uns darüber hinaus für einen Ausbau der Lohnersatzleistungen bei der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen und für eine gemeinwohlorientierte Reform der Pflegefinanzierung ein, damit Pflege in Zukunft nicht zu einem Luxusgut wird.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Bedarfsorientierten Ausbau und Förderung der Angebote für Pflege, Unterstützungs- und Entlastungsleistungen sowie Beratung in Thüringen
- Entwicklung eines Pflegefördergesetzes mit dem Ziel, die Pflege in Thüringen durch gezielte Maßnahmen für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen
- Stärkung der unabhängigen Qualitätskontrollen in Pflegeheimen
- Flächendeckenden Aufbau von möglichst aufsuchenden Pflegeberatungsangeboten vor Ort fördern, insbesondere in Form von Pflegestützpunkten oder mobilen Angeboten
- Gezielte Entlastung von pflegenden Angehörigen durch ausreichend Angebote zur Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie bedarfsgerechte Unterstützungsangebote
- Etablierung einer standardisierten und verbindlichen Pflegeplanung in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, um bedarfsorientierte Versorgungsstrukturen vor Ort zu gewährleisten
- Förderung eines Branchentarifvertrags für die Sicherstellung einer gerechten Entlohnung, guter Arbeitsbedingungen in der Pflege und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Angebot einer Supervision/Seelsorge/Resilienzstärkung für Pflegende (Arbeitgeber*innen sollen verpflichtend das Angebot machen)
- Pflegeausbildung evaluieren, um die hohe Abbruchrate zu senken und ausbildungsbegleitende Maßnahmen zur gezielten Unterstützung bei Herausforderungen einzuführen
- Unterstützung der Akut- und Langzeitpflege bei der Umsetzung der neuen bundesrechtlichen Personalbemessungsinstrumente
- Weiterentwicklung von fachlichen Beteiligungsstrukturen der Pflege, insbesondere des Landespflegeausschusses zu einer gleichberechtigten Beteiligung aller Akteure der Thüringer Pflege
- Initiative zur repräsentativen Befragung der in Pflegeberufen Beschäftigten, um über die Einrichtung einer Selbstverwaltungsorganisation zur Vertretung der berufspolitischen Interessen (beispielsweise einer Pflegekammer) zu entscheiden
- Weiterentwicklung der Beratungsangebote der betrieblichen Pflegelots*innen, um Arbeitgeber*innen und -nehmer*innen zu Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege zu beraten
- Seelsorge- und Supervisionsangebote für Pflegekräfte zum Standard machen
- Finanzielle Entlastung von pflegebedürftigen Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen durch gezielte Investitionskostenförderung,

insbesondere mit Blick auf nötige Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität und zur Digitalisierung

Versorgung vor, während und nach der Geburt

Schwangere verdienen jede denkbare Unterstützung. Sie haben gesetzlichen Anspruch auf persönliche Begleitung durch Hebammen in der Schwangerschaft, während der Geburt, im Wochenbett und zu Hause.

Schwangere benötigen wohnortnahe Strukturen, die eine gute Versorgung und Wahlfreiheit garantieren. Da in Thüringen immer mehr Kreißsäle schließen und der demografische Umbruch die Geburtenzahlen sinken lässt, ist der Handlungsbedarf hier besonders groß. Geburtshilfe gehört für uns zur Grundversorgung – und als solche möchten wir sie auch in Zukunft ganz besonders fördern und unterstützen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gewährleistung der Wahlfreiheit des Geburtsortes sowohl klinisch als auch außerklinisch
- Verstetigung der Förderung einer dezentralen und bedarfsgerechten Versorgung mit Hebammenhilfen sowie bei Frühgeborenenstationen und der Kinderärztlichen Versorgung
- Gezielte Unterstützung von Kreißsälen in mangelversorgten Regionen und Aufstockung des Rettungsdienstes
- Pilotprojekt zur besseren Verzahnung von Geburtshilfe und Rettungsdienst auf den Weg bringen
- Förderung und Ausbau von Geburtshäusern, hebammengeleiteten Einrichtungen und Hebammen-Kreißsälen
- Schaffung von Kliniken vorgeschalteten Hebammen-Kompetenz-Zentren in unterversorgten Regionen als erste Anlaufstelle
- Fortsetzung des „Runden Tisch Familie und Geburt“
- Erstellung von regelmäßigen und öffentlich zugänglichen Thüringer Frauengesundheitsberichten mit Aufarbeitung von Gewalt in der Geburtshilfe
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Hebammen in Kliniken unter Anwendung des Hebammengesetzes und Anpassung der Thüringer Berufsordnung von 1998 an Bundesrecht
- Fortsetzung der Akademisierung des Hebammenberufes und Modernisierung der Heilberufe-Verordnung
- Ermöglichung des nachträglichen Titelerwerbs für Bestandshebammen sowie der Anerkennung von DDR-Fachschulabschlüssen
- Multiprofessionelle Hilfe in schwierigen Situationen während der Geburt, niedrigschwellige Informationen zur Möglichkeit einer anonymen Geburt und sich in Thüringen befindlichen Babyklappen bereitstellen
- Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Umsetzung des Thüringer Leitfadens "Die stillfreundliche Kommune"
- Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung ambulanter Mütter- und Familienberatungen durch Hebammen
- Einbindung von Hebammen in Krisenstäbe bei außergewöhnlichen Situationen

Mentale Gesundheit stärker in den Blick nehmen

Psychische Krankheiten und mentale Belastungen sind ein immer größeres Problem unserer Gesellschaft – und treffen zunehmend auch junge Menschen. Aber auch andere besonders vulnerable Gruppen müssen stärker in den Blick genommen werden, um mentale und psychische Gesundheit zu sichern und wiederherzustellen. Von

älteren und queeren Menschen, Kindern von psychisch erkrankten Eltern und Menschen mit Fluchthintergrund über Kinder, die Opfer von sexualisierter oder häuslicher Gewalt wurden bis hin zu ehemaligen Heimkindern.

Wir möchten daher alles dafür tun, dass die Stigmatisierung von psychischen Krankheiten ein Ende hat und jeder Mensch hürdenlos, wohnortnah, kostenfrei und qualitativ hochwertigen Zugang zu psychologischen Beratungs- und Therapieangeboten erhält. Ein besonders wichtiger Punkt ist für uns auch die Prävention: Daher setzen wir auch in Zukunft auf Schulungen zu Stärkung der mentalen Resilienz und im Umgang mit psychischen Erkrankungen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Allgemeiner Zugang zu kostenfreien, wohnortnahen und qualitativ hochwertigen psychologischen Beratungs- und Therapieangeboten
- Leichterer Zugang zu medizinischer Reha und Soziotherapie
- Aufbau einer präventiven psychosozialen Beratung
- Mehr Kassensitze für psychotherapeutische und psychiatrische Niederlassungen, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Regelmäßiger Bericht zur psychischen Gesundheit in Thüringen und Monitoring der Bedarfe
- Präventionsangebote in Bildungseinrichtungen und Aufnahme des Themas „mentale Gesundheit“ in den Lehrplan
- Unterstützung von Angeboten wie dem Kinder- und Jugendsorgentelefon
- Bessere Integration von aufgrund psychischer Erkrankungen eingeschränkt arbeitsfähiger Menschen in den Arbeitsmarkt

Gesunde Ernährung ermöglichen

Eine gesunde Ernährung ist ein wichtiger Bestandteil gesundheitlicher Prävention. Der Zugang zu gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln muss für alle Bürger*innen Thüringens möglich sein. Wir wollen, dass Wissen über gesunde Ernährung und die Zubereitung von Lebensmitteln einen höheren Stellenwert bekommt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gesundes Essen nach etablierten Qualitätsstandards und aus regionalen, ökologisch und klimagerecht erzeugten Produkten
- Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, der Kita, über Schulen, Betriebskantinen, Behörden, Senioren (-Einrichtungen) und Krankenhäusern
- Förderprogramm für Gemeinschaftsverpflegung mit bio-regionalen Lebensmitteln
- Gründung eines Kompetenzzentrums Gemeinschaftsernährung
- Informationskampagnen für gesunde Ernährung und Aufnahme in den Thüringer Lehrplan

Hitzeschutz zum Standard machen

Die Klimakrise belastet nicht nur den Planeten – auch uns Menschen wird sie zunehmend zusetzen. Mehr Hitzetage, heißere Sommer und weniger Niederschläge sind auch eine Bedrohung für die Gesundheit von uns Menschen. Insbesondere Kinder, Schwangere, Kranke und Ältere leiden unter den klimatischen Veränderungen. Hier gilt es, unsere Städte, Gemeinschaftseinrichtungen sowie unsere gesellschaftliche Infrastruktur fit für den Hitzeschutz zu machen. Mit der Toolbox Hitzeschutz haben wir den Kommunen bereits eine ganze Maßnahmenpalette an die Hand gegeben. Diese gilt es nun flächendeckend umzusetzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Fortlaufende Unterstützung der Kommunen sowie des Gesundheits- und Sozialwesens bei der Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen
- Vorkehrungen für baulichen Hitzeschutz, Fassadenbegrünung und Verschattung zum neuen baulichen Standard machen, auch im Denkmalschutz
- Hitzeschutz in den landeseigenen Liegenschaften sicherstellen
- Förderprogramme für öffentliche Trinkbrunnen
- Hitzeschutz insbesondere bei Schulen (bauliche Maßnahmen, Schulsport, Hitzefrei) stärker in den Blick nehmen

Drogen: Prävention und Jugendschutz statt Kriminalisierung

Aufklärung statt Stigmatisierung, wirksame Maßnahmen statt Kriminalisierung: Unser Ziel ist eine Drogenpolitik, die für den selbstbestimmten Umgang mit Drogen sensibilisiert. Zeitgleich muss der Kinder- und Jugendschutz gestärkt und somit der Entstehung und den Folgen von Suchterkrankungen entgegengewirkt werden.

Deshalb setzen wir hier auf eine moderne Politik, die über Risiken aufklärt und Konsumierende nicht unter Generalverdacht stellt. Jede Sucht ist eine Krankheit – und suchtkranke Menschen benötigen Hilfe, um wieder zu genesen.

Unser Ziel ist eine Drogenpolitik, die statt Stigmatisierung und Kriminalisierung Aufklärung anbietet und mit wirksamen Maßnahmen für den selbstbestimmten Umgang mit Drogen sensibilisiert, den Kinder- und Jugendschutz stärkt und damit der Entstehung und den Folgen von Suchterkrankungen entgegenwirkt. Deswegen setzen wir auf eine moderne Drogenpolitik, die über Risiken aufklärt und Konsumierende nicht unter Generalverdacht stellt. Eine Sucht ist eine Krankheit. Suchtkranke Menschen brauchen Hilfe, um wieder gesund zu werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Förderung niedrigschwelliger Präventionsangebote zur Aufklärung und Suchtprävention
- Information und Prävention zur Vermeidung von substanz- und nichtsubstanzgebundenen Abhängigkeitserkrankungen
- Ausbau von Therapie- und Substitutionsangeboten
- Bereitstellung von Fort- und Weiterbildungsangeboten für Streetworker*innen und Schulsozialarbeiter*innen zu substanzbezogenen und/oder verhaltensbezogenem Missbrauch und Suchterkrankungen
- Ausbau von Drug-Checking und dazugehörigen Beratungs- und Testangeboten, um den Konsum und Gelegenheitskonsum von psychoaktiven Substanzen sicherer zu machen
- Stärkerer Ausbau von Substanzenanalysen sowie Evaluation der gewonnenen Ergebnisse mit Krankenhäusern, Rettungsdienst und Polizei
- Bereitstellung von Spritzentauschprogrammen und sicheren Konsumräumen zur Minimierung von Gesundheitsrisiken durch injizierenden Drogenkonsum
- Umsetzung der bundesgesetzlichen Initiative zur Entkriminalisierung von Cannabisbesitz sowie dessen Konsum und Anbau
- Unterstützung der einhergehenden drogenpolitischen Reform durch die Einrichtung von kontrollierten Cannabisabgabestellen und sicheren Konsumräumen zur Einhaltung des Kinder- und Jugendschutzes
- Präventive Bildungsangebote über den Konsum von Drogen, aber auch von Alkohol, Tabak und Glücksspiel zur Risikovorsorge stärken

Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 9. Wir stärken Ehrenamt und Vielfalt im Sport

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stärken Ehrenamt und Vielfalt im Sport

Alle Menschen sollen nach ihren Wünschen Sport treiben können. Ob im Verein oder im Fitnessstudio, in den Bergen, im Schwimmbad oder im Park – Sport macht Spaß, ist gut für die Gesundheit und stärkt den Gemeinsinn. In Thüringen gibt es rund 3.300 Sportvereine mit über 360.000 Mitgliedern. Thüringen ist ein Sportland und die Sportstätten und Vereine das Rückgrat. Unsere Sportpolitik für Thüringen setzt deshalb auf eine dynamische, nachhaltige und integrative Sportkultur als Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Die Unterstützung der Kommunen und Vereine bei der Sportförderung ist dabei zentral. Das Gebot der Angebotsvielfalt gilt dabei insbesondere auch für Senior*innen und Menschen mit Behinderung.

Deshalb gehen wir den Investitionsstau bei den Sportstätten mit mehr Schwung an und setzen uns für deren ökologische Sanierung sowie Neu- und Umbau ein. Ohne ein starkes Ehrenamt ist die bunte Vereinslandschaft in Thüringen nicht denkbar. Aus diesem Grund unterstützen wir das vielfältige ehrenamtliche Engagement in den Vereinen. Wir gehen konkrete politische Schritte für eine integrative und nachhaltige Zukunft des Sports in Thüringen. Unser Ziel: den Sport als Instrument für Gemeinschaft, Nachhaltigkeit und Inklusion zu fördern und zu gestalten.

Kernziele:

- Unterstützung für Kommunen und Vereine in der Sportförderung
- Förderung insbesondere für Angebote für Frauen und Mädchen ausbauen und große Projekte unter gleichstellungspolitischen Aspekten bewerten
- Leistungssport ohne Gender Pay Gap
- Investitionsstau bei den Sportstätten abbauen
- Stärkung und Entlastung des Ehrenamts im Sport, beispielsweise durch Möglichkeiten für hauptamtliche Übungsleiter*innen schaffen
- Mehr Tempo beim Bau und der Sanierung von Sportstätten mit Schwerpunkt auf Klimaschutz, Barrierefreiheit und vielfältige Nutzungsmöglichkeiten
- Sportgroßveranstaltungen mit klimaneutraler Versorgung, nachhaltiger Mobilität und wirksamen Konzepten für Müllvermeidung
- Fortführung des Freiwilligen Jahres im Sport
- Stärkung erfolgreicher Programme wie „Sport zeigt Gesicht“ oder „Integration durch Sport“
- Stärkere Unterstützung der Inklusion im Sport, unter anderem durch bessere Förderung für Special Olympics
- Gute Infrastruktur und Erreichbarkeit von Sportstätten, Schulsporthallen und vor allem Schwimmhallen sicherstellen
- Olympische Leistungszentren weiter fördern und optimale Trainingsbedingungen gewährleisten
- Finanzierung und Realisierung eines kostenfreien Sportangebots im Verein für Erstklässler*innen, perspektivisch für Grundschüler*innen
- Verwaltungstechnische Vereinfachungen in Schulbudgets prüfen, damit auch Sportvereine als Anbieter*innen für außerschulische Angebote infrage kommen

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 1. Wir fördern Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir fördern Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt

Frauen und queere Menschen haben sich ihre Rechte über Jahrhunderte erkämpft. Sie sind inzwischen selbstverständlicher auf vielen Ebenen vertreten und haben erreicht, dass Geschlechterbilder heute bunter und vielfältiger sind. Doch das Ziel echter Gleichstellung ist leider noch lange nicht erreicht.

Frauen sind noch immer wirtschaftlich und politisch benachteiligt, finanziell oft schlechter abgesichert, erhalten weniger Chancen, sind mit größeren Widerständen konfrontiert und müssen sich häufiger gegen sexuelle und häusliche Gewalt wehren. Und noch immer liegt die Hauptlast bei der Sorgearbeit für Kinder oder zu pflegende Angehörige auf den Schultern der Frauen, inklusive der wirtschaftlichen Benachteiligung und des Einkommensverlusts. Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Menschen können häufig noch immer nicht frei über sich und ihren Körper entscheiden.

Queere Menschen sind mittlerweile viel selbstverständlicher ein sichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Dennoch erleben sie noch immer Anfeindungen, Hass, Vorurteile und Übergriffe. Sie haben mit falschen Stereotypen und Diskriminierung in der Arbeitswelt und von Behörden zu kämpfen und müssen häufiger um ihre Sicherheit bangen.

Wir arbeiten daran, diese vielfältigen Benachteiligungen und strukturellen Diskriminierungen von Frauen sowie queeren Menschen zu beseitigen und umfassende Chancengerechtigkeit zu verwirklichen.

Rechte von intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender sowie queeren Menschen sind Menschenrechte und wir stehen entschlossen für sie ein. Dabei ist für uns auch klar: Echte Gleichstellung erreichen wir nur, wenn auch Männer und Jungen selbstbestimmt leben können, frei von starren gesellschaftlichen Rollen. Alle Geschlechter werden – wenn auch nicht im gleichen Maße – negativ vom Patriarchat getroffen, so haben Männer höhere Suizidraten und nehmen medizinische Vorsorgeuntersuchungen seltener in Anspruch. All das muss sich ändern. In unserer Gesellschaft sollen sich alle sicher fühlen und frei und in Würde leben können, egal welches Geschlecht und welche sexuelle Orientierung sie haben.

Es ist an der Zeit, die Macht neu zu verteilen, damit alle Geschlechter gleichermaßen davon profitieren. Unser Anspruch ist klar: Wir wollen den uneingeschränkten Anspruch von Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Menschen und Menschen mit weiteren Diversitätsmerkmalen auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe endlich einlösen. Dabei muss der Blick auch für intersektional wirkende Diskriminierungen geschärft werden (z.B.

Rassismus, Behindertenfeindlichkeit), die zusätzliche Gleichstellungs- und Empowermentmaßnahmen notwendig machen. Chancen, Macht, Geld und Zeit sollen endlich gerecht zwischen allen Geschlechtern verteilt werden.

Kernziele:

- Landesprogramm Akzeptanz und Vielfalt weiterentwickeln
- Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken
- Politische Repräsentation von Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Menschen in Kommunal- und Landespolitik verbessern
- Antidiskriminierungsarbeit intensivieren
- Schutz vor häuslicher und sexueller Gewalt stärken
- Aufklärung und Beratung durch queere (Jugend-)Zentren und mobile Projekte stärken

Landesprogramm Akzeptanz und Vielfalt sowie queere Strukturen aufblühen lassen

Thüringens queere Struktururen wie beispielsweise das Queere Zentrum Erfurt bangen mit jedem Landeshaushalt aufs Neue um ihre Existenz und sind finanziell nicht bedarfsgerecht ausgestattet: Beratungsanfragen müssen oft wochenlange Wartezeiten in Kauf nehmen oder Projektideen können nicht umgesetzt werden. Angebote im ländlichen Raum existieren kaum, sodass vielen queeren Menschen der Anschluss zu einer queeren Community komplett fehlt. Das alles wollen wir in Angriff nehmen und die queeren Strukturen in Thüringen deswegen ausbauen und langfristig auf eine solide Basis stellen.

Mit dem „Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt“ sind wir in Thüringen bereits einen großen Schritt gegangen, um Akzeptanz, Vielfalt und Gleichberechtigung Wirklichkeit werden zu lassen. Hier sehen wir auch in Zukunft Potenziale, um das Landesprogramm weitergehend mit Leben zu befüllen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Ein bedarfsorientiertes, zukunftsfähiges und insgesamt finanziell besser ausgestattetes Landesprogramm
- Schaffung von Ansprechpartner*innen in der Landesverwaltung, v. a. in Ministerien
- Professionelle Evaluierung der Umsetzung der Maßnahmen
- Programm mit einer wissenschaftlichen Begleitung ausstatten
- Langfristige und bedarfsgerechte Untestützung der Thüringer Christopher Street Day und ähnlicher Initiativen sichern
- Bedarfsgerechte Absicherung sowie flächendeckender Ausbau von queeren Zentren und Jugendzentren
- Mobile Angebote etablieren, um die Versorgung des ländlichen Raum sicherzustellen

Finanzielle Benachteiligung beenden

Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Menschen sind auf dem Arbeitsmarkt häufiger benachteiligt. Sie erhalten oft nicht nur weniger Geld für die gleiche Arbeit. Gerade Frauen arbeiten auch häufiger in Teilzeit, weil sie sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmern, und müssen dafür Verdienst- und Rentenausfälle in Kauf nehmen. Dies alles führt dazu, dass Frauen meist schlechter abgesichert und damit finanziell abhängig sind. Durch Diskriminierungserfahrungen ist es für queere Menschen oft schwieriger einen Arbeitsplatz zu erhalten oder nicht aus diesen gedrängt zu werden. Besonders intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen sind dadurch oft in finanziell prekären Situationen. Echte Gleichstellung kann nur erreicht werden, wenn dieser Zustand beendet ist. Darauf arbeiten wir proaktiv hin über Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit, zur gezielten Unterstützung von Gründer*innen und von Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Personen am Arbeitsmarkt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern, indem Erwerbsarbeit trotz Care-Verpflichtungen ermöglicht wird (siehe Kapitel Familie)
- Förderung von Chancengerechtigkeit und Aufstiegschancen von Frauen intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Menschen

insbesondere im öffentlichen Dienst, um in der Landesverwaltung den Gender Pay Gap zu schließen

- Gezielte Unterstützung von Gründer*innen und spezifische Gründungsberatung ausbauen (siehe Kapitel Wirtschaft)
- Gezielte Unterstützung bei Umschulungen und beruflichem Wiedereinstieg für Frauen (siehe Kapitel Arbeit)
- Entgeltgleichheit als Vergabekriterium in Thüringer Vergabegesetz einführen
- Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, weiter aufwerten und Bezahlung verbessern
- Berufsorientierung für handwerkliche und MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) für Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen gezielt stärken
- Einführung eines gesetzlichen Geschlechtergerechtigkeitschecks, um zunächst bei Gesetzesentwürfen, perspektivisch aber im ganzen Landeshaushalt (Gender Budgting) die finanziellen Auswirkungen nach Geschlecht sichtbar zu machen und Ungerechtigkeiten zu beheben
- Anreizsystem für Kommunen, Gender Budgeting einzuführen
- Personelle und finanzielle Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
- Institutionelle Förderung für frauen-, familien- und queerpolitische Verbände einführen, um langfristige finanzielle Sicherung zu ermöglichen
- Flächendeckende Förderung und Weiterentwicklung von Frauenzentren als leicht zugängliche Beratungseinrichtungen.
- Bedarfsgerechte Finanzierung des Landesfrauenrats und der in diesem Bereich tätigen Landesarbeitsgemeinschaften.
- Schaffung einer auf das Ziel der Gleichstellung ausgerichteten Landesfachstelle für Jungen- und Männerarbeit für Vernetzung, Fachberatung und Öffentlichkeitsarbeit in Bildung und Praxis
- Verbandsklagemöglichkeiten für geschlechterspezifische Diskriminierung am Arbeitsplatz ermöglichen

Politik vielfältiger machen

Echte Gleichstellung und eine starke, vielfältige Demokratie erreichen wir nur, wenn alle Geschlechter endlich gleichberechtigt mit am Tisch sitzen. Doch auf sämtlichen politischen Ebenen, allen voran Kommunal- und Landespolitik, ist der Anteil an Frauen sowie intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Menschen noch immer geringer als in der Bevölkerung. Auch Schwarze und People of Colour, darunter besonders Frauen, sind unterrepräsentiert. Das müssen wir

ändern: Denn alle Menschen brauchen endlich unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe oder ihrer Herkunft einen gleichberechtigten Zugang zu politischer Macht und Entscheidungen, um Gleichstellung erreichen zu können.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einführung eines verfassungskonformem Paritätsgesetzes, damit Parteien verpflichtend vermehrt Frauen auf ihren Wahllisten aufstellen
- Menschen mit Fürsorge-Verpflichtungen, die meist Frauen sind, in die Lage versetzen, an Kommunalpolitik teilzuhaben, beispielsweise durch die Ermöglichung hybrider Sitzungen, familienfreundliche Sitzungszeiten und Erstattung der Betreuungskosten (siehe Kapitel Kommunales)
- Aufbau von politischen Frauen- sowie queeren Netzwerken inklusive Netzwerktreffen vor Ort sowie parteiübergreifender Mentoring-Programme gezielt für Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Menschen
- Gezielte Angebote für Schüler*innen, Auszubildende und Student*innen mit dem Ziel, für Politik und eigenes politisches Engagement zu begeistern
- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen, um Frauen und queere Personen für politisches Engagement zu gewinnen
- Offensive gegen Sexismus, Frauen- und Queerfeindlichkeit in der Politik, beispielsweise durch Kampagnenarbeit, Schaffung von Awareness-Teams und Vertrauenspersonen
- Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten durch klare Grundrichtlinien bei Verantwortlichkeiten und Befugnissen

Queere Stimmen im Land und der Kommune: Interessenvertretung & Schutz

Menschen, deren sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität oder Beziehungsformen nicht der gesellschaftlichen Mehrheit entspricht, werden oftmals zu Opfern von Diskriminierung, Hass und Gewalt. Die Dunkelziffer ist dabei hoch, da viele Betroffene aus Scham und Angst vor weiterer Diskriminierung keine Anzeige erstatten und Verbrechen gegen queere Personen nicht gesondert in den Statistiken aufgeführt werden. Das muss sich ändern. Queere Menschen brauchen institutionelle Stimmen, um adäquat gehört, vertreten und geschützt zu werden. Diese Strukturen wollen wir schaffen und weiter ausbauen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einrichtung einer Stelle einer*s Thüringer Queerbeauftragten*r äquivalent zur Gleichstellungsbeauftragten
- Aufgaben der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten um queere Personen erweitern und finanzielle und personelle Ressourcen dafür bereitstellen
- Ansprechpartner*innen für queere Menschen bei der Thüringer Polizei schaffen (siehe Kapitel Innen)
- Sensibilisierung der Polizei und Justiz durch Fortbildungen in diesem Bereich
- Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ausbauen und weiterentwickeln, um Aufgaben als Prüf-, Beschwerde- und Koordinierungsstelle besser erfüllen zu können (siehe Kapitel Antidiskriminierung)
- Queere Angebote in den Jugendförderplänen verankern

Geschlechtsspezifische Gewalt wirksam bekämpfen

Ein Leben ohne Gewalt ist ein Menschenrecht, der Schutz vor Gewalt unsere staatliche Verpflichtung. Bedrohungen, sexuelle Übergriffe und Gewalt sind in Thüringen und darüber hinaus traurige Realität.

Ein Problem, das konsequent verfolgt und bestraft werden muss. Insbesondere häusliche Gewalt in heterosexuellen Beziehungen ist für Frauen noch immer das größte Sicherheitsrisiko. Dies betrifft in Thüringen jährliche tausende Frauen – und die Gewalt geht meist direkt vom Partner aus. Gewaltbetroffene benötigen daher unsere Unterstützung sowie sichere Orte, um der Gewalt und der Bedrohung zu entfliehen.

Auch die Prävention muss gestärkt werden. Die konsequente Umsetzung der Europaratskonvention zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, auch genannt Istanbulkonvention, ist der Schlüssel für einen entschlossenen Kampf gegen häusliche und sexuelle Gewalt an Frauen auf allen Ebenen. Diese wollen wir konsequent umsetzen und auch queere Menschen und betroffene Männer besser vor Gewalt schützen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Konsequente Umsetzung der Istanbulkonvention in Thüringen durch Erarbeitung und Umsetzung eines Aktionsplans
- Stärkung der Frauenhäuser, Beratungs- und Interventionsstellen durch gesicherte auskömmliche Finanzierung und bessere Personalschlüssel und Sicherstellung der Kostenfreiheit für Betroffene
- Landesweite Aufstockung der Schutzplätze mit dem Ziel der flächendeckenden Versorgung - in jedem Landkreis ein Frauenhaus - sowie Ausbau der barrierefreien Angebote
- Bereitstellung von Schutzwohnungen für Menschen aller Geschlechtsidentitäten, die von häuslicher Gewalt betroffen sind
- Bedarfe von betroffenen Kindern stärker in den Blick nehmen
- Beratungsangebote und Schutzvorkehrungen für Gewaltbetroffene mit Behinderung stärken und ausbauen
- Gewaltpräventive Männer- und Jungenarbeit deutlich ausbauen, Strategien zur Konfliktprävention stärker in schulischer Bildung verankern
- Arbeit mit Täter*innen deutlich ausbauen
- Bildungs- und Aufklärungsarbeit über Dimensionen von häuslicher Gewalt und Hilfsangebote nach dem Vorbild „STOP – Stadtteile Ohne Partnergewalt“
- Stärkere Schulung von Justiz und Polizei zu häuslicher Gewalt sowie Gewalt gegen queere Menschen (siehe Kapitel Innen)
- Hasskriminalität gegen Frauen und queere Personen anerkennen und Ermittlungsbehörden dazu stärken (siehe Kapitel Innen)
- Stärkung der Polizei und Justiz sowie der Beratungsstelle im Kampf gegen Hate Speech und Gewalt im digitalen Raum (siehe Kapitel Innen)
- Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung zum Ausmaß häuslicher Gewalt in Thüringen unter Beteiligung der jeweiligen Behörden, Organisationen, Vereine und Verbände

Selbstbestimmung stärken

Frauen, intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans und agender Personen wird immer wieder abgesprochen, selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden zu können. Vor allem ihre Körper werden häufig als Objekte gesehen – ob bei Schwangerschaftsabbrüchen, bei sexueller Belästigung oder in der Werbung. Hier stehen wir in der Pflicht, uns auch als Land für mehr Selbstbestimmung und Respekt für diesen großen Teil unserer Gesellschaft einzusetzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Programme gegen sexistische Werbung und andere herabwürdigende Darstellung auf den Weg bringen
- Aufklärung zum eigenen Körperbild & -gefühl und körperliche sowie sexuelle Selbstbestimmung in der Jugendarbeit stärken
- Mädchenarbeit über geschlechtssensible Bildungs- und Empowermentangebote in Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen stärken
- Versorgungsstrukturen für Schwangerschaftsabbrüche und Geburtshilfe in Thüringen flächendeckend sichern (siehe Kapitel Gesundheit)
- Flächendeckendes Angebot an Beratungsstellen für ungewollte Schwangerschaften insbesondere im ländlichen Raum sichern
- Kostenfreie Bereitstellung von Verhütungsmitteln insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen
- Kostenfreier Zugang zu Hygieneartikeln und Periodenprodukten in öffentlichen Gebäuden
- Insbesondere Frauen sowie intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen mit Behinderung in ihren Selbstbestimmungsrechten stärken
- Überprüfung von Bildungsmaterialien auf sexistische und herabwürdigende Darstellungen (siehe Kapitel Bildung)
- Bekämpfung von sexueller Ausbeutung und Stärkung der Beratung für Sex-Arbeitende unter anderem durch Sicherung der Fachberatungsstelle Sexarbeit
- (Weiter-)Entwicklung bestehender sowie neuer Beratungsangebote und Anlaufstellen unter queersensiblen Aspekten

Schulische Bildung und junge Menschen

Gerade unter queeren Jugendlichen gibt es ein erschreckend hohes Risiko selbstverletzenden Verhaltens, psychischer Erkrankungen sowie leider auch eine überdurchschnittlich hohe Suizidrate. Häufig ist Queerfeindlichkeit im Umfeld die primäre Ursache. Aus diesem Grund braucht es ein besonderes Augenmerk auf die Belange junger queerer Menschen. Das schulische Umfeld ist hierbei häufig der erste Berührungspunkt. Daher ist es eine wichtige Aufgabe, Toleranz und Verständnis direkt dort vor Ort zu stärken.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stärkere schulische Thematisierung der Vielfalt von familiären Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen und Geschlechtern
- Unterstützung von Schulaufklärungsprojektn zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
- Queere Themen als Teil der Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen, Pädagog*innen und Erzieher*innen aufnehmen
- Stärkung queerer Jugend- und Schulsozialarbeit
- Ausbau der Krisenprävention sowie von Bildungsangeboten für Eltern von queeren Jugendlichen und Kindern

Gesellschaftlichen Aufbruch mitgestalten

Wir möchten queeren Menschen den Rückhalt bieten, den alle Menschen verdient haben. Hier ist jedoch noch viel zu tun. Ein wirklicher gesellschaftlicher Aufbruch ist nur zu schaffen, wenn beispielsweise Sprache niemanden unsichtbar macht, wenn medizinische Versorgung bei besonderen Belangen flächendeckend gegeben ist oder wenn Diskriminierungen wegen der gewählten Toilettenkabine der Vergangenheit angehören.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Verpflichtende Einrichtung geschlechtsneutraler Einrichtungen der Sanitärbereiche (Frauen-, Männer- und geschlechtsneutrale Toilette)
- Wiederherstellung des Grabmals von Dr. Hans Holbein, die Restitution des Stiftungsvermögens sowie Neugründung der Holbein-Stiftung (z.B. als Landesstiftung)
- Einrichtung eines Forschungszentrums zu Geschichte und Gegenwart von sexuellen Identitäten und Orientierungen
- Flächendeckende medizinische Versorgung für queere Menschen verbessern
- Geschlechtsneutrale Ansprache in amtlichen Angelegenheiten, Geschlechtserfassung nur da, wo unbedingt nötig

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 2. Wir gestalten Migration und Integration menschenwürdig

Antragsteller*in:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02.-04. Februar 2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir gestalten Migration und Integration menschenwürdig

Offenheit und Vielfalt sind eine Bereicherung für unser Land. Wir BÜNDNISGRÜNE gestalten die moderne Einwanderungsgesellschaft mit ihren Chancen und stellen uns dabei verantwortungsbewusst den Herausforderungen. Migration ist ein Prozess, den es immer schon gab und der uns auch in Zukunft zunehmend begleiten wird.

Wir verteidigen das Recht auf Asyl und setzen uns für umfassende gesellschaftliche Teilhabe und einen menschenwürdigen Umgang mit den hier lebenden geflüchteten Menschen ein. Es ist unsere Aufgabe, Menschen, die bei uns Schutz suchen vor Krieg und Verfolgung, vor Tod und Folter, vor Hunger und Naturkatastrophen zu helfen. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.

Für uns beginnt dies mit einer modernen, gut ausgebauten und leistungsfähigen Erstaufnahme. Hierbei setzen wir weiter auf starke und ausreichend finanzierte Kommunen, die ihren staatlichen Aufgaben in der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten dauerhaft gerecht werden können. Geflüchteten und ihren Familien soll ein selbstbestimmtes Leben in Thüringen möglich sein. Zur gelingenden Integration braucht es ausreichende Sprachkurse, durchgängige Beratung, faire Verfahren und ein abgestimmtes Behördenhandeln im Sinne der hier lebenden Menschen. Und natürlich eine Willkommenskultur, die die zu uns kommenden Menschen annimmt und integriert.

Zusätzlich braucht Thüringen in den kommenden Jahren weitere Zuwanderungen. Allein bis 2035 scheiden etwa 385.000 Menschen aus dem Arbeitsleben aus. Etwa 138.000 Stellen können dabei nach aktuellen Prognosen nicht nachbesetzt werden. Dieser Arbeitskräftemangel stellt uns als Gesellschaft vor große Herausforderungen – Thüringen muss sich deshalb aktiv auf dem internationalen Arbeitsmarkt bemühen, um im weltweiten Wettbewerb um Arbeitskräfte standhalten zu können.

Kernziele:

- Menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in dezentralen Wohnungen
- Bedarfsgerechter Ausbau und Modernisierung von Kapazitäten in der Erstaufnahme
- Zugang zu Beratung, Bildung und Teilhabe am Arbeitsmarkt von Anfang an
- Rahmenbedingungen für Integration durch Integrations- und Teilhabegesetz verbessern
- Fachkräfteeinwanderung ermöglichen und Willkommenskultur in Behörden (siehe Kapitel Wirtschaft)

Sicher und gut ankommen

In den letzten Jahren erleben wir steigende Zahlen von Asylsuchenden. Der Angriffskrieg in der Ukraine hat außerdem gezeigt, wie plötzlich und dynamisch sich Ankunftsgeschehen verändern können. Um Geflüchtete aufzunehmen, müssen in allen Bundesländern mehr Unterbringungsplätze geschaffen werden. Auch in Thüringen haben viele ukrainische Geflüchtete noch immer keine eigene Wohnung gefunden, was in der Folge zu vollen Erstaufnahmeeinrichtungen und insgesamt zu wenig Kapazitäten der Kommunen in der Anschlussunterbringung führt. Mit der Schaffung neuer Plätze in der Erstaufnahme, einer verbesserten Kostenerstattung an die Kommunen und einer entschiedenen Förderung der dezentralen Unterbringung in Wohnungen wollen wir Rahmenbedingungen für ein gutes und sicheres Ankommen der nach Thüringen geflüchteten Menschen sicherstellen. Unser Ziel für Thüringen: ein modernes, leistungsfähiges und menschenwürdiges Unterbringungssystem.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Modernisierung, Ausbau und Schaffung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen mit dem Ziel, die derzeitigen Erstaufnahmekapazitäten bedarfsgerecht zu erhöhen
- Unterkünfte an den Ansprüchen der Menschen ausrichten, Barrierefreiheit und Privatsphäre gewährleisten
- Im Rahmen der Aufnahme und Verteilung besondere Schutzbedarfe zu Beginn feststellen und durchgängig berücksichtigen, Familientrennung unbedingt vermeiden
- Aufenthalt in der Erstaufnahme so kurz wie möglich gestalten, Aufhebung der Wohnverpflichtung in der Erstaufnahmeeinrichtung
- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, finanzielle Förderung zur Wohnraumbereitstellung ausweiten (siehe Kapitel Wohnen)
- Geflüchteten private Wohnsitznahme während der Anschlussunterbringung ermöglichen
- Finanzierung und dadurch die Verfügbarkeit der Sozialbetreuung von Asylsuchenden in den Kommunen verbessern
- Regelmäßige Überprüfung der Unterbringungsstandards und Sicherstellung von Lernorten für geflüchtete Schüler*innen und Auszubildende
- Stärkung der behördenunabhängigen Asylverfahrens- und Migrationsberatung, Fortführung und weiterer Ausbau des Landesprogramms Dolmetschen
- Für besonders schutzbedürftige Geflüchtete (Opfer von Menschenhandel, Queere, Traumatisierte, Behinderte, allein reisende Frauen, unbegleitete minderjährige Geflüchtete etc.) spezialisierte Beratungs- und Unterstützungsangebote etablieren
- Förderung unabhängiger und ehrenamtlicher Unterstützungsnetzwerke

Mit Integration, modernen Verwaltungsstrukturen und positiver Willkommenskultur Thüringens Vielfalt gestalten

Migration gehört zu unserem Alltag und prägt unser Zusammenleben. Unsere Gesellschaft ist eine Einwanderungsgesellschaft und auch Thüringen wird zunehmend vielfältiger. Für uns kommt es daher darauf an, dass wir diese Vielfalt positiv gestalten. Dies setzt die gleichberechtigte politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Migrant*innen voraus, damit die Menschen, die hier leben, sich bei uns einbringen, hier arbeiten und sich ein sicheres und selbstbestimmtes Leben aufbauen können.

Dafür möchten wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und in gegenseitiger Anerkennung und Respekt die Integration für alle hier lebenden Menschen möglich machen. Dies zu erfüllen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller. Vor allem braucht es eine positive Willkommenskultur, ausreichend Kitaplätze, eine

unbürokratische digitale Verwaltung und ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht auf Bundesebene. Der entschlossene Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus ist elementar für eine echte Willkommenskultur. Der entschlossene Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus ist für uns elementar für eine echte Willkommenskultur.

Die zunehmend wachsende Zahl von Migrant*innenorganisationen unterstützen und fördern wir. Ehrenamtliche Strukturen, die in den letzten Jahren im Bereich Willkommenskultur und Integrationsarbeit viel geleistet haben, möchten wir durch Stärkung staatlicher Strukturen unterstützen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gewährleistung von Sprachkursen für alle Geflüchteten, die keinen Zugang zum Integrationskurs haben, unabhängig von der Bleibeperspektive
- Verstetigung und Ausweitung der Landesprogramme Start Deutsch, Start Bildung und Förderung der Herkunftssprache
- Verankerung eines bedingungslosen Rechts auf Bildung zum Nachholen von Schulabschlüssen und Stärkung der Bildungsberatung für Geflüchtete
- Entlastung für die Kommunen und schnellere Verfahren zur Fachkräftezuwanderung und zur Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen in einem Amt für Migration
- Einführung eines stichtagsunabhängigen Spurwechsels und Ausweitung des Chancenaufenthaltsrechts
- Absicherung sämtlicher Integrationsmaßnahmen des Landes durch ein Integrationsfördergesetz
- Stärkung von Migrant*innenselbstorganisation und niedrigschwelliger Zugang zu Fördermöglichkeiten im Bereich Migration und Integration
- Interkulturelle und digitale Kompetenzen sowie Mehrsprachigkeit in den Kommunen und Ausländerbehörden fördern

Humanitäre Verantwortung übernehmen - Asylrecht verteidigen!

Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, bei der jeder einzelne Mensch zählt. Deshalb verteidigen wir das Grundrecht auf Asyl. Es ist Teil unserer Verfassung und eine Lehre aus der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. So setzen wir uns auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene dafür ein, dass dieses Grundrecht nicht weiter geschliffen und missachtet wird. Das Sterben an den europäischen Außengrenzen muss enden. Die faire und rechtsstaatliche Prüfung des Anspruchs auf Schutz und Asyl ist elementar.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Abschaffung des Konstrukts sicherer Herkunftsstaaten, denn das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten zielt darauf, Schutzsuchende aus diesen Ländern

schnell abzuschieben, indem nicht menschenrechtliche Tatsachen, sondern die pauschale Unterstellung fehlender Schutzgründe erfolgt

- Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete und Regionen, in denen es zu massiven Menschenrechtsverletzungen kommt oder in denen religiöse Minderheiten diskriminiert werden (bspw. Jesid*innen im Irak)

- Winterabschiebestopp für alle Länder, in denen die Betroffenen nach einer Abschiebung existenziell bedroht sind

- Fortführung von Landesaufnahmeprogrammen, die besonders schutzbedürftige Geflüchtete aus den katastrophalen Bedingungen an der europäischen Außengrenze oder anderen Drittstaaten herausholen

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 3. Wir bauen Diskriminierung konsequent ab

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir bauen Diskriminierung konsequent ab

In einer freien und gerechten Gesellschaft müssen alle Menschen frei von Diskriminierung leben können. Doch bis wir dies erreichen, ist es noch ein langer Weg. Noch immer werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer Herkunft oder ihres Alters diskriminiert. In den vergangenen Jahren haben wir BÜNDNISGRÜNE die ersten Schritte hin zu einer umfassenden Antidiskriminierungsarbeit gemacht.

Mit der Enquetekommission Rassismus haben wir zahlreiche Maßnahmen entwickelt, die teilweise noch auf ihre ressortübergreifende Implementierung warten. Zusammen mit der Zivilgesellschaft wollen wir diese Strukturen und Regelungen weiterentwickeln. Thüringen braucht eine gut aufgestellte und flächendeckend erreichbare unabhängige Antidiskriminierungsberatung. Deshalb möchten wir Diversität in sämtlichen Bereichen fördern und Zugangsbarrieren abbauen. Dies gelingt nur an der Seite der Zivilgesellschaft.

Kernziele:

- Landesantidiskriminierungsgesetz einführen zum Schutz vor Diskriminierungen, insbesondere zum Schluss der Schutzlücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), Erweiterung des

Merkmalskatalogs, Klagerecht bei Ungleichbehandlung durch staatliche Stellen und Verbandsklagerechte

- Ausbau der unabhängigen Antidiskriminierungsberatung mit Verdoppelung des Personals und langfristiger Finanzierung, statistische Erfassung der Tätigkeiten und Communityarbeit
- Weiterentwicklung der Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) insbesondere in ihrer Funktion für öffentliche Verwaltungen mit Kompetenzen als Prüf-, Beschwerde- und Koordinierungsstelle
- LADS in die Lage versetzten, Datengrundlagen für Diskriminierungsfälle in Thüringen zu erheben und Studien zu Diskriminierung in Thüringen umzusetzen
- LADS als Meldestelle für diskriminierende Werbung etablieren
- LADS mit ausreichend Mittel für öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Projekte ausstatten
- Umsetzung der Empfehlungen aus der Enquetekommission Rassismus
- Erhebung von Daten im Zusammenhang mit dem AGG
- Förderung von Netzwerkstrukturen und Anlaufstellen auch im ländlichen Raum
- Diversität im öffentlichen Dienst fördern
- Etablierung von wirksamen internen Antidiskriminierungsstellen in Thüringer Behörden
- Etablierung geeigneter Einrichtungen und Strukturen in Landkreisen und kreisfreien Städten für kommunale Antidiskriminierungs- oder Ombudsarbeit sowie Bereitstellung entsprechender Ressourcen
- Monitoringprojekte zur Dunkelfeldanalyse bei Formen der institutionellen Diskriminierung und Racial Profiling
- Etablierung unabhängiger Ermittlungsstellen zu Racial Profiling außerhalb der Polizei
- Förderung flächendeckender und niedrigschwellig erreichbarer Antidiskriminierungsberatung
- Melde- und Informationsstelle für Antisemitismus RIAS stärken und ausbauen
- Angemessene Beratungsangebote für Sinti*zze sowie Rom*nja schaffen
- Einrichtung einer Thüringer Melde- und Informationsstelle über antiziganistische Vorfälle
- Unterstützung von Betroffenen von Antiziganismus verbessern

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 4. Wir schützen die Vielfalt von Religion und Weltanschauungen

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir schützen die Vielfalt von Religion und Weltanschauungen

Unsere Gesellschaft ist auch in Thüringen im Bereich der Religionen und Weltanschauungen in den letzten 30 Jahren deutlich vielfältiger geworden.

Aus diesem Grund ist es unser Ziel, das Verständnis und die Toleranz für unterschiedliche Glaubensrichtungen und Weltanschauungen zu fördern. Den Austausch und die Reflexion über die Grundüberzeugungen halten wir für notwendig, um den wechselseitigen Respekt füreinander zu stärken. Deshalb möchten wir der Begegnung und dem Dialog von religiösen und nicht religiösen Schüler*innen in der Schule mehr Raum geben und den Unterricht in den Fächern Religion und Ethik neu organisieren.

Jüdische und muslimische Menschen können in Thüringen immer häufiger nicht offen zu ihrem Glauben stehen. So haben beispielsweise Jüdinnen und Juden mit starkem Antisemitismus und Anfeindungen zu kämpfen. Dem treten wir entschieden entgegen und stehen solidarisch an der Seite der jüdischen Landesgemeinde in Thüringen.

Kernziele:

- Die Einzelfächer Ethik und Religion zu einer integrativen Fächergruppe „Ethik – Philosophie – Religion“ weiterentwickeln
- Als Kern ein ergänzendes neues Dialogmodul, in dem alle Schüler*innen im gemeinsamen Gespräch lernen, im Wechsel mit getrenntem konfessionellem bzw. Ethikunterricht
- Dialogmodul und Ethik-/Religionsmodule nacheinander im Laufe eines Schuljahres z.B. im vierteljährlichen Wechsel unterrichten und enge inhaltliche Verknüpfung dieser Phasen, z.B. durch gemeinsame Projekte zu einem Thema
- Prüfen, inwieweit Religionsmodule auch für andere Religionsgemeinschaften (jüdisch, muslimisch) angeboten werden können, beispielsweise über Hybridunterricht
- Schutz der Religionsfreiheit für alle Menschen in Thüringen
- Stärkere Unterstützung der muslimischen Glaubensgemeinschaften bei der Verteidigung gegen antimuslimischen Rassismus, auch unter anderem durch bessere Schutzmaßnahmen

Jüdisches Leben stärken und Antisemitismus konsequent bekämpfen

Das Themenjahr "Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen" hat den Reichtum und die Geschichte jüdischen Lebens in unserem Freistaat sichtbarer gemacht. Seit dem letzten Jahr ist das Jüdisch-Mittelalterliche Erbe in Erfurt Weltkulturerbe. Die Jüdische Landesgemeinde mit ihrem religiösen und sozialen Leben, aber auch Veranstaltungen und Projekte, wie der Yiddish Summer Weimar, zeigen beispielhaft Vielfalt und Vitalität jüdischen Lebens in Thüringen heute. Daran gilt es anzuknüpfen und es auszubauen: Jüdisches Leben hat Wurzeln in Thüringen und jüdisches Leben hat Zukunft in Thüringen.

Daran ist festzuhalten und das ist zu betonen insbesondere vor dem Hintergrund eines wachsenden Antisemitismus, der gerade nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023 weiter um sich greift. Egal aus welchen ideologischen Quellen sich Antisemitismus speist: Ihm müssen wir entschlossen entgegentreten. Nie wieder ist jetzt. Wir stehen solidarisch an der Seite der Jüdinnen und Juden und stellen uns schützend vor die Orte jüdischen Lebens und Erinnerns in Thüringen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Die stärkere Unterstützung der jüdischen Landesgemeinde
- Ständig angepasste Schutzmaßnahmen zur Sicherstellung jüdischen Lebens in Thüringen
- Politische und kulturelle Bildungsangebote zu jüdischem Leben ausbauen
- Langfristige Sicherung der Finanzierung von jüdischen Kulturprojekten wie dem Yiddish Summer Weimar

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 5. Wir stärken Demokratie und Beteiligung auf allen Ebenen

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stärken Demokratie und Beteiligung auf allen Ebenen

Die Demokratie ist einer unserer wichtigsten, aber auch vulnerabelsten Grundwerte. Vor mehr als 35 Jahren haben sich die Menschen im heutigen Thüringen ihre Freiheit und die Demokratie hart erkämpft. Heute wiederum müssen wir sie so leidenschaftlich und vehement verteidigen wie nie.

Ob unsere Demokratie stark ist, entscheidet sich aber nicht nur im Parlament. Entscheidend ist auch, ob es eine starke Zivilgesellschaft gibt, die sich einbringt und für ihre Werte streitet. Es entscheidet sich im Sportverein, in der Schulklasse oder am Abendbrottisch. Und es kommt darauf an, ob sich in unserer Gesellschaft alle Menschen sicher und verstanden fühlen, ob sie teilhaben können und akzeptiert werden. Wir wollen eine starke und lebendige Demokratie, die nicht mit dem Gang zur Wahlurne endet. Wir möchten Bürger*innen ermutigen und befähigen, sich einzubringen und für ihre Ideen zu kämpfen. Wir wollen Bürger*innenbeteiligung einfach und unkompliziert machen. Und wir möchten eine wehrhafte Demokratie durch eine selbstbewusste Zivilgesellschaft schaffen. Dabei setzen wir auf eine bessere Absicherung zivilgesellschaftlicher Demokratieprojekte und einen starken Fokus auf politische Bildung in Schule und Erwachsenenbildung.

Kernziele:

- Direkte Demokratie und Bürger*innenbeteiligung weiter ausbauen, Bürger*innenräte einsetzen
- Versammlungsrecht bürgerfreundlicher machen
- Thüringer Verfassung fit machen für 21. Jahrhundert
- Parlamentarische Arbeit transparenter gestalten

Direkte Demokratie und Bürger*innenbeteiligung ausbauen

Demokratie lebt von der politischen Teilhabe ihrer Bürger*innen. In den vergangenen Legislaturperioden konnten wir durch einfache Beteiligungsformate bereits mehr Bürger*innen mit einbeziehen. Politik soll alle Menschen erreichen und das auch durch verständliche Informationen.

Wir wollen niederschwellige und zielgruppengerechte Kommunikation über politische Prozesse auf allen politischen Ebene schaffen.

Neben niederschwelligen Beteiligungsformaten, sollen auch gute Prozesse zur Rückmeldung mit Ausweisung des Antwortfortschrittes an die Bürger*innen gegeben sein. Wir wollen politische Abwägungen und Entscheidungen transparenter machen und “Scheinbeteiligungen” abwenden. Unser Ziel ist die politische Selbstwirksamkeit zu erhöhen und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stärkere politische Kommunikation vor Ort ("aufsuchende Politik")
- Bildungsprogramme zu politischen Prozessen aufbauen und stärken
- Unterstützung der kommunalen Ebene bei der Schaffung von mehr Transparenz
- Online-Portal und analoge Anlaufstellen für mögliche landespolitische Fragen oder zu Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren
- Aufbau der Kompetenzen zu Bürger*innenbeteiligung in Ministerien und Landesbehörden.
- Wichtige Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren durch umfassende, institutionalisierte und obligatorische Beratungen mit den Bürger*innen ergänzen
- Unterstützung von Kommunen bei der Entwicklung von Beteiligungskonzepten
- Bürgerräte auf verschiedenen politischen Ebenen gezielt einsetzen, um konkrete politische Fragestellungen im Zusammenspiel mit Bürger*innen zu beraten und zu und zu entscheiden sowie Entscheidungen für die Öffentlichkeit bereitstellen
- Finanzvorbehalt bei Volksbegehren abschaffen und Quoren absenken

Versammlungsrecht liberalisieren

Die Bedeutung von Versammlungen als Ausdruck demokratischer Teilhabe und gesellschaftlichen Engagements wird in unserer zunehmend vielfältigen Welt immer deutlicher. Wir setzen uns gezielt mit den Herausforderungen und Chancen auseinander, die im Zusammenhang mit Versammlungen entstehen. Auch setzen wir uns dafür ein, dass Versammlungen human und angemessen von der Polizei begleitet werden. Außerdem wollen wir die Versammlungsbehörden, also die kommunalen Ordnungsämter stärken, damit das Recht auf Versammlungsfreiheit auch gut begleitet und umgesetzt werden kann. Wir kämpfen für ein liberales Versammlungsrecht.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Berücksichtigung von zivilem Ungehorsam im Rahmen des Versammlungsrechts, Regeln für friedliche Blockaden schaffen und Vermummungen zu Ordnungswidrigkeiten abstufen
- Nutzung gezielterer und angemessenerer Einsatzmittel und Richtlinien für die Kommunikation von Versammlungsbehörde und Polizei
- Verbindliche Regelungen für den Einsatz von Pfefferspray als Einsatzmittel aufgrund des hohen Verletzungspotentials
- Stärkung, verbesserte Informationsanbindung und Weiterbildung von Versammlungsbehörden für eine bessere Handlungsfähigkeit
- Taskforce Versammlungslagen des Thüringer Innenministerium personell stärken
- Kommunikationsbeamt*innen bei jeder größeren Versammlung oder bei Gefährdung, entsprechende Aus- und Fortbildungen für Beamt*innen bereitstellen
- Liberalisierung des Versammlungsrechts mit eigenem Landesgesetz

Thüringer Verfassung modernisieren

Unsere Verfassung ist die wichtigste Grundlage für eine funktionierende und gesunde Demokratie im Freistaat. Unser Ziel ist deshalb: Wir machen die Thüringer Verfassung fit für das 21. Jahrhundert mit all seinen Herausforderungen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Konsequentes Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Klimaneutralität, aber auch zu Ehrenamt und Digitalisierung als Staatsziele in der Verfassung
- Gesonderte Aufnahme von Kinderrechten in der Verfassung
- Ein Bekenntnis zum geeinten Europa in der Landesverfassung
- Die Umwandlung des Bürgerantrages zu einem Einwohnerantrag mit niedrigerem Quorum, den auch Thüringer*innen ohne deutschen Pass ab 14 Jahren unterschreiben dürfen
- Absenkung des Mindestwahlalters bei Kommunalwahlen auf 14, bei Landtagswahlen auf 14 Jahre
- Automatische Versendung der Briefwahlunterlagen
- Klarstellung der Regelungen zur Anwendbarkeit der Vertrauensfrage sowie der Ministerpräsident*innenwahl in der Landesverfassung
- Anpassung der Verfassung in geschlechtergerechter Sprache
- Prüfung einer Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsklausel in der Verfassung

Parlamentsrecht transparenter machen

Öffentlichkeit und Transparenz sind zentrale Prinzipien der Demokratie. Deswegen machen wir uns dafür stark, dass die parlamentarische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, offen und nachvollziehbar und damit öffentlich zugänglich stattfindet. Dies gilt nicht nur für Plenarsitzungen des Landtages, sondern auch für die Ausschüsse, in denen inhaltliche „Feinarbeit“ geleistet wird. Seit Jahren streiten wir BÜNDNISGRÜNE für mehr Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Offenlegung politischer Interessenvertretung. In einem Lobbyregister wollen wir nun nachvollziehbar machen, wer in welcher Weise und in wessen Auftrag auf die von den Abgeordneten beschlossenen Inhalte Einfluss nimmt und welche finanziellen Mittel gegebenenfalls für die Lobbytätigkeit aufgewendet werden.

Für uns steht die Unabhängigkeit des Mandats im Mittelpunkt des Handels von Abgeordneten. Deswegen machen wir uns stark für eine Offenlegung der Einkünfte von Parlamentarier*innen. Unsere BÜNDNISGRÜNEN Abgeordneten gehen hier mit gutem Beispiel voran und machen seit 2009 öffentlich, was sie monatlich an Diäten und möglichen Zusatzverdiensten erhalten, aber auch welche Mitgliedschaften und welche zusätzlichen kommunalen oder ehrenamtlichen Ämter sie innehaben. Spenden und geldwerte Vorteile von Lobbyist*innen für Abgeordnete und Fraktionen lehnen wir genauso ab wie Lobbyismus ehemaliger Regierungsmitglieder und Staatssekretär*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Öffentlichkeit der Fachausschüsse im Thüringer Landtag
- Verbindliches Lobbyregister als Ergänzung zum „legislativen“ Fußabdruck, um Einflussnahme transparent zu machen
- Offenlegung der Einkünfte der Abgeordneten durch Änderung im Thüringer Abgeordnetengesetz
- Sperrfrist von 3 Jahren für ausscheidende Minister*innen und Staatssekretär*innen für Beschäftigung in Bereichen, in denen diese als Regierungsmitglieder beschäftigt waren
- Verbot von Spenden und geldwerten Vorteilen von Lobbyist*innen für Abgeordnete und Fraktionen

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 6. Wir fördern Ehrenamt und Freiwilligendienste

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir fördern Ehrenamt und Freiwilligendienste

Ehrenamt hält unser Land zusammen. Ob bei der freiwilligen Feuerwehr, im Sportverein, im Tierschutz oder im Kindergarten: in vielen gesellschaftlichen Bereichen ist diese Form des bürgerschaftlichen Engagements unverzichtbar. Mehr als 41 Prozent der Menschen in Thüringen übernehmen im Ehrenamt Verantwortung, zusätzlich zu Erwerbsarbeit und familiären Verpflichtungen. In manchen Bereichen jedoch wird es immer schwieriger, Ehrenamtliche zu finden. Umso wichtiger ist es, dass auch das Land sein Möglichstes tut, um Ehrenamt zu stärken und abzusichern.

Dies gilt auch für Freiwilligendienste, die nicht nur eine bereichernde Erfahrung und ein Orientierungsangebot für zumeist junge Menschen sind, sondern ein wichtiger Pfeiler für viele gesellschaftliche Bereiche. Mehr als 2.000 Menschen bringen sich in Thüringen jährlich mit großem Engagement für unsere Gesellschaft ein. Viele junge Menschen können sich ohne Unterstützung aus privater Hand einen Freiwilligendienst finanziell nicht leisten. Durch eine höhere finanzielle Absicherung wollen wir mehr Menschen den Zugang zu Freiwilligendiensten ermöglichen und gesellschaftliches Engagement belohnen.

Kernziele:

- Ehrenamtsstrategie des Landes erarbeiten und umsetzen
- Adressatenkreis der Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtlich Tätige ausweiten, z.B. auf Personen mit einer Ausbildung zum*zur Übungsleiter*in
- Beibehaltung der kostenfreien Ausbildung zur Jugendleiter*in (Juleica)
- Zahlung von Aufwandsentschädigungen bei systemrelevanten Ehrenämtern erhöhen und ausweiten
- Finanzielle Mittel der Ehrenamtsstiftung aufstocken, Weiterfinanzierung des „Thüringen Jahrs“
- Förderprogramme entbürokratisieren und Antragsstellungen sowie Verwendungsnachweise konsequent mit Hilfe einer landeseigenen digitalen Förderplattform vereinheitlichen
- Mehrjährige Förderungen priorisieren und Zuwendungen zu Beginn der Maßnahmen bewilligen, um ein Vorstrecken von privaten Geldern zur Vorfinanzierung zu vermeiden
- Auf Dauer angelegte Angebote und Programme in institutionelle Förderungen überführen
- Mehr Unterstützungs- und Beratungsangebote für Vereine und Initiativen bei Buchhaltung und Bürokratie, zum Beispiel bei der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln
- Niedrigschwellige Fördertöpfe für Kleinstprojekte schaffen
- Zentrales Angebot für digitale Vereinsarbeit in Form von Organisations- und Kommunikationstools mit einfacher Handhabe und hohem Datenschutz etablieren
- Gründung von Freiwilligenagenturen im ganzen Land weiter voranbringen
- Ehrenamtsbeauftragte als zentrale Ansprechpartner*innen in den Landkreisen schaffen
- Bessere Sensibilisierung von Verwaltungsmitarbeiter*innen in der Arbeit mit Ehrenamtlichen
- Freiwilligendienstleistenden gleiche Ermäßigungen wie Studierenden gewähren
- Erhöhung des Taschengelds für Freiwilligendienstleistende in Thüringen und stärkere Beteiligung des Landes an den Kosten für die Einsatzstellen
- Absenkung der Wocheneinsatzzeit der Freiwilligendienstleistenden auf 32 Stunden und Freiwilligendienste in Teilzeit ermöglichen

- Mehrbedarf für Freiwillige mit besonderen Bedarfen oder Assistenzen absichern
- Angebote für Freiwilligendienstleistende über 27 Jahre ausbauen

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 7. Wir halten Kommunen handlungsfähig

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir halten Kommunen handlungsfähig

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise in Thüringen sind das Herzstück in der Frage: Wie kann gutes Leben in Thüringen aussehen? Hier entscheiden sich viele wichtige Dinge des täglichen Lebens. Gibt es genügend bezahlbaren Wohnraum, Kindergärten und Schulen? Existiert eine funktionierende, digitalisierte Verwaltung, die Bürger*innen ernst nimmt? Gibt es genügend Sporthallen, Schwimmbäder, Parks und lebendige Innenstädte? Fahren genug Busse?

Kommunen übernehmen viele wichtige Aufgaben, die das Leben der Menschen direkt betreffen. Gerade die aktuellen Herausforderungen eines klimagerechten Strukturwandels, einer Mobilitäts-, aber auch Bauwende betreffen die Kommunen besonders. Darum ist es uns ein Herzensanliegen, Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken. In der besseren Finanzierung der Kommunen haben wir bereits einiges erreicht und setzen uns auch auf Bundesebene für eine auskömmliche Finanzierung ein. Aber es geht eben nicht nur um das Geld: es geht auch um funktionierende Strukturen und um eine starke Demokratie auch auf kommunaler Ebene.

Kernziele:

- Stärkung der kommunalen Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Digitalisierung sowie alle Belange der Daseinsvorsorge
- Thüringer Kommunalordnung weiter überarbeiten, Transparenz und Kompetenzen für Räte stärken
- Kommunale Demokratie stärken und Kommunalpolitik attraktiver machen

Kommunen absichern, Handlungsspielräume ermöglichen

In der auskömmlichen Finanzierung der Kommunen haben wir unter BÜNDNISGRÜNER Regierungsbeteiligung bereits wichtige Fortschritte gemacht – noch nie floss so viel Landesgeld wie heute in die Haushalte der Kommunen. Das Ergebnis: Die Verschuldungen der Städte und Gemeinde sinken und auch für Investitionen gibt es etliche Zuschüsse. Gerade der neu eingeführte Soziallastenausgleich entlastet die Kommunen deutlich. Trotzdem sind die Investitionsbedarfe weiterhin hoch – gerade vor dem Hintergrund der Klimakrise und der Digitalisierung, aber auch dem Ausbau von öffentlichem Nahverkehr, guten Bildungs-, Betreuungs-, und Kulturangeboten, gibt es viel zu tun. Insbesondere Investitionen in erneuerbare Energien rentieren sich für die Kommunen sehr schnell. Daher muss es ihnen möglich sein, diese Investitionen ohne große Hürden zu tätigen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Modernen sozial-ökologischer kommunalen Finanzausgleich, der besonders die Bereiche Klima, Digitalisierung, Bildung, Teilhabe und Erreichbarkeit berücksichtigt
- Stärkung des "Konnexitätsprinzips", nach dem alle Aufgabenübertragungen an Kommunen angemessen finanziert werden müssen (siehe Kapitel Haushalt & Finanzen)
- Dialog mit Kommunen zum weiteren Schuldenabbaupfad und Haushaltskonsolidierung für stark verschuldete Kommunen
- Weiterführung und Ausbau von gezielter Unterstützung der Kommunen bei Belangen der Daseinsvorsorge, von Klimaschutz- und Klimaanpassung, chancengerechter Bildung, attraktiven Kulturangeboten, Einrichtungen für ein vielfältiges und generationenübergreifendes Miteinander, Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung sowie Schaffung moderner und barrierefreier öffentlicher Infrastruktur
- Unterstützung bei Aufgaben der Gemeinschaftsverpflegung
- Beteiligung von Kommunen an Energiegenossenschaften und anderen rentierlichen Investition im Energiebereich ermöglichen
- Finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Erlösen von Windenergieanlagen über ein Energiebeteiligungsgesetz garantieren
- Einrichtung von Fonds in Thüringer Kommunalordnung ermöglichen, beispielsweise für Bodenbevorratung (siehe Kapitel Wohnen)
- Einsatz auf Bundesebene für mehr kommunale Finanzautonomie, z. B. mehr Steueranteile für Kommunen
- Finanzielle und strukturelle Förderung von kommunaler Bürgerbeteiligung, Ehrenamt, Nachbarschaftsprojekten, sowie einem lebendigen Vereinsleben in Kultur, Sport und weiteren gesellschaftlichen Bereichen
- Vereinfachung der Regelungen im Zusammenhang mit Stellenbesetzungsverfahren und Fachkräftegewinnung, insbesondere der Fachkräftezulage oder Einstufung entsprechenden Erfahrungsstufen im TVöD

Demokratie in Kommunen stärken

Viele tausende Menschen sind auf kommunaler Ebene ehrenamtlich politisch aktiv. Sie gestalten damit in ihrer Freizeit das Leben in ihren Städten, Dörfern und Landkreisen mit. Daher wollen wir die Kommunalpolitik darin stärken, attraktiver für Ehrenamtliche zu werden und mehr Menschen einzubinden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Transparentere und bürger*innenfreundlichere Gestaltung der Thüringer Kommunalordnung unter anderem mit mehr Frage- und Befassungsrechten für Räte
- Weiteren Ausbau der verpflichtenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kommunalordnung
- Einführung und Unterstützung von Kinder- und Jugend- oder Schüler*innen-Parlamenten
- Absenkung des kommunalen Wahlrechts, sodass Jugendliche bereits ab 14 Jahren wählen dürfen
- Auch Nicht-EU-Bürger*innen das aktive und passive kommunale Wahlrecht ermöglichen
- Einführung der automatischen Zusendung von Briefwahlunterlagen und offiziellen Informationen über die Bewerber*innen bei Kommunalwahlen
- Den Zwang zur Amtseintragung für die Sammlung von Unterstützer*innenunterschriften für die Einreichung von Wahlvorschlägen abschaffen
- Öffentlichkeit von Ausschüssen verpflichtend einführen und Rechte der kommunalen Parlamente stärken bei der Kontrolle kommunaler Unternehmen und Beteiligungen, aber auch der Kommunalverwaltung
- Stärkung der Rolle des "Sachkundigen Bürgers" in Kommunalausschüssen
- Thüringer Kommunalordnung weiterentwickeln und kommunalen Räten mehr Kontrolle und Fragerechte bei Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises ermöglichen
- Möglichkeit von Scheinkandidaturen unterbinden
- Bürger*innen stärker als bisher an Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden und der dafür erforderlichen Ausgabenplanung beteiligen
- Integrationsbeiräte mit festen Kompetenzen in Kommunalordnung verankern
- Unterstützung der Einrichtung weiterer kommunaler Integrationsbeiräte und ihrer Einbindung in politische Entscheidungsprozesse
- Attraktivität der Arbeit der Gemeinderäte und Kreistage erhöhen und Bedingungen für das Ehrenamt stärken, unter anderem durch die Ermöglichung von hybriden Sitzungen, geregelte Erstattung von Kinderbetreuungskosten, familienfreundlichere Sitzungszeiten, gezielte Unterstützung der Kandidatur von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen für

Kommunalmandate, eine festgelegte Mindestfinanzierung für Fraktionen (siehe Kapitel Demokratie)

- Förderprogramm für Kommunen zur Einführung und Stärkung familienfreundlicher Gremienarbeit
- Freistellungsregelungen und Verdienstausfall für Ehrenamt auch für Angestellte adäquat regeln
- Unterstützung kommunaler Antidiskriminierungsarbeit und Stärkung der Diversität von Kommunalverwaltungen (siehe Kapitel Antidiskriminierung)

Leistungsfähigkeit der Kommunen sichern

Kommunen sind direkt mit der Bewältigung vieler politischer Herausforderungen konfrontiert. Von der Bereitstellung einer sozial gerechteren Daseinsvorsorge über attraktive Mobilitätsangebote bis hin zu der entscheidenden Frage, wie wir die Klimakrise vor Ort meistern - Vieles entscheidet sich auch an der Leistungsfähigkeit der Kommunen. Daher wollen wir effiziente, leistungsfähige und modern ausgestattete Kommunen.

Das erfordert auch eine moderne digitale und leistungsstarke Verwaltung. Für die Bürger*innennähe ist es wichtig, dass Behörden einfach und unkompliziert vor Ort ansprechbar sind – beispielsweise über die flächendeckende Einrichtung von Bürgerservicebüros und -terminals. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und Gemeindezusammenschlüsse bleiben weiter wichtig, denn gemeinsam lösen sich Probleme am besten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gestärkte kommunale Selbstverwaltung
- Unterstützung der Kommunen bei Modernisierung der Verwaltung – digital, nah an den Bürger*innen, agil
- Fortsetzung der Förderung freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse als erfolgreicher Ansatz für Modernisierung der Gebietsstrukturen in Thüringen
- Bürger*innen in Gebiets- und Verwaltungsreformen intensiv einbeziehen, beispielsweise über regionale Bürgergutachten
- Fokus auf Steigerung der interkommunalen Zusammenarbeit, vor allem auch auf Kreisebene
- Flächendeckendes Angebot von Servicebüros und Terminals für Bürger*innen
- Zügiger Ausbau des Angebots von Verwaltungsleistungen im Internet

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 8. Wir stärken die, die für uns im Einsatz sind - Blaulicht und Justiz

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stärken die, die für uns im Einsatz sind - Blaulicht und Justiz

Um sich in unserer Demokratie frei entfalten zu können, brauchen die Bürger*innen Thüringens eine Innenpolitik, die ihnen Sicherheit gewährleistet und ihre Rechte und Freiheiten schützt. Wir BÜNDNISGRÜNE verstehen den Begriff Sicherheit nicht als Überwachung und Repression. Sicherheit bedeutet, dass sich alle Menschen geschützt fühlen – egal, welches Geschlecht, welche Hautfarbe, welche Herkunft oder welche Religion sie haben.

Eine gute Innen- und Justizpolitik besteht für uns aus den Eckpfeilern Transparenz,Prävention, Bürger*innennähe und der Berücksichtigung der Betroffenenperspektive. Diesen Kriterien muss auch polizeiliches Handeln gerecht werden. Wenn der Staat sein Gewaltmonopol ausübt, darf kein Zweifel daran bestehen, dass nach objektiven Kriterien gehandelt wird. Wir BÜNDNISGRÜNE stärken die Polizei in ihrer Bürger*innennähe. Gesellschaftliche Themen und den Umgang mit Opfern von Gewalt möchten wir noch stärker in der polizeilichen Ausbildung verankern.Die personellen Ressourcen der Justiz möchten wir weiter ausbauen, den Opferschutz verbessern sowie die Betroffenenperspektive in Strafverfahren und behördlichen Handeln stärken, damit Menschen nicht noch einmal Opfer werden, wenn sie mit Behörden und Gerichten zu tun haben. Wir fordern weiterhin ein vehementes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität sowie gegen Hatespeech und häusliche Gewalt.

Ehren- und hauptamtliche Strukturen des Brand- und Katastrophenschutzes sorgen rund um die Uhr für unsere Sicherheit. Dafür wollen wir sie besser ausstatten und ihre gefährliche und wichtige Arbeit dadurch bestmöglich absichern. In Zeiten sich durch die Klimakrise häufender Naturkatastrophen stärken wir die kommunale Gefahrenabwehr und wappnen sie für diese besondere Herausforderung. Den Rettungsdienst wollen wir bei steigender Inanspruchnahme und gleichzeitigem Fachkräftemangel entlasten, z.B. durch digitale Lösungen und dem weiteren Voranbringen von telemedizinischen Angeboten. Gleichzeitig stärken wir die Notfallsanitäter*innen in ihren rechtlichen Kompetenzen.

Kernziele:

- Moderne Sicherheitspolitik: Verbesserung von Aus- und Fortbildung bei der Thüringer Polizei, Supervision und Fehlerkultur sowie kriminologische Weiterentwicklung von Abläufen und polizeilichen Meldediensten
- Nachwuchs für die Justiz, Maßnahmen zum Opferschutz und effiziente Strukturen insbesondere zur Verfolgung von häuslicher Gewalt oder Vorurteilskriminalität
- Entschlosseneres Vorgehen gegen Hatespeech und Hasskriminalität
- Feuerwehren, Rettungsdienst und Katastrophenschutz im Haupt- und Ehrenamt stärken
- Konsequenteres Vorgehen gegen Strukturen der organisierten Kriminalität in Thüringen

Feuerwehr und Katastrophenschutz stärken

Feuerwehr und Katastrophenschutz sind 24 Stunden täglich für unsere Sicherheit da und das zu großen Teilen im Ehrenamt. Durch die Klimakrise und die sich dadurch häufenden Extremwetterereignisse, Hochwasserlagen und Waldbrände sind sie auch in Thüringen besonders gefordert. Um diese Herausforderungen zu meistern, brauchen Feuerwehr und Katastrophenschutz genügend Personal,ausreichend finanzielle Mittel sowie eine zeitgemäße technische und persönliche Ausstattung. Um extremen Wetterereignissen angemessen begegnen zu können, setzen wir außerdem auf einen engen Austausch zwischen Kommunen, Umweltministerium und den Behörden mit Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben.

Der demografische Umbruch stellt eine weitere Herausforderung dar. Einerseits, weil Einsatzlagen sich hierdurch verändern. Andererseits werden dadurch die Fachkräftegewinnung im Hauptamt und ein Generationenwechsel im Ehrenamt erschwert. Daher möchten wir das Ehrenamt, aber auch die Arbeit bei Feuerwehr und Katastrophenschutz generell attraktiver machen und diejenigen würdigen, die sich für uns in Gefahr bringen. Um die Belastungen für die Einsatzkräfte zu reduzieren, braucht es neben einer passenden Ausstattung auch gute Angebote der Nachsorge, beispielsweise über Supervision. Damit Einsatzkräfte die beste Aus- und Weiterbildung erhalten, setzen wir uns für Investitionen in Ausbildungszentren wie die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule ein, um das bestehende hohe Niveau zu halten und mit sich ständig verändernden Herausforderungen Schritt zu halten. Betroffene verdienen eine gute Betreuung durch Notfallseelsorge, die wir finanziell besser unterstützen wollen.
Wir begrüßen die sich fortwährend ausbreitende Nutzung digitaler Alarmierungssysteme. Weitere Potenziale in der Digitalisierung wollen wir nutzen, um eine schnelle und präzise Koordination während Schadenslagen zu ermöglichen und Einsätze effizienter und sicherer zu gestalten.

Auch Bürger*innen müssen im Gefahrenfall schnell informiert werden, beispielsweise über stabile und leicht zugängliche Cell-Broadcasting-Systeme. Um die Bedeutung von Sirenensignalen deutlicher und verständlicher zu machen, initiieren wir eine umfassende Informationskampagne. Ein besonderes Augenmerk

liegt auf der Ansprache vulnerabler Gruppen wie Senior*innen oder Menschen mit Behinderungen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Ehrenamtliche Strukturen stärken, anerkennen und entlasten (siehe Kapitel Ehrenamt)
- Aufnahme der ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren in Landesförderprogramme
- Stärkere Anerkennung von Ehrenämtern in der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. vergleichbare Zahlungen in entsprechende Versorgungssysteme
- Einen gestärkten Katastrophenschutz (länderübergreifende Zusammenarbeit, einheitliche Standards in der Anwendung und Kommunikation, gemeinsame Übungen und Bereitstellung von Kontingenten bei Großschadensereignisse)
- Technikfachausbildung und Führungslehrgänge im Katastrophenschutz um Module für digitale Infrastruktur erweitern
- Digitale Kompetenz in den Kommunikationsmodulen in der Katastrophenschutzausbildung aufnehmen
- Cyber-Sicherheit und Digitale Infrastruktur bei Katastrophenschutzplanung konsequent mitdenken und in Übungen zu Großschadenslagen einbeziehen
- Gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen von Fahrzeugen mit Kommunen und Land
- Zeitgemäße Ausstattung für freiwillige und Berufsfeuerwehren in der Fläche und Anpassungen an die Herausforderungen der Klimakrise
- Förderung von Innovationen wie Drohnen oder Löschroboter, ausreichend Schutzkleidung
- Novellierung der Helfergleichstellung unter anderem durch Aufnahme von Rettungshundestaffeln sowie der Notfallseelsorger*innen
- Stärkung des Angebots der Einsatzkräftenachsorge und Ausbau langfristiger Betreuungs- und Beratungsangebote
- Stärkung der psychosozialen Notfallversorgung u. a. durch bessere Ausrüstung und umfassende Fortbildungsangebote
- Ausbau von Kapazitäten für medizinische Versorgung und Notunterbringung
- Öffentliche barrierefreie Krisenkommunikation stärken: Informationen klar, verständlich und mit eindeutigen Handlungsanweisungen versehen, Sensibilisierung für Ansprache von vulnerablen Gruppen wie Senior*innen oder Menschen mit Behinderungen
- Fortlaufende Investition in die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule: bessere Personalausstattung, Arbeitsbedingungen

verbessern, Kooperation mit anderen Bundesländern, bauliche Situation verbessern

- Regelmäßige, ressortübergreifende Übungen, Umsetzung der Übungserkenntnisse, Transfer von Wissen und Risikobewertungen, Erstellung von Schutzkonzepten
- Forschung für zivile Sicherheit stärker mit der Klimaforschung verschränken
- Bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf durch verbesserte Bedingungen für Arbeitgeber und -nehmer*innen
- Hauptamtliche Strukturen stärken, Altersgrenzen prüfen / flexibilisieren
- Quer- und Späteinstieg erleichtern

Rettungsdienst: Auch im Notfall gut versorgt

Die Notfallversorgung und besonders die Rettungsdienste stehen in Thüringen aufgrund des Fachkräftemangels, des demografischen Umbruchs und der steigenden Inanspruchnahme unter einer hohen Belastung.

Unser Ziel ist es daher, den Rettungsdienst durch die Stärkung von Alternativangeboten für weniger drängende Fälle zu entlasten. Dazu gehört unter anderem eine bessere Zusammenarbeit der Leitstellen für 116 117 und der 112 sowie die Vermittlung von telemedizinischen Sprechstunden. So können Menschen, die Hilfe benötigen, schnell und unkompliziert die für sie richtige Versorgung erhalten. Den Rettungsdienst stärken wir durch Digitalisierung und mehr Kompetenzen des Rettungsdienstpersonals.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Sicherstellung einer verlässlichen Notfallversorgung auf dem Land und in der Stadt sowie das Einhalten der vorgesehenen Hilfsfristen
- Handlungsmöglichkeiten der Notfallsanitäter*innen stärken, unter anderem durch die Zuweisung von mehr rechtlichen Kompetenzen bei der Medikamentengabe
- 5-Jahres-Ausbildung von Notfallsanitäter*innen mit integrierter feuerwehrtechnischer Ausbildung nach Berliner Vorbild ermöglichen
- Ausbildung der Notfallsanitäter*innen in Teilzeit fördern
- Einbindung des Psychosozialen Dienstes bei Konfliktfällen innerhalb von 24 Stunden
- Einführung einer einheitlichen digitalen Dokumentation im Rettungsdienst unter Beachtung notwendiger Schnittstellen mit Medizinprodukten
- Einführung eines digitalen Heilberufeausweises
- Zugriff des Rettungsdienstes auf den Notfalldatensatz der elektronischen Patientenakte ermöglichen - spätestens in der Notaufnahme
- Landesweiten digitalen Nachweis zu Versorgungskapazitäten einführen
- Regionale Rettungsleitstellen personell aufstocken und Leitstellen der 116 117 und der 112 zusammenführen, sodass Entscheidung über notwendige Rettungs- und Hilfsmittel aus einer Hand erfolgt
- Stärkung niedrigschwelliger (telemedizinischer) Beratungs- und Behandlungsangebote für weniger dringliche Fälle, auch in den Abendstunden, an Wochenenden und an Feiertagen
- Einführung einer einheitlichen Ersthelfenden-App zur Verbesserung der Wiederbelebungsraten und mehr Anreize für regelmäßige Teilnahme an Erste-Hilfe-Kursen
- Thüringen-weite Einführung von Gemeinde-Notfallsanitär*innen sowie interdisziplinären sozialpsychiatrisch beziehungsweise notfallpflegerischen Temas
- Modellprojekte zur besseren Verzahnung von Rettungsdienst und Geburtshilfe auf den Weg bringen

Polizei nah am Menschen

Thüringer Polizist*innen erfüllen eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe, in dem sie uns und unsere Grundrechte schützen. Die Anforderungen an die Polizei in einer demokratischen Gesellschaft in Zeiten von multiplen Krisen sind gewachsen und mit ihnen auch die Erwartungen.

Die Polizei übernimmt immer häufiger Aufgaben im präventiven Bereich oder in Situationen, die Ausdruck sozialer Problemlagen sind. Hierfür möchten wir Polizist*innen besser ausbilden und die Anbindung an soziale Dienste sowie die Vermittlung in professionelle Hilfesysteme stärken. Die Zahl von Kontaktbereichsbeamt*innen möchten wir bedarfsgerecht weiter erhöhen, um Bürger*innen eine niedrigschwellige Form der Ansprache anzubieten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Nutzung gezielter, bürgerfreundlicher und angemessener Einsatzmittel und Richtlinien für die Kommunikation durch die Polizei
- Stärkung des polizeilichen Opferschutzes
- Ausbau von Kontaktbereichsbeamt*innen
- Initiierung von Modellprojekten in zwei Landespolizeidirektionen mit sozialen Hilfsdiensten für eine fachgerechte Betreuung in entsprechenden Einsatzlagen
- Verbesserung von sozialen Kompetenzen im Rahmen der Aus- und Fortbildung (siehe Unterkapitel Aus- und Fortbildung)
- Maßnahmen zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen sowie Einsatzkräften

Angemessene Ausstattung der Polizei

Um den Arbeitsalltag von Polizist*innen sicher zu machen, brauchen sie eine gute Ausrüstung. Wir konnten in den letzten Jahren viele Verbesserungen der polizeilichen Ausstattung auf den Weg bringen und möchten dies weiter voran treiben. Darüberhinaus haben wir gute gesetzliche Grundlagen geschaffen, die klare Standards festlegen, Bürger*innen vor Willkür schützen und Beamt*innen Handlungssicherheit im Einsatz geben. Die Einführung von Ausrüstung und Technik wägen wir nach kriminologischen Gesichtspunkten ab.
Auch im polizeilichen Bereich sind die Potenziale der Digitalisierung noch nicht ausgeschöpft. Sie können Zeit und Kapazitäten sparen und Beamt*innen entlasten. Als Grundlage wollen wir Schulungsangebote schaffen, um Abläufe, wo möglich, zu digitalisieren. Auch die Liegenschaften und Gebäude der Polizei wollen wir in einem guten Zustand halten und, wo notwendig, in Renovierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen investieren.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Flächendeckende Verfügbarkeit von mobilen Endgeräten für Polizeibeamt*innen
- Keine Ausweitung von Tasern (Distanzelektroimpulsgeräte) als Einsatzmittel über Spezialkräfte hinaus und Schaffung klarer Richtlinien für den Einsatz unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Risiken
- Einsatz neuer Technik und Anwendungen unter Maßgabe der Wahrung von Bürger*innen- und Grundrechten, insbesondere mit Blick auf Gefahrenschwellen und Datenschutz
- Schulungen der Polizist*innen bei Einsatz neuer Technik und Anwendungen
- Onlinewache benötigt eine Uploadfunktion für alle Delikte inklusive Hinweise zu Anforderungen an Dokumente zur rechtssicheren Verwertbarkeit
- Schaffung rechtlicher Grundlagen und Grenzen für den Einsatz von KI in der Polizeiarbeit in Bezug auf informationelle Selbstbestimmung, beispielsweise im Zusammenhang mit Versammlungen, Videoüberwachung oder Pflege polizeilicher Datenbanken
- Einsatz von Bodycams in Thüringer Polizei nur im Rahmen der Standards der aktuellen gesetzlichen Grundlage und Überprüfung der Notwendigkeit anhand von kriminologischen Gesichtspunkten
- Bedarfsgerechte Instandhaltung und Sanierung der Liegenschaften der Thüringer Polizei

Modernes Polizeiaufgabengesetz und Accountability

Die Gesellschaft befindet sich im stetigen Wandel. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass auch die Strukturen und Befugnisse der Polizei an aktuelle Anforderungen angepasst werden. Im Mittelpunkt steht die Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Bürger*innenrechten.

Die mögliche Nachvollziehbarkeit der polizeilichen Arbeit, die Option zur wirksamen Beschwerdeführung sowie eine transparente Darlegung der Tätigkeiten der Polizeibeschwerdestelle sind für uns Grundpfeiler einer wertegeleiteten Polizeiarbeit. Zeitgemäße Polizeiarbeit muss nicht nur effektiv, sondern auch rechtsstaatlich und ethisch verantwortbar sein.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Erweiterung der Befugnisse der Polizeibeschwerdestelle, d. h. im Zweifel auch gegen Polizist*innen durchgeführte Ermittlungen und Eingabemöglichkeit für Angehörige der Polizei
- Einführung eines regelmäßigen Rechenschaftsberichts über die Tätigkeit der Polizeibeschwerdestelle
- Schaffung eines Dezernats, angesiedelt bei der Staatsanwaltschaft für Ermittlungen gegen Polizist*innen
- Verbesserte und gesetzlich verankerte Kennzeichnungspflicht
- Zeitnahes Pilotprojekt für ein Ticketsystem bei Polizeikontrollen, um Willkür und Racial Profiling durch stringente Begründung von Identitätskontrollen entgegen zu wirken, anschließende Einführung in der gesamten Thüringer Polizei
- Sogenannte "Gefährliche Orte" durch eindeutige Kriterien und Transparenz rechtlich überprüfbar machen und regelmäßig evaluieren
- Parlamentarische Kontrolle von V-Personen ausbauen
- Videoüberwachung nur gezielt und anlassbezogen anwenden, kein Einsatz automatisierter Auswertungstechnik (regelmäßige Evaluierung) und keine Kopplung von Videoüberwachung an „Gefährliche Orte"
- Keine Aufweichung der Sicherheitsstandards im IT-Bereich sowie kein Zugang zu Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen und Smart-Home-Diensten für Sicherheitsbehörden

Aus- und Fortbildung sowie Forschung in der Polizei

Ausbildung und Forschung im Bereich der Polizei nehmen eine zentrale Rolle in der Gestaltung einer modernen und bürgernahen Sicherheitspolitik ein. Sicherheitsbehörden sollen einerseits mit den neuesten Erkenntnissen und Technologien ausgestattet sein – aber auch in der Aus- und Fortbildung verstärkt soziale Kompetenzen, Kommunikationsverhalten, Wissen über gesellschaftliche Machtverhältnisse und Verhältnismäßigkeit vermittelt bekommen.

Die organisatorische Eigenständigkeit und der Ausbau der Polizeiforschung sind uns hierbei ein besonderes Anliegen. Ziel muss es sein, auf Grundlage interdisziplinärer Polizeiforschung und unabhängigeren Ausbildung Erkenntnisse für die gesamte Polizeiarbeit zu gewinnen. So sichern wir die Möglichkeit für externe Forschungsprojekte, die Thüringer Polizei zu beforschen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine Weiterentwicklung des Bildungszentrums der Polizei und eine Stärkung auf dem Weg zur Polizeihochschule – hierfür wurde bereits im Haushalt 2023

eine Konzeption analog zum Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (TLFKS) in Auftrag gegeben

- Eigene Rechtsfähigkeit und wesentliche Angliederung an Wissenschaftsministerium (siehe Kapitel Wissenschaft & Hochschule)
- Evaluierung der Aus- und Fortbildungsinhalte, insbesondere in Bezug auf Menschenrechtsbildung, Kriminologie und Viktimisierung, Opferschutz, soziale Kompetenzen und Kommunikationsverhalten
- Professuren einrichten, um Forschung personell zu stärken
- Forschungserlass zur Öffnung der Polizei für Forschungsvorhaben
- Förderung der Viktimisierung- und Dunkelfeldforschung u. a. für politisch motivierte und Vorurteilskriminalität
- Verbesserung der baulichen Situation sicherstellen
- Diversitätsstrategie für die Polizei entwickeln, um Frauen, queere Personen und Menschen mit Migrationsgeschichte in der Polizei zu fördern

Polizeiliche Statistiken und Datenbanken reformieren

Statistiken und Datenbanken bilden die Basis dafür, wie treffend die Sicherheitsbehörden Phänomene analysieren, Lagebilder erstellen und passende Maßnahmen ergreifen können. Doch das Definitionssystem funktioniert nicht und beeinträchtigt damit auch eine effektive Arbeitsweise der Behörden, wie die Einstufung von Pandemieleugner*innen oder Reichsbürger*innen in die Kategorie „nicht zuzuordnen“ zeigt.

Damit die Zahlen aus Meldediensten der Gesellschaft auch einen Mehrwert bieten können, müssen die Erhebungsgrundlagen offen liegen, wissenschaftlich weiterentwickelt und mit den Justizstatistiken angeglichen werden. Insbesondere in Fällen von häuslicher Gewalt, rechter oder vorurteilsmotivierter Kriminalität braucht es Verlaufsstatistiken, die Verfahrensentwicklungen darstellbar machen. Unser Ziel ist es, die Analysefähigkeit innerhalb der Polizei zu stärken, um ein effektives und gezieltes Arbeiten zu ermöglichen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Grundlegende Reform des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes - Politisch motivierte Kriminalität“ und Steigerung der Analysefähigkeit, u.a. durch Anpassung der Kategoriensysteme hin zur Darstellung von

Demokratiegefährdung im Rahmen der Tätigkeit in der Konferenz der Innenminister*innen

- Bessere oder eigenständige Erfassung von Vorurteilskriminalität im Rahmen der Tätigkeit in der Innenminister*innenkonferenz und durch eigene Leitfäden und Dienstanweisungen
- Definitionssysteme mit Justiz harmonisieren und auf Verlaufsstatistik hinarbeiten
- Gesonderte Kriminalstatistik für häusliche Gewalt, Stalking / Partnerschaftsgewalt und Hasskriminalität gegen Frauen und queere Menschen einführen
- Jährliche Sonderauswertung zu häuslicher Gewalt
- Überprüfung der Speichermodalitäten und Speicherfristen in Gewalttäterdateien für den Geschäftsbereich des Innenministeriums
- Initiierung einer Überarbeitung der unterschiedlichen Dateien nach kriminologischen Gesichtspunkten

Justiz: Bürger*innennah und gut aufgestellt

Eine funktionierende, unabhängige Justiz ist die Basis unseres Rechtsstaates. Entscheidend ist hier, dass Bürger*innen Vertrauen in Gerichte und Rechtsprechung haben. Doch dafür muss die Justiz bürger*innennah, transparent und zuverlässig arbeiten.

Auch der Opferschutz muss dringend gestärkt werden. Leider steht die Justiz jedoch wie viele Bereiche vor großen personellen Schwierigkeiten, auch bedingt durch den demografischen Umbruch. In den vergangenen Jahren konnten wir BÜNDNISGRÜNE in der Landesregierung hier bereits einiges auf den Weg bringen. Wir haben den Pakt für den Rechtsstaat umgesetzt, mehr Personal eingestellt, Ausbildungsplätze und bessere Ausstattung geschaffen und erfolgreich Studium und Referendariat modernisiert. Doch es bleibt noch einiges zu tun, um unsere Justiz noch leistungsfähiger und schneller zu gestalten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Weitere Förderung der Nachwuchsgewinnung im mittleren und gehobenen Dienst z.B. durch Anwärtersonderzuschlag, Anhebung der Besoldung des Eingangsamtes im Justizvollzugsdienst ebenso wie Besoldungsgefüge in der Justizverwaltung
- Einstellungsreserve für abgangsstarke Jahrgänge bei Richter*innen und Staatsanwält*innen schaffen, um qualitatives Niveau der Rechtsprechung und

Strafverfolgung zu sichern sowie Wissenstransfer zu ermöglichen und Verfahrensdauern auf ein rechtsstaatliches Maß zu verkürzen

- Präventive Maßnahmen zur Entlastung der Gerichte ausbauen, z. B. Gewalt- und Suchtprävention, vorsorgende Rechtspflege, Schlichtung und Mediation
- Schaffen des digitalen Rechtsstaates, z. B. durch flächendeckende elektronische Aktenführung und entsprechende Ausstattung der Gerichte
- Opferschutz und -beratung ausbauen und stärken
- Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft für Vorurteilskriminalität und Hatespeech mit Dezernat für geschlechtsspezifische Gewalt, die auch die Verfahren bei Phänomenen der extremen Rechten, Souveränismus (Reichsbürger) oder Verschwörungsideologien führt
- Einführung Justizvertrauensstelle nach Vorbild der Polizeivertrauensstelle
- Durchführung Hellfeldstudie zu häuslicher Gewalt und Stalking in Thüringen
- Verbindlicher gegenseitiger Informationsaustausch zwischen Justiz und Polizei, um bei rassistischen Tatmotiven Rolle für juristischen Verfahrensverlauf nachzuvollziehen
- Verlaufsstatistik für politisch motivierte Kriminalität aufstellen
- Ausbildung von Verfahrensbeiständen besser regeln
- Unabhängigkeit von Gerichtsgutachter*innen sicherstellen über verbindlichen Kriterienkatalog
- Weiterbildungen für Richter*innen im entsprechenden Schwerpunktbereich im rechtlichen Rahmen verpflichtend gestalten
- Einsatz auf Bundesebene zur Entkriminalisierung weiterer Bagatelldelikte, behördliche Kapazitäten zu schaffen
- Einsatz auf Bundesebene für die Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein, um kostenintensive Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden
- Hilfsweise zumindest Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe im Bereich der Bagatelldelikte und Erweiterung gerichtlicher Sanktionsmöglichkeiten in Richtung spezialpräventiver Maßnahmen mit explizitem Bezug zu den jeweiligen Bagatelldelikten
- Bewährungs- und Straffälligenhilfe sowie Überbrückungsmanagement ausbauen und stärken

Justiz- und Maßregelvollzug: Moderne für Sicherheit

Jetzt, da der Maßregelvollzug in Thüringen wieder in die staatliche Hand übergeht, ist der ideale Zeitpunkt für eine Reform. Moderner Justiz- und Maßregelvollzug setzen auf Therapie und Resozialisierung statt Verwahrung und Isolation: durch therapiefreundliche Gebäude, personelle Stärke und hohe

Qualität.
Wissenschaftliche Forschung muss Erkenntnisgewinne für eine moderne Justiz und besonders die moderne Präventionsarbeit nutzen können. Nur so kann auch der Justizvollzug profitieren und sich der deutlich niedrigeren Rückfallquote im Maßregelvollzug annähern. Gleichzeitig muss der Maßregelvollzugs grundsätzlich auf Augenhöhe mit den Kommunen und unter Beteiligung der dortigen Anwohner*innen gestaltet werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Sanierung oder Neubau von Gebäuden unter dem Aspekt der Therapie und mit moderner Sicherheitstechnik
- Förderung von wissenschaftlicher Begleitung von Modellprojekten und kriminologischer Forschung im Justizvollzug und Maßregelvollzug, auch länderübergreifend
- Förderung der psychiatrischen Forschung im Maßregelvollzug durch Stipendien, Doktorandenstellen und verhältnismäßiger Akademisierung des Pflegepersonals
- Erhöhung der Stellenattraktivität für Psychotherapeut*innen und anderen Fachärzt*innen wie auch für das Pflege- und Sicherheitspersonal zur Sicherstellung einer ständigen Vollbesetzung und kontinuierlichen Therapie
- Grundsätzlicher Richtervorbehalt für alle Zwangsmaßnahmen
- Schaffung von Nachbarschaftsbeiräten für alle drei Kliniken des Maßregelvollzugs
- Digitalisierung des Justizvollzugs unter Beachtung geplanter Schnittstellen im Bereich der digitalen Justizarbeit
- Modernisierung und Standardisierung eines finanziell gesicherten Übergangs- und Entlassungsmanagements unter Einbindung aller relevanten Akteure
- Unterstützung der Straffälligenhilfe durch personell und finanziell ausreichende Ausstattung

Vorurteilskriminalität und Hatespeech entschlossen begegnen

Vorurteilskriminalität (auch bekannt als Hasskriminalität), aber auch Hatespeech (Hassrede) gefährden unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Frieden. Unter diesen Taten, die sich teilweise unter der Schwelle der Strafbarkeit bewegen, leiden nicht nur die Opfer. Durch eine Ideologie der Ungleichwertigkeit motiviert, haben sie den Ausschluss bestimmter Personen oder Gruppen aus der Gesellschaft zum Ziel. Vorurteilsmotivierte Straftaten sind „Botschaftstaten“ häufig gegen Frauen, queere Menschen, Menschen einer anderen Religion, migrantisierte Personen oder Menschen mit Behinderung.

Die Folge sind psychische Leiden, Vermeidungsverhalten, fehlendes Vertrauen in Polizei und Justiz sowie eine geringe Anzeigequote sowie wenig Polizeivertrauen.

Diese Form der Kriminalität ist demokratiegefährdend und daher mit besonderem öffentlichem Interesse von Strafverfolgungsbehörden zu behandeln. In den Behörden ist das Wissen über das Phänomen jedoch unzureichend bekannt. Opfer machen leider meist die Erfahrung vonseiten der Behörden erneut diskriminiert und nicht ernst genommen zu werden („sekundäre Viktimisierung“). Unser Ziel: Wir wollen den Opferschutz, die Ermittlungsabläufe und Erfassungssysteme auf kriminologischer Basis weiterentwickeln und etablieren. Mit einem guten und langfristig gesicherten Beratungsangebot lassen wir die Betroffenen nicht allein.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Leitfäden von Polizei und Staatsanwaltschaften zur Ermittlung bei vorurteilsmotivierten Straftaten und zur Ausermittlung der menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Motive

- Grundsätzliche Überarbeitung des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität“, insbesondere Etablierung von

Vorurteilskriminalität als eigenständiges Kriminalitätsphänomen und Überarbeitung der Kategoriensysteme

- Unterstützung von Initiativen zur Strafrechtsanpassung im Bundesrat im Zusammenhang mit Ermittlungspflichten von vorurteilsmotivierten und demokratiefeindlichen Motiven
- Stärkung der Opferzeug*innen in Ermittlungen und Sensibilisierung über die Auswirkungen von sekundärer Viktimisierung im Rahmen von Aus- und Fortbildung
- Vorurteilskriminalität und deren einzelne Ausprägungen bei der Polizeiausbildung stärker beleuchten
- Stärkere Schulung von Polizei und bestehender Ansprechpartner*innen in der Justiz zu häuslicher Gewalt und Gewalt gegen queere Menschen
- Gewalt gegen Frauen und queere Personen als Hasskriminalität anerkennen, Ansprechpersonen in der Polizei etablieren und in der Staatsanwaltschaft bestehende Stellen konzeptionell weiterentwickeln
- Prüfung einer Kompetenzbündelung bei einer zentralen Organisationseinheit im Landeskriminalamt (LKA) oder der Landespolizeidirektion (LPD) zur effizienten Bearbeitung von digitalen Straftaten
- Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft für Vorurteilskriminalität und Hatespeech, um nach dem Vorbild Berlins klare Ansprechpersonen mit spezifischen Kenntnissen, Communityarbeit und guter Kommunikation
- Landesstrategie zur Begegnung von Hatespeech und digitaler Gewalt als Teil der Hasskriminalität mit ressortübergreifenden Maßnahmen
- Schulungen / Leitlinien für Beamte zu Onlineermittlungsverfahren
- Onlineermittlungsteams schaffen und stärken, die das Netz auf strafbare Inhalte prüfen: Frauen, BIPoC, queere Menschen und andere marginalisierte Gruppen vor Hass im Netz besser schützen
- Schulungen von pädagogischen Fachkräften zur Intervention bei Hatespeech, Weiterbildung für Eltern und jugendgerechte Angebote sowie weitere Erwachsenenbildung
- Langfristig finanzielle Absicherung der eingerichteten Beratungsstelle elly sowie perspektivische Unterstützung beim Aufbau eines entsprechend spezialisierten Dachverbandes

Organisierte Kriminalität und Mafia entschlossen bekämpfen

Der Untersuchungsausschuss FIDO hat in den vergangenen Jahren die Ausbreitung der Mafia in Ostdeutschland und Thüringen untersucht. Dabei wurde offensichtlich, dass es einen naiven Umgang mit der italienischen Mafia und ihren Aktivitäten der Geldwäsche in Deutschland gibt. Mit Kontakten zu Politik, Justiz und Stadtgesellschaft konnte sie ihre Position im Freistaat festigen.

Hier braucht es weitere Aufklärung sowie die Vermittlung von Wissen über die Mafia im öffentlichen Dienst und in der Zivilgesellschaft – sowie zielgerichtete und grenzübergreifende Ermittlungsmaßnahmen der zuständigen Behörden. Die vorhandenen Lagebilder zur organisierten Kriminalität taugen dabei nur bedingt für die Erfassung des kriminologischen Phänomens. Denn die organisierte Kriminalität greift die freie Wirtschaft und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung an. Die Zivilgesellschaft und die Politik müssen deshalb in die Lage versetzt werden, auf die Strukturen der organisierten Kriminalität entsprechend reagieren zu können. Für organisierte Kriminalität haben wir in Thüringen keinen Platz.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stärkung der Finanzermittlung in der Thüringer Polizei im Zusammenhang mit Drogengeschäften und Geldwäsche
- Personelle Verstärkung der Staatsanwaltschaft für Organisierte Kriminalität und des Landeskriminalamtes, um die Bekämpfung organisierter Kriminalität zu verbessern
- Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden
- Sensibilisierung über die Aktivitäten der Mafia in Deutschland und Bereitstellung der notwendigen Ressourcen zur Strafverfolgung
- Wissenschaftliche Forschung zur organisierten Kriminalität aufbauen und Lehrstühle an den Hochschulen ausbauen
- Unterstützung von Initiativen zur Einführung der Strafbarkeit der Mafiazugehörigkeit, beispielsweise durch Erweiterung des § 129 StGB auf Vorschlag des Bundesrates oder der Konferenz der Justizminister*innen

Verfassungsschutz genauer in den Blick nehmen

Nicht erst im Zusammenhang mit dem NSU haben die Verfassungsschutzbehörden gezeigt, dass sie nicht ausreichend dazu geeignet sind, Bedrohungen der Demokratie im erforderlichen Maße abzubilden. Die Funktion als „Frühwarnsystem“ können sie nicht erfüllen, da die rechtlichen Anforderungen an die Einstufung von Organisationen oder Parteien zurecht sehr hoch sind. Die Analysefähigkeit konnte in den vergangenen Jahren nur marginal verbessert werden, da weiterhin an der wissenschaftlich nicht haltbaren Extremismustheorie als Schema zur Darstellung von Gefahren für demokratische Gesellschaften festgehalten wurde.

Insbesondere der NSU hat gezeigt, dass der Einsatz von V-Personen nicht zu einem belastbaren Erkenntnisgewinn führt – eher ist das Gegenteil der Fall. So besteht die reale Gefahr, extrem rechte Strukturen zu stärken oder Verbotsverfahren zu vereiteln. Deshalb haben wir den Einsatz von V-Personen massiv eingeschränkt. Die Auswertung offen erhobener Erkenntnisse halten wir durch wissenschaftliche Einrichtungen oder Recherche für besser abgedeckt. Vor diesem Hintergrund möchten wir prüfen, wie wir gesellschaftliche Entwicklungen und Wissen über konkrete Organisationen besser untersuchen können. Bis dahin wollen wir die Kontrollmöglichkeiten des Geheimdienstes verbessern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Überprüfung der Abschaffung des Verfassungsschutzes, wofür es einen sicherheitspolitischen und wissenschaftlichen Diskurs zur Sicherheitsarchitektur benötigt
- Weitere Reformen der Sicherheitsarchitektur, insbesondere des Amtes für Verfassungsschutzes, auf Grundlage der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse rechtsstaatlich voranbringen
- Überprüfung der Arbeitsgrundlagen und Kategoriensysteme des Verfassungsschutzes
- Ermöglichung des Austausches von parlamentarischen Kontrolleur*innen über verschiedene Bundesländer hinweg durch Änderung der Geheimhaltungsvorschriften und dazugehörigen Gesetzen
- Zusammensetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission überarbeiten, sodass jede Fraktion, die nicht offen verfassungsfeindlich agiert, einen Sitz in diesem Kontrollgremium hat
- Kein Einsatz von V-Personen außer in den definierten Ausnahmeregelungen

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 9. Wir treten Rechtsextremismus entschlossen entgegen

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir treten Rechtsextremismus entschlossen entgegen

Ungleichwertigkeitsideologien bedrohen unsere Demokratie. Insbesondere die Ausprägungen des Rechtsextremismus in Thüringen sind vielfältig und facettenreich. Neonazis treffen sich bei Rechts-Rock-Konzerten, Liederabenden, in Sportgruppen, Ladengeschäften, unter Reichsbürger*innen oder auf verschwörungsideologischen Versammlungen. Völkische Bewegungen tauchen vielerorts in unserem Freistaat auf und versuchen gezielt die strukturellen Schwächen mancher Regionen zu nutzen, um mögliche „Siedlungen“ auszubauen. Nicht nur die ländlichen Regionen stehen im Fokus rechter Strukturen, und es ist unsere Pflicht, keinen Ort mit dieser Problematik allein zu lassen. Die rechte Diskursverschiebung und lokale Kampagnen führen dazu, dass marginalisierte Menschen im Freistaat bedroht werden. Es ist unsere Aufgabe, dass Betroffene wirksam vor Gewalt geschützt und Vorstellungen von Ungleichwertigkeit abgebaut werden.

Die Gefahr von rechts für unsere Demokratie ist stets da, in Beleidigungen, Körperverletzungen und Morden, in Bestrebungen, ihre menschenfeindliche Ideologie zu verbreiten. Der NSU-Komplex lehrt uns, was passiert, wenn menschenverachtende Einstellungen normalisiert werden und rechte Strukturen inkonsequent bekämpft werden.

Auch aus diesem Grund bleiben wir dabei klar und entschlossen und schließen auch in Zukunft jegliche Formen einer Zusammenarbeit mit der AfD aus. Sie ist der verlängerte Arm vieler Rechtsextremer und ihre Ideologie werden wir auch in Zukunft nicht unwidersprochen hinnehmen.

Kernziele:

- Strategie gegen extreme Rechte, Reichsbürger*innen und verschwörungsideologische Strukturen mit Unterbindung von ungemeldeten Konzertgeschehen oder Versammlungslagen, Vorkaufsrechte gegen Immobilien und völkische Landnahme und konsequente Strafverfolgung
- Ausbau von Präventions- und Demokratieförderprogrammen sowie gezielte Unterstützung antifaschistischer Arbeit
- Weitere Aufarbeitung des NSU, Aufbau von Gedenkort und Archiv

Konsequente Maßnahmen gegen extreme Rechte

Die extreme Rechte konnte sich über Jahrzehnte in Thüringen fest verankern und ihre Strukturen ausbauen. Dies hat zur Folge, dass etwa 20 Prozent der rechtsextremen Straftaten deutschlandweit in Thüringen verübt werden, obwohl Thüringen nur 2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung hat. Rechte Immobilien, in denen regelmäßige Konzertveranstaltungen stattfinden und wo häufig der florierende Versandhandel der extremen Rechten angesiedelt sind, sorgen für nicht unerhebliche finanzielle Einnahmen, die zum Teil wieder in die rechte Szene zurückfließen. Damit werden Lebensunterhalt, Gerichtskosten, weitere Immobilien und im Zweifel auch Waffen finanziert. Strafverfolgungsbehörden müssen die Strategien der extremen Rechten durchschauen und konsequent verfolgen. Die Szene der Verschwörungstheoretiker*innen, die über Jahre regelmäßig für Unsicherheitsräume mit Versammlungen in Thüringer Innenstädten sorgte, vernetzt sich mit sogenannten Reichsbürgern oder extrem rechten Parteien. Aus dieser Vernetzung der Thüringer Szene der extremen Rechten, Reichsbürgern und Verschwörungsideologen und rechten Parteien entsteht ein Gefahrenpotenzial für die Demokratie ganz konkret für Menschen, den Zusammenhalt der Gesellschaft oder die Kommunalverwaltungen und Mandatsträger. Dem werden wir geschlossen entgegenstehen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Diskriminierung durch Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und jede weitere Ideologie der Ungleichwertigkeit sichtbar machen und bekämpfen

- Ausbau von Präventions- und Demokratieförderprogrammen, wie dem Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz, mit verlässlicher Finanzierung und mehrjähriger Förderung sowie langfristige

Sicherung der Forschungs- und Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus in Thüringen

- Unterstützung antifaschistischer Arbeit, Projekte gegen die extreme Rechte, Aufklärung über Nazis und derer Symbolik
- Klares Vorgehen gehen Kampfsportveranstaltungen und Wehrsportübungen der rechten Szene
- Unterstützung bei der Ausübung von kommunalen Vorkaufsrechten und ganzheitliche Strategie bei rechten Immobilien und völkischer Landnahme
- Monitoring rechter Musikveranstaltungen, Unterbindung von unangemeldeten Konzertveranstaltungen sowie verstärkte Finanzermittlungen
- Unterstützung des Landesverwaltungsamtes und der Kommunen, waffenrechtliche Verfahren anzustrengen und entsprechende Gefährdungsanalysen zu erstellen
- Verbesserung der Erfassung von rechter Gewalt, Vorurteilskriminalität und Dunkelfeldforschung (siehe Kapitel Justiz)
- Erforschung der Verbreitung von Ungleichwertigkeitsideologien in Sicherheitsbehörden und anlassbezogen konsequente dienstrechtliche Verfahren
- Aufbau und Absicherung der Strukturen zur Dokumentation antisemitischer sowie antiziganistischer Vorfälle (siehe Kapitel Antidiskriminierung)
- Vorgehen gegen extrem rechte Parteien, insbesondere der AfD Thüringen, mit dem Instrumentenkasten eines Rechtsstaats, beispielsweise mit Blick auf die Gewährleistung der sogenannten Verfassungstreue im öffentlichen Dienst, die Entwaffnung sowie der Finanzierung von Vorfeldorganisationen
- Effektive Bleiberechtsregelung für Opfer von rechter und rassistischer Gewalt
- Demokratische Fankultur und selbstorganisierte Fanprojekte stärken, unter anderem durch Weiterbildungs- und Beratungsangebote, Dialoge, Beratung und Vernetzung

Aufarbeitung des NSU und rechter Gewalt

Der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund konnte jahrelang eine rassistische Mordserie in Deutschland begehen. Das Kerntrio der rechtsterroristischen Gruppierung stammt aus Thüringen und wurde hier sozialisiert. Das unzureichende Vorgehen der Thüringer Behörden ermöglichte das Abtauchen in den Untergrund. Trotz einer zweistelligen Anzahl an Untersuchungsausschüssen in Bund und Ländern bleiben weiter Fragen offen. Der NSU-Komplex lehrt uns, was passiert, wenn menschenverachtende Einstellungen normalisiert werden und rechte Strukturen inkonsequent bekämpft werden. Als Freistaat tragen wir eine besondere Verantwortung die Aufklärung weiter voranzutreiben. Darüber hinaus braucht es eine grundlegende Aufarbeitung rechter

Gewalt und Terrors mit seinen historischen Bezügen in Bundesrepublik und DDR. Es darf keinen Schlussstrich geben!

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Beteiligung an weiterer Aufklärungsarbeit zum NSU, insbesondere zur Opferauswahl, in Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Verfolgung neuer Hinweise
- Aufbau eines NSU-Archivs in Thüringen mit dem Aktenbestand der Untersuchungsausschüsse 5/1 und 6/1 sowie Zugänglichmachung der Akten für Wissenschaft, Journalist*innen,Privatpersonen und Begleitforschung
- Beteiligung an dem Bundesarchiv „Rechte Gewalt in der Bundesrepublik und in der DDR“ mit digitaler Bereitstellung aller relevanten Unterlagen durch die Thüringer Innen- und Justizbehörden sowie Forschung zur Entwicklung rechter Gewalt
- Umsetzung des Gedenkortes an die Opfer der rassistischen Mordserie auf dem Erfurter Beethovenplatz und Einbindung in Bildungs- und Gedenkarbeit

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 10. Wir ziehen keinen Schlussstrich in der Aufarbeitung

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir ziehen keinen Schlussstrich in der Aufarbeitung

Thüringen besitzt eine vielfältige Geschichte. Doch genau wie die Geschichte Deutschlands ist auch die unseres Freistaats von dunklen Kapiteln geprägt. Unser Ziel: Wir möchten mit Blick auf unsere vielschichtige Vergangenheit erinnern und mahnen, aber auch weiter aufarbeiten. Dazu gehört für uns auch, Debatten anzustoßen und vermeintlich alte Themen neu zu betrachten.

Oft unerkannt prägt der deutsche Kolonialismus bis heute das Bild öffentlicher Räume, unserer Alltagssprache oder findet Einzug in Museen. Eine kritische Aufarbeitung der Verbrechen dieser Zeit leistet einen wichtigen Beitrag, um einen neuen und zeitgemäßen Umgang mit dem kolonialen Erbe zu finden und auf diesem Weg antirassistische Perspektiven zu entwickeln.

Auch allgemein ist die politisch-historische Bildung wichtiger denn je. Ganz besonders angesichts der deutschen Vergangenheit im 20. Jahrhundert und einer wieder verstärkt wachsenden Zustimmung zu national-autoritären Denkweisen. Die Schoah ist ein Menschheitsverbrechen und ein Zivilisationsbruch. Und dennoch müssen wir mit Erschrecken feststellen, wie wenig Wissen um unsere Vergangenheit tatsächlich vorhanden ist. Wir sind fest davon überzeugt, dass nur ein klarer Blick auf die Vergangenheit unsere Gesellschaft vor künftigen Fehlern schützen kann.

Deshalb werden wir weiter an die Opfer und verfolgten Gruppen des Nationalsozialismus erinnern. Auch diese Geschichte hat in jedem Ort unseres Freistaats seine Spuren hinterlassen. Und auch die Aufarbeitung der Diktatur zur Zeit der DDR und die Geschichte der Menschen, die unter den Repressionen des Ministeriums für Staatssicherheit litten, wollen wir weiter voranbringen. Wir stehen dabei klar an der Seite der vielen Vereine, Gruppen und Menschen, die sich schon seit Jahrzehnten für die Erinnerung an diese Geschichten einsetzen.

Kernziele:

- Förderung der Bildungs- und Erinnerungsarbeit in Schulen, außerschulischen Lernorten und öffentlichen Institutionen
- Konsequente Unterstützung zivilgesellschaftlicher und hauptamtlicher Initiativen, welche sich mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus auseinandersetzen
- Aufarbeitung des Kolonialen Erbes und Unterstützung der Erinnerungskultur in Thüringen

Gedenkstätten und Aufarbeitung des Nationalsozialismus

Nie wieder ist jetzt. Deshalb müssen wir die Erinnerung an die versuchte Auslöschung jüdischen Lebens im Nationalsozialismus wach halten. In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, die Gedenkstätten der Stiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora mit ihren Außenstellen zu stärken. Doch auch weitere Einrichtungen wie die Gedenkstätte Topf und Söhne, das Deserteursdenkmal in Erfurt und die ehemalige Haftzelle im Abgeordnetenhaus des Thüringer Landtags haben wir finanziell abgesichert. Ebenfalls thematisierten wir BÜNDNISGRÜNE im Rahmen von Gedenkveranstaltungen die Verfolgung der Sinti*zze und Rom*nja aber auch Rosa-Winkel-Häftlinge stärker, die aufgrund ihrer Homosexualität verfolgt wurden. Also wollen wir auch in Zukunft die Gedenkstättenarbeit weiter finanziell absichern und stellen uns den Angriffen auf die Gedenkkultur in Thüringen entgegen. Wir werden uns weiterhin für eine Aufarbeitung und Sichtbarmachung der verfolgten Menschen im Nationalsozialismus in Thüringen einsetzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Dauerhafte finanzielle Absicherung der Gedenkstätten der Stiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora mit ihren Außenstellen und ihren Einrichtungen
- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, Vereine und Institutionen, die die Gräueltaten der NS-Diktatur aufarbeiten und für eine lebendige Erinnerungskultur einstehen
- Stärkere Thematisierung der NS-Diktatur im schulischen Kontext im Sinne einer historisch-politischen Menschenrechtsbildung
- Erhalt der Mahnmale und Erinnerungsorte der Opfer des Nationalsozialismus
- Aufarbeitung und Sichtbarmachung der Verfolgung von Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus in Thüringen

Aufarbeitung des SED-Unrechts

Auch die Aufarbeitung des Unrechts, welches Menschen in der Zeit der Deutschen Demokratischen Republik erfahren mussten, steht für uns im Fokus. Besonders Personen, die sich nicht anpassten oder sich aktiv gegen das SED-Regime stellten, waren stark von Repressionen betroffen. Und auch mehr als 34 Jahre nach der friedlichen Revolution ist die Aufarbeitung des SED-Unrechts nicht abgeschlossen. Zu diesem Zweck halten wir Orte wie die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt für ein wichtiges und notwendiges Mittel für ein generationsübergreifendes Erinnern und Aufarbeiten.

Dabei ist es uns wichtig, all die Menschen zu unterstützen, denen in der DDR Unrecht widerfahren ist und die noch heute unter den Folgen leiden müssen. Die vielschichtigen Wege der Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihren Folgen wollen wir in Wissenschaft, Kultur und insbesondere der Schul- und Erwachsenenbildung verankern und somit für alle Bürger*innen sichtbar machen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Schaffung eines nachhaltigen, verlässlichen Angebots für rechtliche Beratung und psychosoziale Betreuung von Betroffenen des SED-Unrechts
- Weiterer Ausbau der vorhandenen Struktur des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihren Folgen in Wissenschaft, Kultur und insbesondere der Schul- und Erwachsenenbildung
- Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und Demokratiebildung an Strukturen außerschulischen Lernorten da etablieren, wo sich der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienste zurückzieht
- Erhalt der authentischen Erinnerungsorte an Demokratie- und Diktaturerfahrungen sowie der Grenzlandmuseen und Denkmäler
- Stärkung der lokalen Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen von Zeitzeug*innen
- Auf Bundesebene machen wir uns für die Anerkennung bisher nicht bedachter Opfergruppen stark, wie verfolgte Schüler*innen und ehemalige Heimkinder
- Einsatz auf Bundesebene für Entschädigungsleistungen an Betroffene von SED-Unrecht
- Prüfen, welche Mittel zur Kompensation eingesetzt werden können, wenn Entschädigungsleistungen durch Bedürftigkeitsprüfungen und Einbeziehung von Einkommen der Partner*innen reduziert wurden
- Auch nach Entfristung von Rehabilitierungsgesetzen, Entschädigung oder Unterstützung von Personen aufsetzen, die aufgrund ihrer Geschichte wie durch Enteignungen oder gebrochene Biografien erneut von Armut bedroht sind
- Für Frauen, die in venerologischen Stationen eingesperrt und Misshandlungen ausgesetzt waren, machen wir uns auf allen Ebenen für spürbare Verbesserungen und umfassende Aufarbeitung stark
- Erneute Studie zur sozialen Lage der SED-Opfer des Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur aufsetzen

Aufarbeitung der Kolonialgeschichte

Nicht nur das Land Deutschland, sondern auch Thüringen selbst verfügt über eine Kolonialgeschichte. Das koloniale Erbe und dessen Vergangenheit lässt sich noch immer im gesamten Freistaat wiederfinden.

Unsere Vorfahren haben sich Gegenstände genommen, die Ihnen nie gehört haben. Kunstgegenstände, die eine wichtige Bedeutung für die Kulturen in beraubten Ländern hatten – und nun in unseren Museen zur Schau gestellt werden. Diese

Raubkunst muss wieder zurückgegeben werden. Wir stehen für einen reflektierten Umgang sowie eine konsequente Aufarbeitung der Kolonialgeschichte ein. Für uns ist klar, dass dies nicht nur ein wichtiger Schritt hin zu mehr Antirassismus in Sprache und Weltbild ist, sondern der gesamten Gesellschaft eine wichtige Perspektive aufzeigt. So möchten wir einen zeitgemäßen Umgang mit dementsprechenden Straßenschildern, Verzierungen an Gebäuden oder Ausstellungsstücken in Museen finden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine Stärkung der Auseinandersetzung mit Kolonialgeschichte in Thüringer Schulen
- Förderung von künstlerischen und nicht-künstlerischen Projekten zur Zeitgeschichte
- Aufarbeitung des historischen Erbes (NS-Rasseforschung an der Universität Jena oder der „Kolonial- und Völkerschau“ in Johannistal bei Eisenach) durch wissenschaftliche und künstlerische Praxis
- Schwerpunkt der Herkunftsforschung von Kunstwerken und Kulturgütern nächster Jahre auf Kulturpolitik legen, um Unrecht an ehemaligen Kolonialstaaten wie Ausbeutung und Raub von Kulturgütern zu dokumentieren (Provenienzforschung)
- Anerkennung und selbstkritische Auseinandersetzung auf Augenhöhe mit den Staaten, die beraubt wurden
- Umbenennung von Straßennamen und öffentlichen Orten, deren Namen den deutschen Kolonialismus verharmlosen oder Menschen würdigen, die mit Verbrechen im Kolonialismus in Verbindung stehen
- Einrichtung eines Landesfonds, der Kommunen bei der Umbenennung von Straßen und Orten unterstützt

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 11. Wir stärken Medien und Digitalisierung für eine vernetzte Zukunft

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stärken Medien und Digitalisierung für eine vernetzte Zukunft

Die Zukunft ist digital. Doch auch unser jetziges Leben wird bereits in großen Teilen von digitalen Räumen und digitalen Prozessen beeinflusst. In sämtlichen Lebensbereichen erleben wir aktuell rasante technologische Entwicklungen. Deshalb sehen wir in der Digitalisierung eine große Chance für den Freistaat Thüringen, seine Bürger*innen und seine Wirtschaft. Als eine unserer Hauptaufgaben sehen wir die sich entwickelnde digitale Gesellschaft zu gestalten.

Doch die Digitalisierung kommt in Thüringen nur sehr schleppend voran, auch wenn Projekte wie die Onlinewache und andere OZG-Umsetzungen (z.B. ThAVEL) bereits erfolgreich genutzt werden. Oftmals aber scheitern Entscheidungen am Kompetenzgerangel oder verkrusteten staatlichen Strukturen – und stellen sich noch dazu als kommunaler Flickenteppich dar. Um in der digitalen Welt handlungsfähig zu bleiben, müssen wir unseren Blick deshalb weg von vereinzelten Leuchtturmprojekten hin zu grundsätzlichen Infrastruktur- bzw. Querschnittsthemen richten, welche handlungsleitend für alle Wirkungsbereiche sind.

Auch die Medien sind in unserer schnelllebigen digitalen Gesellschaft von großer Bedeutung. Sie gewährleisten den Zugang zu verlässlichen Informationen, Analysen und Hintergrundinformationen. Damit sind sie ein wichtiger Anker gegen Fake News und rechte Hetze. Gleichzeitig steht Thüringens Medienlandschaft vor großen Herausforderungen. Wir möchten eine vielfältige regionale Medienlandschaft stärken und Journalist*innen besser vor Angriffen schützen.

Kernziele:

- Eigenständiges Digitalministerium zur Bündelung von Kompetenzen im Bereich Beratung, Entwicklung und Betrieb
- Landeseinheitliche Digital-, Schnittstellen- und Datenmanagementstrategie
- IT-Sicherheit koordiniert stärken
- Eine zeitgemäße digitale Verwaltung entwickeln
- Transparenz durch quelloffenen Code sowie für alle verfügbare Daten
- Netzausbau für Glasfaser beschleunigen
- Innovation in Journalismusmodellen voranbringen und Bürgermedien stärken

Mehr Haushalte mit mehr Bandbreite: Breitbandausbau und Recht auf Konnektivität

Digitale Teilhabe beginnt mit einem uneingeschränkten Zugang zum Internet. Der Netzausbau ist für uns eine Grundvoraussetzung und muss deshalb sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgeweitet werden. Eine ausreichende Netzabdeckung, genügend Up- und Download-Geschwindigkeit sowie niedrige Latenzen müssen gewährleistet werden. Auch muss es selbstverständlich sein, dass bei Ein- und Umzügen die Internet-Konnektivität ähnlich schnell hergestellt werden kann wie Anschlüsse für Strom und Wasser. Das stärkt am Ende auch den Wirtschaftsstandort Thüringen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einen schleunigst verbesserten Netzausbau (Glasfaser, 5G) in Thüringen, indem weiße und graue Flecken geschlossen werden
- Unterstützung von Kommunen und Landkreisen bei der Planung mittels Landeskoordinierung und Förderung
- Evaluierung von Ausbaukonzepten wie etwa Verlegung in niedriger Tiefe oder das Nutzen von Leerrohren
- Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen wie FreiFunk und Netze für das „Internet der Dinge“

Zentrale Zuständigkeiten für Digitalisierungsprozesse

Unser Ziel ist es, in Thüringen die Weiterentwicklung einer digitalen Gesellschaft zu forcieren. Dies erfordert ein Umdenken in vielen Bereichen wie beispielsweise im Schulwesen, in Behörden und Verwaltungen, in den Kommunen sowie in Wirtschaftsunternehmen. Statt Bedenken und Ablehnung wünschen wir uns hierbei von den bestehenden, handelnden Strukturen zukünftig mehr Engagement und Mut bei diesem Prozess. Bisher sind viele Entscheidungen zu diesem Thema im Kompetenzgerangel verschiedener Zuständigkeiten untergegangen. Wir werden der Digitalisierung in Thüringen deshalb endlich eine Handlungsfähigkeit geben und ihr Potenzial entfalten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Bündelung von Digitalisierung und IT-Management in den Entscheidungsebenen und in der Landesregierung nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein
- Zusammenfassung der gesamten IT-Finanzen, aller IT-Anschaffungen, des IT-Projektmanagements, Change-Managements und Controlling sowie Grundsatzfragen und E-Government zu einem Ministerium
- Schaffung eines dazugehörigen Digitalisierungsausschusses
- Aufstellen einer landeseinheitlichen Digitalstrategie statt vereinzelter Pilotprojekte
- Thüringer Landesrechenzentrum stärken, dabei auf technische und politische Transparenz achten
- Staatsziel Digitalisierung nach Best Practice anderer Bundesländer oder Staaten
- IT-Sicherheit verankern, durch einheitliche Maßnahmen sowie Förderung/Anstellung von Fachkräften
- Landesweites Datenmanagementgesetz zur Einheitlichkeit und einfacheren Auswertbarkeit von Daten sowie Digitalisierung in Thüringen

Echte Digitale Verwaltung & E-Government

Die Bürger*innen Thüringens kommen mit "dem Staat" am ehesten über die Verwaltung in Berührung. Umso wichtiger ist es, dass die Verwaltung unseres Freistaats und der Kommunen zeitgemäß funktioniert. Nur auf diesem Weg kann das Vertrauen in den Staat aufrechterhalten werden.

Um den Anforderungen gerecht zu werden, ist ein ständiger Modernisierungsprozess notwendig. Für diesen Prozess dürfen nicht lediglich bisherige Verwaltungsabläufe mit digitalen Mitteln abgebildet werden. Es erfordert einen Ausbruch aus den starren Verwaltungsabläufen hin zu neu gedachten, angepassten Prozessen. Unser Ziel: eine agile, moderne und tatsächlich digitalisierte Verwaltung. Zeitgleich braucht es Offensiven, für diese Anforderungen geeignetes Personal aus- und weiterzubilden sowie einzustellen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Begreifen und Aufstellung der Verwaltung als Dienstleistung
- Schaffung einer agilen Verwaltung und gesunden Fehlerkultur mit Feedbackschleifen
- Anpassung ungeeigneter Personal- und Organisationsstrukturen der Öffentlichen Verwaltung an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts
- Stärkere Nutzung von Automatisierungspotenzialen
- Grundlegende Programmierkenntnisse, Projektmanagement, dazugehöriges Controlling verpflichtend in Verwaltungsapparat etablieren, zum Kriterium bei der Beurteilung in der Thüringer Beamtenlaufbahn etablieren
- Aus- und Weiterbildungen benötigen entsprechende digitale und verwaltungsstrukturelle Schwerpunkte
- Front-Office (Beratung von Verwaltung für Bürger*innen) und Back-Office (Hintergrundarbeiten an Verwaltungsprozessen, für Bürger*innen unsichtbar) Strukturen in der Verwaltung etablieren
- Unterstützung der Bürger*innen bei digitalisierter Antragstellung, beispielsweise durch Begleitung im Front-Office oder Bereitstellung von nicht-digitalen Angeboten
- Flächendeckende Einführung der digitalen Aktenführung z.B. durch e-Akte
- Auf Bundesebene anregen, Hindernisse der Digitalisierung in Bundesgesetzen abzubauen (z.B. Schriftformerfordernis, Einscannen von Ausweisen, eID, ...)

Digitale Bildung und Weiterbildung

Wir finden: Thüringen benötigt eine Weiterbildungsoffensive. Nur so können die vielfach angeschafften digitalen Lösungen auch zum Einsatz kommen. Der digitale Schub aus Pandemie-Zeiten muss als Chance verstanden und weiterhin genutzt werden. Hiervon profitieren am Ende Schulen, Betriebe, Verwaltungen sowie Unternehmer*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Weitere Förderung der Medien- und Digitalkompetenz in der Erwachsenenbildung, um auf veränderte Anforderungen im beruflichen Alltag vorzubereiten
- Hochwertige Lernangebote im Zusammenspiel mit wissenschaftlicher Expertise fördern, wie z.B. das Spawn-Point Institut
- Digitale Lernmöglichkeiten in Schulen sozial gerecht stärken und als selbstverständlichen Bestandteil der Unterrichtsgestaltung etablieren
- Lehrer*innenbildung für Digitales stärken (siehe Kapitel Schule)
- Ausbau der Angebote für Medienbildung und Informatik auch in Grundschulen
- Stärkung der Kommunen als Schulträger bei der Digitalisierung, unter anderem durch Weiterentwicklung der kommunalen Medienzentren zu leistungsfähigen IT-Dienstleistern für den Schulbereich, finanzielle Unterstützung bei Einstellung gut qualifizierter IT-Mitarbeiter*innen sowie bei Beschaffung und Betrieb der notwendigen Hard- und Software
- Stärkung der landespolitischen Verantwortung in der Digitalisierung der Schulen (siehe Kapitel Schule)

Digitale Teilhabe, Barrierefreiheit und Transparenz

In unserer zunehmend digitalisierten Welt spielen die Themen Barrierefreiheit, Transparenz und digitale Teilhabe eine zentrale Rolle. Diese Aspekte sind von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass alle Bürger*innen uneingeschränkten Zugang zu Informationen und Dienstleistungen haben. In Thüringen hat das Transparenzgesetz bereits eine Vorreiterrolle eingenommen. Dennoch besteht weiteres großes Potenzial, um diese Prinzipien in der Praxis effektiv umzusetzen.

In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um die Freigabe von Informationen, die durch öffentliche Gelder gewonnen wurden – sondern auch um die Förderung von Open-Source-Lösungen und die Gewährleistung von Datenschutz. Ebenso spielt die Barrierefreiheit in der digitalen Landschaft eine zentrale Rolle. Ziel für uns ist es, die Chancen der Digitalisierung für alle Bürger*innen zugänglich zu machen und innovative Lösungen zu fördern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Eine bessere Nutzung der Potenziale des Thüringer Transparenzgesetzes
- Transparenzbeauftragte in den Kommunen und Verwaltungen schaffen, angelehnt an Datenschutzbeauftragte
- Alle Informationen, die mit öffentlichen Geldern durch staatliche Stellen, Forschungseinrichtungen oder private Unternehmen gewonnen wurden, der Allgemeinheit grundsätzlich frei und kostenlos zur Verfügung stellen
- Veröffentlichung der von öffentlichen Stellen beauftragten Software unter quelloffener Softwarelizenz: public money, public code!
- Alle digitalen Angebot der öffentlichen Verwaltungen Thüringens müssen entsprechend der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (BITV 2.0) barrierefrei sein
- Schnittstellen- und Open-Data-Strategie entwickeln

Resilienz und Nachhaltigkeit in der Digitalisierung

Auch im Bereich neuer Digitaltechnologien setzen wir uns für eine nachhaltige Ressourcennutzung ein. Nachhaltigkeit sehen wir dabei eng verknüpft mit digitaler Resilienz. Dies beschreibt den Zustand, die Kontrolle über die eigene Soft- und Hardware zu haben und zu behalten. Open-Source-Lösungen erhöhen hierbei die Nachnutzbarkeit, die Nachvollziehbarkeit sowie den Datenschutz.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Aufnahme und Bezifferung von Nachhaltigkeit als Kriterium in Vergabeprozessen (Green IT)
- Investition in Forschung und Wissenschaft und technologische Möglichkeiten ausschöpfen, um Nachhaltigkeit von Digitalisierung weiterzuentwickeln
- Verstärkter Einsatz von Open-Source-Lösungen (freie, quelloffene Software) mit eigenem Landesförderprogramm unterstützen

Digitale Wirtschaft und Innovationsräume

Wirtschaftliche Akteur*innen profitieren genauso wie Bürger*innen von einer transparenten und agilen Verwaltungsstruktur. Insbesondere die Nutzung öffentlicher Daten auch zu kommerziellen Zwecken kann Entwicklungen beschleunigen, wovon alle Bürger*innen profitieren können. Die digitale Welt lebt von Innovationsräumen sowie von Menschen, die Ideen entwickeln, Neues erproben und dabei auch einmal Fehler machen. Start-ups sind hierbei die Innovationsmotoren der Digitalbranche. Sie funktionieren nicht nach den bisherigen üblichen Schemata, sondern können auf das Prinzip von Trial-and-Error (Versuch und Irrtum) ausgelegt sein. So wird nicht jedes Start-up am Ende marktfertig oder kann sich am Markt durchsetzen. Dennoch schlagen sich die Erfahrungen aus jedem einzelnen Projekt in der Gesellschaft nieder. Daher wollen

wir Start-ups gezielt unterstützen, um die Innovationsfähigkeit im Land weiter voranzubringen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Unterstützung von Start-ups der Digitalbranche durch gezielte Förderprogramme und Beratungsnetzwerke (siehe Kapitel Wirtschaft)
- Stärkung insbesondere von Start-ups, die durch Digitalisierung Teilhabe für marginalisierte Gruppen erhöhen wollen (z.B. Gründer*innen im Tech-Bereich, Vielsprachigkeit im digitalen Raum, Barrierefreiheit im Sinne aller denkbaren Barrieren)
- Begleitung und Förderung von Innovationsräumen (z.B. Hackerspaces, Co-Working-Orte, Makerfairs) insbesondere im ländlichen Raum
- Gezielte Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Handwerksbetrieben bei Digitalisierung

Medien: Vielfältig, seriös, gesichert

Pressefreiheit ist ein Grundrecht. Zugleich ist sie für die Meinungs- und Willensbildung der Bürger*innen eine stimulierende und orientierende Kraft, während sie das politische System kontrolliert und gleichzeitig zu Transparenz und Anpassung nötigt. Eine Demokratie ohne Pressefreiheit und unabhängige Medien ist unvorstellbar. Der Qualitätsjournalismus sieht sich gegenwärtig erheblichem Veränderungsdruck ausgesetzt, vor allem mit Blick auf die anstehende Digitalisierung.Derzeit fehlen im Journalismus jedoch innovative Digitalprojekte und Neugründungen, sowohl in Thüringen als auch bundesweit. Durch einen transformativen Forschungsansatz, wollen wir solche Innovationsprojekte während ihrer Entstehung unterstützen. Besonders macht uns in diesem Zusammenhang die schrumpfende Presse- und Medienvielfalt in Thüringen Sorgen. Die latente Gefahr, dass durch Zusammenlegungen und Zentralredaktionen weitestgehend identische Inhalte verbreitet werden, macht sich immer stärker bemerkbar. Für uns nehmen die Bürgermedien in Thüringen eine besondere Stellung ein, wenn es darum geht Medien- und Meinungsvielfalt zu erhalten und Wirksamkeitserfahrung bei Bürger*innen zu ermöglichen.
Insgesamt wollen wir die Medienförderung nicht nur rein wirtschaftlich aufstellen, sondern auch den Erhalt und den Ausbau von Medienfreiheit und Medienvielfalt in den Fokus nehmen.

Populistische Stimmungsmache und Angriffe von rechter Seite setzen die Pressefreiheit in Thüringen zusätzlich unter Druck. Hierauf haben wir eine Antwort: Wir solidarisieren uns mit allen kritischen Journalist*innen, die Hassbotschaften, Ressentiments und Verschwörungstheorien konfrontiert sind.

Wir stehen klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auch zum Rundfunkbeitrag. Wir finden: Seriöse Informationen und kulturell anspruchsvolle Inhalte werden in einer zunehmend fragmentierten Medienwelt mehr denn je gebraucht. Wir unterstützen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk darin, noch

klarer als bisher Prioritäten zu setzen: gegen Quotendenken, für Qualität, Kreativität und Zuverlässigkeit.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insbesondere mit Blick auf die Besetzungsverfahren und Zusammensetzung von Rundfunkräten und deren Professionalisierung, die Transparenz der Gremien, sowie die Deckelung der Intendant*innengehälter
- Förderung und Stabilisierung der privaten lokalen Fernsehsender im Rahmen des Aktionsplans Lokal-TV
- Förderung von lokal- und investigativem Journalismus
- Vielfaltsförderung auch für neue Formate (z.B. digitale Plattformen, die Inhalte mehrerer Verlage anbieten)
- Förderung von Bürgermedien in Stadt und Land durch zusätzliche Finanzmittel und professionelle Begleitung der Digitalisierung
- Förderung von Film & Produktionswirtschaft (Kreativwirtschaft)
- Förderung einer Transformative Forschung für den digitalen Journalismus
- Errichtung eines Kompetenzzentrums als Labor-, Erprobungs- und Transferstelle innovativer Journalismusmodelle

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 12. Wir sichern Kultur in ihrer Vielfalt

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir sichern Kultur in ihrer Vielfalt

Thüringen ist reich an Kunst und Kultur. Sie in ihrer Vielfalt und historischen Einzigartigkeit zu schützen und zu fördern, ist ein wichtiges Anliegen für uns. Dabei stehen gewachsene Strukturen, Angebote der Kulturellen Bildung sowie die Kultur als bedeutender Wirtschaftsfaktor gleichberechtigt nebeneinander. Kunst und Kultur sind wichtiger Bestandteil von demokratischen, toleranten und und weltoffenen Gesellschaften.

Wir blicken mit Stolz auf die überaus reiche Kulturlandschaft in Thüringen. In unserem Freistaat ist es möglich, der Wiege der Menschheit, der Epoche der Residenzen, Klassik oder zeitgenössischer Kunst auf kleinstem Raum zu begegnen. Diesen kulturellen Schatz sichtbar und erlebbar zu machen, ist unser Anliegen.

Grüne Kulturpolitik basiert auf der Verantwortung für den Erhalt und der Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt in unserem Freistaat. Der Zugang zu und die Teilhabe an Kultur und den Künsten muss dabei jedoch für alle Menschen gleich gewährleistet sein. Wir gehen vom offenen Kunstbegriff aus und erkennen die Freiheit der Kunst allumfassend an. Uns ist die inspirierende und reflektierende Kraft der Kultur wichtig, mit der sie Menschen begeistern und stärken kann.

Wir setzen uns ein für die soziale Sicherheit und künstlerische Freiheit von Kulturschaffenden. Für uns gehören sie in das Zentrum der Gesellschaft. Flächendeckende Kulturförderung ist aus unserer Sicht keine freiwillige Aufgabe. Kulturelle Teilhabe muss in allen Regionen des Freistaats ermöglicht werden. Dies gilt für kulturelle Bildung, Kulturinstitutionen und Freiräume gleichermaßen. Damit setzen wir klare Maßstäbe für die Zukunft Thüringens als Kulturland. Wir sind überzeugt, dass eine starke und vielfältige Kultur das Fundament für eine lebendige und dynamische Gesellschaft bildet. Kulturpolitik ist Ländersache - auf Bundesebene setzen wir uns darüber hinaus ein, dass Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankert wird.

Kernziele:

- Kultur verlässlich, dezentral und geschlechtergerecht finanziell stärken
- Verbindliche Mindesthonorare bei Projekten des Landes
- Wir setzen uns für Honoraruntergrenzen für Künstler*innen ein, die in Thüringen tätig sind
- Gemeinsam mit dem Kulturrat Thüringen e.V. und weiteren Akteur*innen arbeiten wir an der Formulierung und Verabschiedung eines Kulturfördergesetzes für Thüringen
- Finanzielle Einsparungen sollen nicht zuerst und alleinig den kulturellen Bereich treffen
- Kultur als freiwillige Leistung der Kommunen abschaffen; Kulturförderung muss als Pflichtleistung in der Thüringer Kommunalordnung verankert werden
- Neustrukturierung der Förderung von nicht-institutionellen Initiativen und Projekten
- Kultur in ländlichen Räumen gezielt fördern, auch Club- und Jugendkultur
- Gründung einer International School of Performing Arts (ISoPA) in Thüringen
- Kinder und Jugendliche sollen kulturelle Bildung, Angebote in Museen, Gedenkstätten und staatlich anerkannten Kulturinstitutionen kostenfrei nutzen können
- Wissenschaftliche und künstlerische Aufarbeitung der europäischen und deutschen Kolonialgeschichte in Thüringen sowie des Einflusses des Nationalsozialismus in der Kultur (beides siehe Aufarbeitung)
- Weiterentwicklung der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten mit dem Ziel der Stärkung der Thüringer Residenzkultur auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe
- Stärkung der kulturtouristischen Angebote in ganz Thüringen
- Kommunale Bibliotheken über ein Zwei-Säulen-Modell mit festen Zuschüssen einerseits und der Förderung innovativer Ansätze andererseits unterstützen
- Langfristige Theater- und Orchesterfinanzierung über das Jahr 2030 hinaus sichern
- Die Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft unterstützen wir im aktuellen Transformationsprozess sowie bei der Erschließung neuer Publikuma
- Unterstützung kultureller Einrichtungen beim Ausbau barrierearmer Angebote

- Unterstützung des Aufbaus geeigneter Angebote für Awareness-Schulungen und -Ausbildungen in Thüringen für die Kultur, Clubkultur und Veranstalter*innen

- Prüfung der Ausweitung der "seltenen Ereignisse" nach Vorbild Brandenburg und Unterstützung der Einführung einer Kulturschallverordnung im Bundesrat

- Prüfung eines Open-Air-Gesetzes nach Vorbild Bremen

- Konzeptionierung einer Förderung zum Erhalt von Clubkultur- und Livemusikspielstätten für investive Maßnahmen, Brand- und Schallschutz

- Einführung eines Modellprojekts zur Förderung von FLINTA*-Künstler*innen und eines Musikkultur-Stipendiums mit Evaluation zur künftigen Weiterentwicklung der Kultur- und Musikförderung auf Landesebene

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 13. Wir sind Zuhause in einem weltoffenen Europa

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir sind Zuhause in einem weltoffenen Europa

Die Europäische Union ist eine historische Errungenschaft. Ein Friedensprojekt, welches Stück für Stück von Europäer*innen erkämpft wurde und bei dem aus verfeindeten Nationen Partner*innen wurden. In diesem geeinten und solidarischen Europa liegt Thüringens Zukunft, Frieden und Zusammenhalt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt uns unmissverständlich, wie wichtig dieser europäische Schutzraum ist. Immer deutlicher wird auch, dass wir Europäer*innen für unsere demokratischen und menschenrechtlichen Werte sowie unsere berechtigen Interessen nur gemeinsam international erfolgreich eintreten können – beispielsweise im Kampf gegen die globale Klimakrise. Thüringen soll deshalb in den kommenden Jahren für ein stärkeres, demokratischeres und sozialeres Europa streiten. Nur so können wir die Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam lösen.

Kernziele:

- Europäische Regional- und Städtepartnerschaften in Thüringen voranbringen
- Europäische Themen im Landtag mehr zur Geltung bringen, indem wir eine jährliche europapolitische Bilanz ziehen
- EU-Beratungsstellen ausbauen und vom Land finanzierte Europalots*innen in jeder der vier Thüringer Planungsregionen als zentrale Anlaufstellen für Anliegen der Bürger*innen und aus der Wirtschaft schaffen
- EU-Förderpolitik in Thüringen am Leitbild nachhaltiger Entwicklung ausrichten
- LEADER-Förderung in Thüringen unbürokratischer gestalten
- Ausbau des EU-Programms „Erasmus +“
- Informationsangebote zum Auslandsaufenthalt für Studierende und Auszubildende verbessern
- Mehr über die Chancen des Europäischen Freiwilligendienstes informieren
- Europaschulen unterstützen und weitere Schulen dafür begeistern
- Entwicklungspolitik in Thüringen stärken und dabei globales Lernen, nachhaltigen Konsum und kommunale Entwicklungszusammenarbeit fördern

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 14. Wir investieren in die Zukunft mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir investieren in die Zukunft mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik

Wir BÜNDNISGRÜNE verfolgen eine nachhaltige Finanzpolitik – wirtschaftlich sinnvoll, ökologisch verantwortlich und sozial ausgewogen. Um unser Land auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, müssen wir in der Finanzpolitik des Landes umdenken und die Schuldenbremse reformieren.

Es bedarf einer klaren Unterscheidung zwischen staatlichen Konsumausgaben und nötigen Investitionen. Während erstere weiterhin der Schuldenbremse unterliegen sollen, müssen wir zweitere in weit höherem Maße als bisher ermöglichen. Gerade der jetzt anstehende Strukturwandel erfordert große Investitionen in Strom- und Wärmewende, Gebäude, Wirtschaft, Verkehr, Bildung und Digitalisierung. Um Thüringen zukunftssicher aufzustellen, wollen wir diese Investitionen schnellstmöglich über einen "Zukunftsfonds" realisieren. Klimaschädliche Ausgaben des Landes wollen wir sukzessive abbauen und einstellen.

Um diesen Strukturwandel zu schaffen, müssen auch unsere Kommunen gut finanziert sein. Verantwortungsvoll mit unseren Finanzen umzugehen heißt aber auch, unseren Fördermittelempfängern Sicherheit zu bieten und endlich auf institutionelle oder mehrjährige Förderungen umzustellen.

Kernziele:

- Zukunftsfonds für zentrale Zukunftsinvestitionen im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung verfassungskonform auf den Weg bringen
- Klimaschädliche Subventionen und Investitionen beenden
- Finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen sicherstellen
- Institutionelle Förderung für Projekte, die sich als Daueraufgabe etabliert haben

Investitionen in Nachhaltigkeit

Klimaschutz und Klimaanpassung, der Umbau der Wirtschaft, Digitalisierung unserer Verwaltungen, klimafreundliche Mobilität im ganzen Lande sowie Wärme ohne CO2-Ausstoß in energetisch ertüchtigten Gebäuden – all dies sind Stichworte für den Weg in ein zukunftsfestes Thüringen. Auch Investitionen in Bildung, in Migration und soziale Infrastruktur – kurz: in Menschen – müssen priorisiert werden. Große Aufgaben erfordern dabei jedoch auch große Investitionssummen.

Einen großen Teil der Gelder hierfür möchten wir über einen verfassungskonformen "Thüringer Zukunftsfonds" nach Vorbild Saarland oder Bremen bereitstellen, um private oder kommunale Investitionen zu flankieren oder anzureizen. Bei der Ausgestaltung wollen wir Vorschläge aus der Gesellschaft einbeziehen - beispielsweise über einen Bürgerrat. Eins ist dabei gewiss: Die Investitionen werden sich auszahlen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Schwerpunkt auf Investitionen und Zuschüsse mit “doppelter Rendite”, also finanziellem Mehrwert plus nachhaltiger gesellschaftlicher Wirkung
- Fokus auf Zukunftsinvestitionen und Reform der Schuldenbremse, dadurch mittel- und langfristig Einsparungen für das Land
- Ehrliche Bestandsaufnahme über Sanierungsstau bei Infrastruktur sowie von nötigen Investitionen für Klimaschutz und -anpassung
- Überprüfung des Landeshaushalts auf klimaschädliche Subventionen und Zuschüsse und sukzessiver Abbau
- Einführung eines verfassungskonformen Zukunftsfonds zur Unterstützung von Unternehmen, Kommunen, Energieerzeuger*innen und Bürgergemeinschaften z. B. bei Umstellung auf klimaneutrale Produktionsmittel, bei Vorsorgemaßnahmen zur Abmilderung von Klimafolgen, bei der Produktion klimaneutraler Energie oder bei der Schaffung demokratischer Beteiligungsplattformen in Kommunen

Kommunen und zivilgesellschaftliche Projekte bedarfsgerecht finanzieren

Unsere Kommunen müssen auch morgen handlungsfähig sein. Doch hierfür benötigen sie genügend Geld. Unter der rot-rot-grünen Landesregierung haben sich die kommunalen Finanzen so gut entwickelt wie noch nie im Freistaat. Doch es warten schließlich auch große Aufgaben auf die Kommunen, welche finanziert werden müssen. Wir wollen Kommunen in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit stärken, durch einen modernen Finanzausgleich und die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Projekte aus der Zivilgesellschaft, von Bürger*innen, Vereinen und Verbänden, hinreichend sicher und verlässlich finanziert werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Überführung von langjährig angelegten Projekten in institutionelle Förderung und Erhöhung der Förderdauer bei Projektförderung
- Moderner sozial-ökologischer kommunaler Finanzausgleich, der besonders die Bereiche Klima, Digitalisierung und Bildung berücksichtigt
- Stärkung des "Konnexitätsprinzips", nach dem alle Aufgabenübertragungen an Kommunen angemessen finanziert werden müssen
- Dialog mit Kommunen zum weiteren Schuldenabbaupfad und Haushaltskonsolidierung für stark verschuldete Kommunen
- Stärkere Beteiligung der Bürger*innen an Haushaltsgestaltung ihrer Städte und Gemeinde sowie beim Land, Ausweitung der Bürgerhaushalte
- Abschaffung des Finanztabus bei Volksentscheiden (siehe Kapitel Demokratie)
- Einführung des Gender Budgeting im Landeshaushalt und Schaffung von Anreizen für Kommunen, dies auch in kommunalen Haushalten einzuführen (siehe Kapitel Gleichstellung)